



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# **Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft**

## **Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 9. Wahlperiode: 1975/76**

10.05.1978 - Plenarprotokoll - 59. Sitzung

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

**59. Sitzung**

am Mittwoch, dem 10. Mai 1978

**Inhalt**

- |  |   |
|--|---|
| <p>Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 3733</p> <p>Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung . . . . . 3733</p> <p>Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung . . 3733</p><br><p>Wahl eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs . 3734</p><br><p>Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs . . . . . 3734</p><br><p><b>Fragestunde</b></p> <p><b>1. Bundeszentrum für Behindertensport</b><br/>Anfrage der Abgeordneten Jackisch, Neumann und Fraktion der CDU vom 7. April 1978<br/>(Drucksache 9/751/1) . . . . . 3734</p> <p><b>2. Sachwidrige Versetzungspraxis im Polizeidienst</b><br/>Anfrage der Abgeordneten Kauffmann, Neumann und Fraktion der CDU vom 13. April 1978<br/>(Drucksache 9/751/2) . . . . . 3735</p> <p><b>3. Beschleunigung des Verfahrens bei der Wiedererteilung eines Führerscheins</b><br/>Anfrage der Abgeordneten von der Schulenburg, Neumann und Fraktion der CDU vom 19. April 1978<br/>(Drucksache 9/751/3) . . . . . 3735</p> | <p><b>4. Arbeitslosenversicherung für deutsche Seeleute auf ausländischen Schiffen</b><br/>Anfrage der Abgeordneten Ostendorff, Lahmann und Fraktion der FDP vom 25. April 1978<br/>(Drucksache 9/751/4) . . . . . 3737</p> <p><b>5. Weitergabe von Erkenntnissen durch das Landesamt für Verfassungsschutz</b><br/>Anfrage der Abgeordneten von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP vom 27. April 1978<br/>(Drucksache 9/751/5) . . . . . 3738</p> <p><b>6. Konzeption zur Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen im Lande Bremen</b><br/>Anfrage der Abgeordneten Urban, Neumann und Fraktion der CDU vom 2. Mai 1978<br/>(Drucksache 9/751/6) . . . . . 3739</p> <p><b>7. Ärger beim Sportzentrum an der Universität Bremen</b><br/>Anfrage der Abgeordneten Jackisch, Neumann und Fraktion der CDU vom 2. Mai 1978<br/>(Drucksache 9/751/7) . . . . . 3740</p> <p><b>8. Richtlinie für die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankenhausinfektionen</b><br/>Anfrage der Abgeordneten Tepperwien, Kähler und Fraktion der SPD vom 3. Mai 1978<br/>(Drucksache 9/751/8) . . . . . 3741</p> |
|--|---|

<b>9. Gemeinnützigkeit von Bürgerinitiativen</b>	Abg. v. Hassel (SPD) . . . . .	3766
Anfrage der Abgeordneten Tepperwien, Kähler und Fraktion der SPD vom 3. Mai 1978 (Drucksache 9/751/9) . . . . .	Abg. Hockemeyer (CDU) . . . . .	3767
	Abg. Tepperwien (SPD) . . . . .	3767
	Abg. Gisela Hüller (FDP) . . . . .	3769
	Abg. Hockemeyer (CDU) . . . . .	3769
	Abg. Tepperwien (SPD) . . . . .	3770
	Abstimmung . . . . .	3771
<b>10. Information von Mädchen und Eltern über qualifizierte Berufsausbildung</b>	Abg. Neumann (CDU) zur Geschäftsordnung	3772
Anfrage der Abgeordneten Hede Lütjen, Kähler und Fraktion der SPD vom 3. Mai 1978 (Drucksache 9/751/10) . . . . .	Abg. v. Hassel (SPD) zur Geschäftsordnung	3772
	Abg. Ostendorff (FDP) zur Geschäftsordnung	3773
<b>Aktuelle Stunde</b> . . . . .		3745
<b>Möglichkeiten und Maßnahmen zur sparsamen und rationellen Energieverwendung</b>	<b>Gesetz zu dem Abkommen zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Freien und Hansestadt Hamburg zur Änderung des Abkommens über die Zuständigkeit des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg in Staatsschutz-Strafsachen</b>	
Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 12. Januar 1978 (Drucksache 9/690)	Mitteilung des Senats vom 13. März 1978 (Drucksache 9/727)	
	1. Lesung . . . . .	3774
<b>Maßnahmen zur Energieeinsparung</b>	<b>Besondere Ausbildungsgänge für Sonderschüler, Hauptschüler ohne Abschluß und ausländische Jugendliche</b>	
Antrag der Fraktion der SPD vom 7. April 1978 (Drucksache 9/737)	Antrag der Fraktion der CDU vom 25. April 1978 (Drucksache 9/743)	
<b>D a z u</b>	Abg. Urban (CDU) . . . . .	3774
<b>Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 10. Mai 1978</b> (Drucksache 9/757)	Abg. Kuhnert (FDP) . . . . .	3776
	Abg. Stichweh (SPD) . . . . .	3778
<b>Maßnahmen zur Energieeinsparung</b>	Abstimmung . . . . .	3780
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 2. Mai 1978 (Drucksache 9/750)	<b>Vereinfachung von Behördenformularen</b>	
<b>Künftige Energieversorgung in der Bundesrepublik</b>	Antrag der Fraktion der CDU vom 25. April 1978 (Drucksache 9/744)	
Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 10. Mai 1978 (Drucksache 9/755)	Abg. Urban (CDU) . . . . .	3780
<b>Maßnahmen zur Energieeinsparung</b>	Abg. Eva Schütte (FDP) . . . . .	3783
Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP vom 10. Mai 1978 (Drucksache 9/756)	Abg. Anneliese Leinemann (SPD) . . . . .	3784
Senator für Wirtschaft und Außenhandel Tiedemann . . . . .	Senator für Inneres Fröhlich . . . . .	3785
Abg. Sixt (SPD) . . . . .	Abg. Jackisch (CDU) . . . . .	3786
Abg. Hockemeyer (CDU) . . . . .	Abstimmung . . . . .	3786
Abg. Ostendorff (FDP) . . . . .	<b>Medizinische Versorgung in der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen</b>	
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats	Antrag der Fraktion der CDU vom 25. April 1978 (Drucksache 9/745)	
Abg. Sixt (SPD) . . . . .	Abg. Blöchl (CDU) . . . . .	3786
Abg. Ostendorff (FDP) . . . . .	Senator für Rechtspflege und Strafvollzug Kahrs . . . . .	3792
	Abg. v. Schönfeldt (FDP) . . . . .	3793

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Brockmann, Marianne Hänecke, Krahmer, Marlis Stuchlik.

**Präsident Dr. Klink**

**Vizepräsident Ehlers**

**Schriftführer Eva Schütte**

---

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats  
Bürgermeister **Dr. Franke** (SPD), Senator für Soziales, Jugend  
und Sport und für Arbeit  
Senator für Bildung **Thape** (SPD)  
Senator für Finanzen **Jantzen** (SPD)  
Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)  
Senator für Rechtspflege und Strafvollzug **Kahrs** (SPD)  
Senator für Gesundheit und Umweltschutz **Brückner** (SPD)  
Senator für Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)  
Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Tiedemann** (SPD)

---

Senatsdirektor **Dücker** (Senator für Bildung)  
Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)  
Senatsdirektor **Dr. Hoffmann** (Senator für Wissenschaft und Kunst)  
Senatsdirektor **Niedergesäß** (Senatskommission für das Personalwesen)  
Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Finanzen)  
Senatsrat **Dr. Duckwitz** (Senator für Rechtspflege und Strafvollzug)  
Oberregierungsrat **Schanz** (Senator für Finanzen)

---

**Professor Dr. Rohwer-Kahlmann,**  
Präsident des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen



(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die 59. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

Folgende Gruppen sind anwesend: Zwei Klassen des Schulzentrums In den Sandwehen, zwei Klassen der Hauptschule In der Vahr und eine Klasse der Humboldtschule in Bremerhaven.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Maßnahmen zur Energieeinsparung, Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 2. Mai 1978, Drucksache 9/750.

Ich schlage Ihnen vor, diese Entschließung entsprechend einer interfraktionellen Absprache zusammen mit den Tagesordnungspunkten 5 und 6 zu verhandeln.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

2. Künftige Energieversorgung in der Bundesrepublik, Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 10. Mai 1978, Drucksache 9/755.

(B) Auch hier schlage ich vor, daß wir diese Entschließung zusammen mit den Tagesordnungspunkten 5 und 6 verhandeln.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

3. Maßnahmen zur Energieeinsparung, Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP vom 10. Mai 1978, Drucksache 9/756.

Dieser Entschließungsantrag gilt gemäß Paragraph 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung als dringlich und steht in wesentlicher Verbindung mit Tagesordnungspunkt 5.

(Abg. v. H a s s e l [SPD]: Den haben wir noch gar nicht, Herr Präsident!)

Er wird im Augenblick verteilt!

Ich werde die Entschließung zusammen mit Tagesordnungspunkt 5 zur Verhandlung stellen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich begrüße noch nachträglich in unserem Kreis den Altenkreis der katholischen Kirchengemeinde Obervieland, der unter uns ist. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die übrigen Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

**I. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung** (C)

1. Einstellung von Auszubildenden in den öffentlichen Dienst  
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 25. April 1978 (Drucksache 9/752)

D a z u

Antwort des Senats vom 8. Mai 1978

2. Bremischer Justizwachtmeisterdienst  
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 25. April 1978 (Drucksache 9/753)

D a z u

Antwort des Senats vom 8. Mai 1978

3. Berufungen an der Universität Bremen  
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 26. April 1978 (Drucksache 9/754)

D a z u

Antwort des Senats vom 8. Mai 1978

4. Statistik der Studentenzahlen  
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 26. April 1978

**II. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung**

Schreiben der Angestelltenkammer mit einer Entschließung zur **Industriean siedlung in Bremen**.

Die Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

(D)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, die Punkte 15 bis 17, Berichte des Petitionsausschusses, in der Beratung miteinander zu verbinden.

Außerdem wurde Einverständnis darüber erzielt, die Punkte 19 bis 22 auf die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 14./15. Juni dieses Jahres zu vertagen.

Ich frage, ob sich gegen die interfraktionellen Absprachen Widerspruch erhebt.

Das ist nicht der Fall. Dann werden wir entsprechend verfahren.

Meine Damen und Herren, ich möchte das gestrige Ereignis zum Anlaß nehmen zu einer kurzen Erklärung.

Mit Erschütterung und Empörung haben wir von dem brutalen Mord an Aldo Moro Kenntnis genommen. Wir trauern mit dem italienischen Volk um einen engagierten Demokraten. Dieser hinterhältige Mord unterstreicht, daß der Terrorismus ein internationales Phänomen der heutigen Zeit ist und daß die Demokraten ihn gemeinsam über die nationalen Grenzen hinweg bekämpfen müssen. Wir sind in Gedanken in Trauer bei seiner Familie und den Angehörigen der ermordeten Polizeibeamten.

Sie haben sich zu Ehren der Ermordeten erhoben.

Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten — so ist es nun einmal im

- (A) Leben, es gibt nicht nur Anlässe der Trauer, sondern auch freudige Anlässe —, möchte ich nicht versäumen, dem Abgeordneten Hans-Martin Sixt zu seinem heutigen Geburtstag zu gratulieren.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

#### Wahl eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichts der Freien Hansestadt Bremen, Herr Dr. Werner Lang, wird mit Wirkung vom 1. Juni 1978 aus dem aktiven Dienst als Richter am Oberverwaltungsgericht ausscheiden.

Herr Dr. Werner Lang wurde auf Vorschlag der Fraktion der SPD als rechtsgelehrter bremischer Richter im Sinne des Artikels 139 Absatz 2 der Landesverfassung zum Mitglied des Staatsgerichtshofs gewählt.

Mit dem Eintritt in den Ruhestand am 1. Juni 1978 endet die Mitgliedschaft von Herrn Dr. Lang im Staatsgerichtshof.

Von der Fraktion der SPD wird für die Ersatzwahl der bisherige erste Stellvertreter von Herrn Dr. Lang im Staatsgerichtshof, der Präsident des Landesozialgerichts, Herr Dr. Ruprecht Großmann, vorgeschlagen.

- (B) Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung per Akklamation vornehmen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Wer Herrn Dr. Ruprecht Großmann anstelle von Herrn Dr. Werner Lang mit Wirkung vom 1. Juni 1978 zum Mitglied des Staatsgerichtshofs wählen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herrn Dr. Ruprecht Großmann einstimmig.

#### Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Meine Damen und Herren, die unter Punkt 2 der Tagesordnung vorgesehene Vereidigung ist nicht erforderlich, da Herr Dr. Großmann bereits nach seiner Wahl zum stellvertretenden Mitglied des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen am 25. Februar 1976 den Eid geleistet hat.

Da Herr Dr. Großmann nicht im Haus ist, brauchen wir auch nicht die Sitzung zu unterbrechen.

- (C) Ich werde ihm die Glückwünsche des Hauses überbringen.

(Beifall)

Ich bedanke mich beim Präsidenten des Staatsgerichtshofs für seine Anwesenheit.

(Beifall)

#### Fragestunde

Im Rahmen der Fragestunde sind zehn Fragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Frage beschäftigt sich mit einem **Bundeszentrum für den Behindertensport**. Sie ist unterschrieben von den Abgeordneten Jackisch, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Frage vorzutragen.

Abg. **Jackisch** (CDU): Wir fragen den Senat:

Hält der Senat mit der CDU die Einrichtung eines Bundeszentrums für den Behindertensport für erforderlich, in dem behindertensportgerechte Lehrinhalte zu entwickeln sind und das die Führungsaufgabe bei einer systematischen und kontinuierlichen wissenschaftlichen, medizinischen und pädagogischen Betreuung im Behindertensport übernehmen soll?

Wenn ja, in welchen Gremien hat der Senat bisher eine solche Initiative unterstützt?

Ist der Senat bereit, sich dafür einzusetzen, daß ein solches Bundeszentrum nach Bremen kommt?

**Präsident Dr. Klink:** Herr Bürgermeister Dr. Franke, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

**Bürgermeister Dr. Franke, Senator für Soziales, Jugend und Sport und für Arbeit:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Anregungen für die Einrichtung eines Bundeszentrums für den Behindertensport sind seit kurzem vereinzelt vorgetragen worden. Diese Anregungen bedürfen der Abstimmung mit den Sportverbänden, dem Bund und den Ländern.

Bremen wird sich bemühen, die aufgeworfenen Fragen einer Klärung zuzuführen. Danach kann entschieden werden, ob sich die Stadt bei den Gründungsvorbereitungen beteiligt und sich gegebenenfalls auch als Standort anbietet.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Jackisch** (CDU): Herr Bürgermeister, sind Sie gegebenenfalls bereit, das im einzelnen mit der Sportdeputation zu klären?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Dr. Franke:** Das ist für mich selbstverständlich, Herr Jackisch!

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die erste Frage erledigt.

Die zweite Frage steht unter dem Betreff „**sachwidrige Versetzungspraxis im Polizeidienst**“. Sie ist unterschrieben von den Abgeordneten Kauffmann, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Kauffmann, die Frage vorzutragen.

Abg. **Kauffmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat Presseberichte, wonach Polizeibeamte mit einer hochqualifizierten Sonderausbildung oder entsprechender Berufserfahrung im Rahmen der heutigen Beförderungspraxis auf Stellen versetzt werden, in denen sie ihre besonderen Fachkenntnisse nicht ausreichend verwerten können — vergleiche Presseberichte vom 17. März 1978 —?

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator Fröhlich, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

**Senator für Inneres Fröhlich:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat darf ich folgende Antwort erteilen:

Bei der Vielschichtigkeit des Polizeivollzugsdienstes erwirbt ein Beamter bei der Wahrnehmung bestimmter Dienstposten auch gewisse Kenntnisse, die er nicht auf jedem anderen Dienstposten in gleichem Umfang einsetzen muß. Bei der Beauftragung mit höherwertigen Aufgaben und der Übertragung einer dafür im Stellenplan ausgewiesenen Beförderungsstelle sind damit diese Kenntnisse oder die erworbene Berufserfahrung keineswegs verloren. Je vielfältiger einsetzbar ein Beamter sich erweist, desto größer sind seine Aufstiegschancen, Führungsaufgaben, die Übersicht und weitgehende Kenntnisse aller Sparten des Exekutivdienstes erfordern, zu übernehmen.

Da der Bundesgesetzgeber zwingend vorgeschrieben hat, Beförderungsämter nur einzurichten, wenn sie sich von den Ämtern der niedrigeren Besoldungsgruppe nach der Wertigkeit der zugeordneten Funktionen wesentlich abheben, können Beförderungen nur erfolgen, wenn dem Beamten eine höher bewertete Position auch übertragen wird. Erweist ein Beamter sich als so leistungsstark, daß er auch stärkeren Anforderungen gewachsen ist, wäre es eine ungerechtfertigte Benachteiligung für ihn, wenn er wegen seiner guten Leistung auf einem bestimmten Dienstposten von weiteren Beförderungsmöglichkeiten ausgeschlossen würde.

Die bisherige Praxis hat sich als ein stabilisierendes Element in der Personalstruktur der Polizei erwiesen. Die einmal anerkannten Bewertungen der Dienstposten müssen natürlich den sich ändernden Verhältnissen und den damit gegebenenfalls gestiegenen Anforderungen angepaßt werden.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen?

(Abg. **K a u f f m a n n** [CDU]: Nein, danke, Herr Präsident!)

Besteht der Wunsch im Haus, eine Zusatzfrage zu stellen? — Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich bei Herrn Senator Fröhlich für die erteilte Auskunft.

Die dritte Frage betrifft die **Beschleunigung des Verfahrens bei der Wiedererteilung eines Führerscheins**. Sie trägt die Unterschriften der Abgeordneten von der Schulenburg, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten von der Schulenburg, die Frage vorzutragen.

Abg. **v. d. Schulenburg** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wird der Senat dafür Sorge tragen, daß die von Mitbürgern immer wieder beklagten Verzögerungen bei der Wiedererteilung der Fahrerlaubnis behoben werden?

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator Fröhlich, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

**Senator für Inneres Fröhlich:** Ich werde eine relativ umfangreiche Antwort hierzu geben müssen. Ich darf als Vorspann sagen, daß ich dies auch für notwendig halte, um den Bürgern einmal Klarheit darüber zu verschaffen.

(Abg. **D r. C a s s e n s** [CDU]: Deshalb haben wir die Frage auch gestellt, Herr Senator!)

Für den Senat darf ich folgende Antwort hierzu erteilen:

Mit dem rechtskräftigen Entzug — durch Strafbefehl, Urteil oder Entziehungsverfügung — erlischt die Fahrerlaubnis. Sie lebt auch nach Ablauf der Sperrfrist nicht wieder von selbst auf. Die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis setzt ein neues behördliches Verfahren voraus. Für die Wiedererteilung gelten gemäß Paragraph 15 c Absatz 1 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung die Vorschriften für die Ersterteilung.

Von der erstmaligen Erteilung einer Fahrerlaubnis unterscheidet sich die Wiedererteilung nur dadurch, daß gemäß Paragraph 15 c Absatz 2 Satz 1 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung eine früher abgelegte Fahrerlaubnisprüfung berücksichtigt werden kann und daß der Frage der Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen ein höheres Gewicht beizumessen ist.

In dem Verfahren auf Wiedererteilung der Fahrerlaubnis sind hinsichtlich der Zeitdauer des Verfahrens folgende Fallgruppen zu unterscheiden:

Erstens: Wiedererteilung der Fahrerlaubnis nach einmaligem Entzug wegen Trunkenheit. Sofern nichts weiteres gegen den Antragsteller vorliegt, wird nach Ablauf der gerichtlich festgesetzten Sperrfrist — sie ist eine Maßregel der Sicherung und Besserung, also keine zusätzliche Strafe, nennt den Zeitraum, für wie lange der Betroffene vom Strafrichter noch als charakterlich ungeeignet angesehen

(C)

(B)

(D)

(A) wird, vergleiche Paragraph 69 folgende Strafgesetzbuch — eine Fahrerlaubnis ohne weiteres erteilt. Der entsprechende Antrag auf Wiedererteilung kann gemäß einem Erlaß meines Hauses vom 23. 8. 1974 — entsprechend einer bundeseinheitlichen Absprache — bereits sechs Wochen vor Ablauf der Sperrfrist gestellt werden.

Durch einen weiteren Erlaß meines Hauses vom 24. 9. 1970 wurde zur Beschleunigung des Verfahrens geregelt, daß die Führerscheinstellen nur dann eine eigene Eignungsbeurteilung vorzunehmen haben, wenn die dem Gericht nicht bekannt geworden Erkenntnisse für die Eignungsfrage von erheblicher Bedeutung sind. Das trifft für den Fall zu zwischen der Urteilsfindung und der Wiedererteilung der Fahrerlaubnis.

Entsprechend diesen Regelungen dauert das Verfahren bis zur Wiedererteilung der Fahrerlaubnis zirka sechs bis acht Wochen, kann also günstigenfalls mit Ablauf der Sperrfrist abgeschlossen sein, sofern man sechs Wochen vorher diesen Antrag stellt.

Zweitens: Wiedererteilung der Fahrerlaubnis nach mehrfachem Entzug wegen Trunkenheit oder nach Entzug durch die Verwaltungsbehörde aufgrund des Mehrfachtäterpunktsystems. Sie wissen, es gibt die berühmten Punkte in Flensburg, wobei ich noch einmal folgendes sagen darf: Bei neun Punkten gibt es eine Verwarnung, bei vierzehn Punkten muß die theoretische Prüfung wiederholt werden, und bei 18 Punkten muß die Verwaltung eine Prüfung durchführen, ob der Entzug des Führerscheins erforderlich ist.

(B)

Da in diesen Fällen die Frage der Prüfung der charakterlichen Eignung im Vordergrund steht, schreibt Paragraph 15 c Absatz 3 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung für die Regelfälle die Beibringung eines Gutachtens einer medizinisch-psychologischen Untersuchungsstelle vor. Die Führerscheinstellen wären in solchen Fällen ohne ein solches Gutachten in ihrer Entscheidung überfordert, ob die charakterliche Eignung wieder vorhanden ist. Der Beibringung eines solchen Gutachtens bedarf es nur dann nicht, wenn ausreichende Tatsachen weiterhin gegen die Eignungsannahme sprechen oder aber die Eignung bereits zu bejahen ist.

Wird die Eignung bejaht, so sind die Führerscheinstellen verpflichtet zu prüfen, inwieweit die Befähigung gegeben ist. Hier gilt Paragraph 15 c Absatz 2 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung. Danach kann auf eine Fahrerlaubnisprüfung verzichtet werden, wenn keine Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß der Bewerber die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten zum Führen von Kraftfahrzeugen nicht mehr besitzt. Ist der Antragsteller jedoch seit zwei Jahren und mehr nicht mehr im Besitz einer Fahrerlaubnis, so ist ein Verzicht auf die Befähigungsprüfung gesetzlich nicht zulässig.

In diesen Fällen beträgt die Zeit für das Antragsverfahren zirka vier bis sechs Wochen. Hinzu kommt

in der Regel der Fälle die Zeit für die Einholung eines Gutachtens mit der Dauer bis zu zwölf Wochen. (C)

Nach Eingang des Gutachtens ist mit einer Zeit von zirka zwei Wochen zu rechnen, bis bei negativem Gutachten die Versagungsverfügung beziehungsweise bei positivem Gutachten die Erteilung der Fahrerlaubnis erfolgt ist.

Basierend auf diesen Erfahrungswerten ergibt sich in diesen Fällen eine durchschnittliche Bearbeitungszeit bis zur Erteilung der Fahrerlaubnis von 18 bis 20 Wochen, die bei Stellung des Antrags sechs Wochen vor Ablauf der Sperrfrist entsprechend verkürzt werden kann.

Wird im Rahmen des Erteilungsverfahrens eine Befähigungsprüfung notwendig — die Durchführung obliegt dem Technischen Überwachungsverein —, so sind mindestens weitere drei Wochen Bearbeitungszeit hinzuzurechnen.

Der Senat ist ständig darum bemüht, diese durch die Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und die dadurch bedingten Ermessensentscheidungen der Führerscheinstellen notwendigen Fristen zu verkürzen.

Dies ist einmal dadurch geschehen, daß der Antrag auf Wiedererteilung der Fahrerlaubnis in allen Fällen bereits sechs Wochen vor Ablauf der Sperrfrist gestellt werden kann. Eine weitere Ausdehnung dieser Frist, die bundeseinheitlich abgesprochen ist, kann nicht erfolgen, da bei einer weiteren Vorverlegung dieser Frist die Gefahr besteht, daß mögliche zwischenzeitlich begangene Zuwiderhandlungen bis zur Erteilung der Fahrerlaubnis nicht mehr bekannt werden. (D)

Zum anderen wurde eine Beschleunigung des Verfahrens dadurch erreicht, daß die Fristen zur Erstellung der Gutachten im Bereich der medizinisch-psychologischen Untersuchungsstellen, die den Technischen Überwachungsvereinen eingegliedert sind, durch in diesem Bereich vorgenommene Personalvermehrungen verkürzt werden konnten und daß das gesamte Verfahren von der Festsetzung des Untersuchungstermins bis zur Erstellung des Gutachtens durch Rationalisierung erheblich gestrafft worden ist.

Durch diese Maßnahmen wurde die Gesamtfrist von 12 auf 6 Wochen verkürzt, so daß sich die bisherigen Fristen von 18 bis 20 Wochen in diesen Fällen um 6 Wochen reduzieren. Das bedeutet letzten Endes, wenn Sie dies auf sechs Wochen reduzieren, daß Sie im günstigsten Fall sechs Wochen nach der Sperrfrist bei dem Mehrfachtätersystem den Führerschein wieder erhalten können.

Eine Beschleunigung des Verfahrens kann in erheblichem Umfang auch durch die Antragsteller bewirkt werden. Diesen muß zunächst bewußt werden, daß nach Ablauf der durch das Gericht verhängten Sperrfrist die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis nicht automatisch erfolgt, sondern daß ein neues Verfahren in Gang kommt, das möglicherweise eingehende Überprüfungen erforderlich macht.

(A) Zum anderen muß allgemein bekanntgemacht werden, daß ein Antrag auf Wiedererteilung der Fahrerlaubnis bereits sechs Wochen vor Ablauf der Sperrfrist gestellt werden kann und ferner, daß eine Beschleunigung des Gutachterverfahrens bei den medizinisch-psychologischen Instituten dadurch erreicht werden kann, daß die Gebühr für dieses zu erstellende Gutachten von den Antragstellern sofort eingezahlt wird, da die Gutachterstellen erst tätig werden, wenn die Gebühr bezahlt worden ist.

Um hier aufklärend zu wirken, beabsichtigt der Senat, ein entsprechendes Merkblatt erstellen zu lassen, das in den Strafverfahren, in denen die Entziehung der Fahrerlaubnis ausgesprochen wird, an die Betroffenen verteilt werden soll.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

**Abg. v. d. Schulenburg (CDU):** Herr Senator, darf ich vielleicht gleich an die letzten Ausführungen anknüpfen, die Sie vorgetragen haben betreffend das Merkblatt: Können Sie dem Parlament ungefähr einen Termin nennen, wann damit zu rechnen ist, daß die Arbeiten zwischen Ihrem Haus und dem des Justizsenators abgeschlossen sein werden?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Fröhlich:** Herr Abgeordneter von der Schulenburg, die Frage wird jetzt nicht nur in Bremen zu prüfen sein. Wir wollen dies auch mit anderen Ländern abstimmen. Wenn es bei der Abstimmung mit anderen Ländern zu Schwierigkeiten kommen sollte, werden wir in Bremen dies einführen. Ich meine, die Fristen und diese Fragen des Merkblattes spielen keine Rolle. Sie sind insgesamt unter den Ländern schon abgesprochen. Dies kann kurzfristig geschehen.

(Abg. v. d. Schulenburg [CDU]: Vielen Dank!)

**Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Dr. Cassens!

**Abg. Dr. Cassens (CDU):** Herr Senator, das Dilemma ist, daß es eine Reihe unserer Mitbürger gibt, die darauf vertrauen, daß mit dem Ablauf der Sperrfrist ihnen auch gleichzeitig der Führerschein wieder ausgehändigt wird. Meine Frage geht eigentlich dahin: Können neben der geplanten Aushändigung eines Merkblatts, das sich leider erst in Arbeit befindet, noch Maßnahmen ergriffen werden, um aufklärend innerhalb der Bevölkerung zu wirken, um vor allen Dingen auch denjenigen Bürgern eine Hilfe zu geben, die darauf vertrauen, daß mit Ablauf der Sperrfrist tatsächlich der Führerschein sich auch wieder in ihrem Besitz befindet?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Fröhlich:** Wissen Sie, ich habe zu meinem Referenten gesagt, in das Merkblatt kommt als große Überschrift der Satz: „Kein Alkohol am Steu-

er!“ Das ist das Entscheidende bei diesen ganzen Punkten.

Die andere Frage wird sein, daß bei diesem Merkblatt auch festgelegt beziehungsweise erläutert wird, daß es keine automatische Wiedererteilung gibt, sondern daß jeweils der Führerschein — wie bei der Ersterteilung — beantragt werden muß. Die Frage der theoretischen Prüfung spielt nachher auch eine Rolle. Aber ich will es mit aufnehmen beim Merkblatt, Herr Dr. Cassens.

**Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Dittrich!

**Abg. Dittrich (SPD):** Herr Senator, hat sich Ihr Haus auch in diesem Zusammenhang bei der Wiedererteilung des Führerscheins darüber Gedanken gemacht, daß eine besondere Kennzeichnung bei neuerteilten Fahrerlaubnissen wegfallen soll? Ich denke da an die Initiativen, die vom parlamentarischen Staatssekretär im Bundesjustizministerium ausgingen.

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Fröhlich:** Ich werde Ihren Hinweis gern mit aufnehmen!

Ich darf das Parlament noch dahingehend informieren, daß wir in Bremen jährlich rund 3 600 Fälle von Wiedererteilungen haben. Ich wünsche mir, daß wir diesen Bereich auch entsprechend reduzieren könnten. Ich habe deshalb die Bitte an alle Bürger, insbesondere bei Alkohol das Steuer des Kraftfahrzeugs zu meiden.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen werden nicht gewünscht. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Fröhlich.

Die vierte Frage befaßt sich mit einer **Arbeitslosenversicherung für deutsche Seeleute auf ausländischen Schiffen**. Sie ist unterschrieben von den Abgeordneten Ostendorff, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten Ostendorff, die Frage zu stellen.

**Abg. Ostendorff (FDP):** Wir fragen den Senat:

Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um deutschen Seeleuten, die auf ausländischen Schiffen fahren, die freiwillige Weiterzahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung zu ermöglichen?

**Präsident Dr. Klink:** Herr Bürgermeister Dr. Franke, sind Sie bereit, die Antwort zu geben? — Bitte sehr!

**Bürgermeister Dr. Franke, Senator für Soziales, Jugend und Sport und für Arbeit:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine freiwillige Weiterzahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung ist, sofern eine beitragspflichtige Beschäftigung nach den Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes — Paragraph 168 — nicht gegeben ist, nicht möglich.

(A) Das gilt auch für deutsche Seeleute, die auf ausländischen Schiffen fahren.

Um jedoch eine beitragspflichtige Beschäftigung der Seeleute, die auf einem Seeschiff beschäftigt sind, das nicht berechtigt ist, die Bundesflagge zu führen, zu erreichen, ist in Paragraph 2 Absatz 3 und Paragraph 13 des Vierten Buches des Sozialgesetzbuches folgende Regelung getroffen:

„Besteht die Besatzung eines Seeschiffes, das nicht berechtigt ist, die Bundesflagge zu führen, ganz oder teilweise aus Seeleuten, die Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind, werden diese auf Antrag des Reeders bei der See-Berufsgenossenschaft und der Seekasse nach den Vorschriften dieses Buches versichert. Voraussetzung ist, daß der Reeder die Einbeziehung in die Beitragspflicht nach dem Arbeitsförderungsgesetz beantragt, das Seeschiff der Unfallverhütung und Schiffssicherheitsüberwachung durch die See-Berufsgenossenschaft unterstellt hat und der Staat, dessen Flagge das Seeschiff führt, der Versicherung nicht widerspricht. Der Reeder hat einen Bevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzbuchs zu bestellen, der die Pflichten des Arbeitgebers hat. Für die Verbindlichkeiten gegenüber den Versicherungsträgern haften der Reeder und der Bevollmächtigte als Gesamtschuldner; sie haben auf Verlangen entsprechende Sicherheit zu leisten.“

(B) Der Senat sieht zur Zeit keine Möglichkeit, auf eine Änderung dieser derzeit geltenden bundesgesetzlichen Bestimmungen sowohl des Arbeitsförderungsgesetzes als auch, was die gemeinsamen Vorschriften für die Sozialversicherung nach dem Sozialgesetzbuch betrifft, hinzuwirken.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Bürgermeister, habe ich Sie richtig verstanden, daß eine freiwillige Weiterversicherung nur dann möglich ist, wenn praktisch der Reeder sie beantragt und sich gleichzeitig den Bestimmungen der deutschen See-Berufsgenossenschaft unterwirft?

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Also praktisch nicht möglich!)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Dr. Franke:** Unterwirft, ja!

**Präsident Dr. Klink:** Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Ostendorff** (FDP): Habe ich Sie dann richtig verstanden, daß es lediglich theoretisch möglich ist?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Dr. Franke:** Die Praxis ist sehr, sehr schwierig. Insofern haben wir uns richtig verstanden, Herr Ostendorff.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen?

(Abg. **Ostendorff** [FDP]: Darf ich noch eine Bitte aussprechen? Es ist keine Frage!)

Bitte sehr!

Abg. **Ostendorff** (FDP): Ist es möglich, ausnahmsweise diese Antwort des Senats schon vorab zu bekommen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Dr. Franke:** Ich kann sie Ihnen gleich geben!

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen werden nicht gewünscht. Dann ist auch die vierte Frage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Bürgermeister Dr. Franke.

Die fünfte Frage hat die **Weitergabe von Erkenntnissen durch das Landesamt für Verfassungsschutz** zum Gegenstand. Sie ist unterzeichnet von den Abgeordneten von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten von Schönfeldt, die Frage zu stellen.

Abg. **v. Schönfeldt** (FDP): Wir fragen den Senat:

Hat das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz in den Jahren von 1976 bis heute an staatliche beziehungsweise nichtstaatliche Unternehmen Erkenntnisse über Mitarbeiter oder einzustellende Bewerber weitergegeben?

Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen und aufgrund welcher Rechtsgrundlagen?

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator Fröhlich, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

**Senator für Inneres Fröhlich:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat darf ich folgende Antwort erteilen:

Gemäß Paragraph 3 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 7. August 1972 in Verbindung mit Paragraph 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen vom 5. März 1974 wirkt der Verfassungsschutz im Rahmen des vorbeugenden Geheimsschutzes und des vorbeugenden Sabotageschutzes mit bei der Überprüfung von Personen, erstens, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können; zweitens, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen oder die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können.

Hierbei handelt es sich ausschließlich um solche Unternehmen, die für den Bundesminister für

(C)

(D)

- (A) Wirtschaft Aufträge im Rahmen der Landesverteidigung durchführen, und um Einrichtungen, die im Spannungs- und Verteidigungsfall unabweisbar funktionsfähig bleiben müssen.

Unabhängig hiervon und über diesen bundesrechtlich festgelegten Bereich des Geheim- und Sabotageschutzes für Unternehmen besteht gemäß Paragraph 6 des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes für den Verfassungsschutz auch die Möglichkeit der Weitergabe von Erkenntnissen an weitere Unternehmen, wenn dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestands und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist. Diese Weitergabe von Erkenntnissen bedarf jedoch der Einwilligung des Senators für Inneres. Eine solche Einwilligung wurde bisher in keinem Fall beantragt und auch nicht gegeben.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

**Abg. v. Schönfeldt (FDP):** Herr Senator, werden die Mitarbeiter der Betriebe, die unter anderem mit verteidigungspolitischen und sicherheitsempfindlichen Produktionen befaßt sind, nun pauschal überprüft, oder betrifft diese Überprüfung nur die Mitarbeiter, die konkret im sicherheitsempfindlichen Bereich dieser Firmen tätig sind?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

- (B) **Senator Fröhlich:** Dies hängt von den jeweiligen Unternehmen ab. Es gibt Unternehmen, die insgesamt überprüft werden. Es gibt auch Unternehmen, bei denen es nur um den Teil geht, in dem Mitarbeiter in den bestimmten Sicherheitsbereichen tätig sind.

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Danke schön!)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen werden nicht gewünscht. Damit ist auch diese Frage erledigt.

Ich bedanke mich erneut bei Herrn Senator Fröhlich.

Die sechste Frage betrifft die **Konzeption zur Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen im Land Bremen**. Sie ist unterzeichnet von den Abgeordneten Urban, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Urban, die Frage vorzutragen.

**Abg. Urban (CDU):** Wir fragen den Senat:

Wann ist mit der Vorlage der Konzeption zur Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen im Land Bremen — siehe Drucksache 8/605 vom 4. 10. 1973 und Drucksache 9/98 vom 10. 2. 1976 — zu rechnen?

**Präsident Dr. Klink:** Herr Bürgermeister Dr. Franke, sind Sie bereit, die Antwort zu geben? — Bitte sehr!

**Bürgermeister Dr. Franke, Senator für Soziales, Jugend und Sport und für Arbeit:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ministerpräsidenten beabsichtigen, die von der Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung einer umfassenden Konzeption der Ausländerbeschäftigungspolitik vorgelegten Vorschläge in ihrer Konferenz am 11. Mai 1978 — also morgen — zu behandeln.

Der Senat wird auf der Grundlage der Beratungsergebnisse dieser Konferenz die Arbeiten zur Entwicklung einer zwischen Bund und Ländern abgestimmten bremischen Integrationskonzeption im Sommer dieses Jahres abschließen.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

**Abg. Urban (CDU):** Herr Bürgermeister, würden Sie uns zugestehen, daß es nun — fünf Jahre, nachdem wir die erste Frage gestellt haben — Zeit ist, daß die Abgeordneten hierauf eine Antwort erhalten, zumal der Senat in der Vergangenheit immer wieder selbst darauf hingewiesen hat, daß das Land Bremen mit beinahe 41 000 Ausländern, davon über 10 000 Kindern, mittlerweile zu einem der zehn Förderungsgebiete ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik gehört?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Dr. Franke:** Ich könnte, Herr Urban, diese Frage jetzt einfach mit Ja beantworten, möchte aber doch auf folgendes hinweisen: (D)

Nach dem einstimmigen Beschluß der 48. Arbeitsministerkonferenz vom 1. Juli 1976 wurde die Bund-Länder-Kommission ins Leben gerufen. Ihr gehörten alle Innenminister und -senatoren, alle Arbeits- und Sozialminister, Vertreter der Bundesregierung, Vertreter der Bundesanstalt und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände an. Sie bekam den Auftrag, eine umfassende Konzeption für eine Ausländerbeschäftigung, zu Fragen des Familiennachzugs, des Aufenthaltsrechts, einer künftigen Anwerbepolitik, der sozialen Integration sowie der Rückwanderung fortzuentwickeln.

Dann kam die konstituierende Sitzung dieser Kommission am 4. August 1976. In dieser Sitzung wurde eine ständige Arbeitsgruppe eingesetzt, an der ebenfalls wiederum alle Länder beteiligt waren. Diese Arbeitsgruppe hat dann ihren Bericht am 17. Dezember 1976 der Bund-Länder-Kommission übermittelt. Diese hat Anfang Februar 1977 den Bericht beschlossen, mit den Sozialpartnern erörtert und beraten und wiederum der Ministerpräsidentenkonferenz zugeleitet. Diese wollte auch Anfang des Jahres darüber beraten, hat die Beratung dann aber mehrfach vertagt, und zwar zuletzt auf den 11. Mai — also morgen —. So ist der Gang gewesen.

Es wäre, glaube ich, nicht sinnvoll gewesen, wenn Bremen allein aus dieser Kommission ausgeschert wäre und jetzt eine Konzeption auf den Tisch gelegt hätte, sondern hier muß — weil es ein bun-

(A) desweites Problem ist — auf alle Beteiligten Rücksicht genommen werden.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Urban!

**Abg. Urban (CDU):** Nachdem die Ministerpräsidentenkonferenz die Frage einer Konzeption schon verschiedentlich vertagt hat und gegebenenfalls im Mai wieder vertagen wird, möchte ich Sie fragen: Sind Sie dann bereit, der Bürgerschaft zumindest Teilergebnisse der vom Präsidenten des Senats eingesetzten ressortübergreifenden Ad-hoc-Arbeitsgruppe mitzuteilen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Dr. Franke:** Die Teilergebnisse, die wir haben, und auch unsere Vorstellungen können wir Ihnen dann gern mitteilen.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist auch die sechste Frage erledigt.

(Abg. Kuhnert [FDP]: Moment, Herr Präsident!)

Ich bitte um Nachsicht! Ist das jetzt erledigt?

(Abg. Kuhnert [FDP]: Ja!)

(B) Die siebte Frage betrifft **Arger beim Sportzentrum an der Universität Bremen**. Die Frage ist unter-  
schrieben von den Abgeordneten Jackisch, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Frage vorzutragen.

**Abg. Jackisch (CDU):** Wir fragen den Senat:

Treffen Pressemitteilungen vom 21. April 1978 zu, wonach das für 42 Millionen DM fertiggestellte Sportzentrum an der Universität Bremen noch immer nicht voll genutzt werden kann?

Trifft es weiter zu, daß aufgrund dieses Mißstands die Sportstudenten weiter in einer provisorischen Halle in Horn unterrichtet werden und dadurch Schüler aus dieser Halle verdrängt wurden?

**Präsident Dr. Klink:** Wer beantwortet die Frage? Herr Bürgermeister Dr. Franke?

(Bürgermeister Dr. Franke: Nein!)

Herr Senator Franke! Ich bitte um Nachsicht!

(Senator Franke: Es geht ja um die Universität!)

Herr Senator Franke, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

**Senator für Wissenschaft und Kunst Franke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat folgende Antwort:

Die Behauptungen, die aus der Berichterstattung der Tageszeitungen über eine studentische Protest-

veranstaltung übernommen worden sind, treffen in dieser Form nicht zu. Richtig ist vielmehr:

Erstens: Das seit 1974 gebaute und seit Beginn des Jahres 1978 schrittweise an die Universität übergebene Sportzentrum ist, soweit das die Beseitigung der bei der Übernahme festgestellten kleineren baulichen Mängel und die Erfüllung von Sicherheitsauflagen zuließen, nach Inbetriebnahme der technischen Einrichtungen sowohl für die Zwecke der Universität als auch für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt worden:

Mitte März fand das Internationale Bremer Schwimmbad im 50-Meter-Bad statt. Seit Anfang April steht das Bad auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Spiel-, Gymnastik- und Turnhalle wird seit Anfang Mai voll genutzt. Zur Zeit steht nur noch die Übergabe einer variablen Rasenfläche aus, die für Anfang Juni vorgesehen ist.

Zweitens: Die von studentischer Seite aufgestellte Behauptung, fehlendes Personal sei die Ursache dafür, daß das Sportzentrum nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden kann, ist falsch. Zwar bestehen einige personelle Schwierigkeiten im Sportbereich, für den die Universität keine zusätzlichen Stellen erhielt, sondern den Bedarf im internen Ausgleich abdecken mußte, doch wurde hierdurch die Eröffnung nicht behindert. Im übrigen wurden die noch bestehenden personellen Engpässe zwischen dem Senator für Wissenschaft und Kunst und der Universität eingehend erörtert; dabei wurden geeignete Maßnahmen zu ihrer Beseitigung abge-  
sprochen.

Drittens: Die Spielhalle Horn ist eine vollwertige Sporteinrichtung der Universität Bremen, die auch weiterhin für den Sportbereich genutzt wird. Der Begriff „provisorische Halle“ ist falsch.

Viertens: Die Sporteinrichtungen der Universität Bremen, die vom Bund und den dem Finanzierungsabkommen beigetretenen Ländern für Hochschulzwecke mitfinanziert worden sind, können Schulen, Vereinen und der Öffentlichkeit nur in dem Umfang überlassen werden, wie die Universität keinen Eigenbedarf hat. Gleichwohl stellen die Sporteinrichtungen der Universität einen erheblichen Beitrag auch für die Versorgung von Schulen, Vereinen und Öffentlichkeit dar.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

**Abg. Jackisch (CDU):** Herr Senator, können Sie bestätigen, daß die Universität ihr Sportprogramm ausschließlich im Sportzentrum der Universität abwickelt und daß die sogenannte provisorische Halle, wie Sie sie korrigiert haben, nunmehr voll dem Sport und Schulsport zur Verfügung steht und von den Studenten nicht mehr genutzt wird?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Franke:** Nein, auch diese Halle, die für die Zwecke der Universität errichtet worden ist,

(C)

(D)

(A) wird für Spielbetrieb der Universität weiter genutzt werden.

**Präsident Dr. Klink:** Besteht der Wunsch nach weiteren Zusatzfragen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die siebte Frage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke für die erteilten Auskünfte.

Die achte Frage in der Fragestunde befaßt sich mit der **Richtlinie für die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankenhausinfektionen**. Die Frage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Tepperwien, Kähler und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, die Frage vorzutragen.

**Abg. Tepperwien (SPD):** Wir fragen den Senat:

Findet in Bremen die von einer Kommission des Bundesgesundheitsamtes 1976 erarbeitete Richtlinie für die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankenhausinfektionen Anwendung?

a) Wenn ja, zu welchen Verbesserungen hat das geführt?

b) Sind gegebenenfalls mit solchen Maßnahmen Kostensenkungen im Krankenhausbereich verbunden gewesen?

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator Brückner, sind Sie bereit, die Antwort zu geben? — Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator Brückner.

**Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

(B)

Die Umsetzung der vom Bundesgesundheitsamt 1976 veröffentlichten Richtlinie für die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankenhausinfektionen in die Krankenhauspraxis ist insgesamt bisher noch lückenhaft. Die diesbezüglichen Beratungen in den zuständigen Ausschüssen, im Bundesländer-Ausschuß nach Paragraph 17 Absatz 1 sowie im Beirat für Krankenhausfragen nach Paragraph 7 Absatz 4 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, haben einvernehmlich deutlich gemacht, daß die personelle Situation und die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen nur eine stufenweise Durchführung dieser Empfehlung möglich machen, zumal eine spezielle Schulung von Personal sowie bauliche und organisatorische Veränderungen notwendig sind, die nicht kurzfristig erreicht werden können.

In Bremen, für das die geschilderten Fakten ebenfalls in etwa so zutreffen, wurden im Krankenhausbereich inzwischen regelmäßige, etwa vierteljährliche unangemeldete Inspektionen aller Krankenhäuser durch Hygieniker eingeführt.

Darüber hinaus haben wir im Zentralkrankenhaus „Links der Weser“ bereits eine Hygienekommission gebildet; für die anderen kommunalen Krankenhäuser wird die Bildung von Hygienekommissionen vorbereitet. Hierbei sind insbesondere personelle Schwierigkeiten zu überwinden, da zum Beispiel Hygienefachschwestern zur Zeit schwer zu gewinnen sind.

Es können in der laufenden Aufbauphase noch keine konkreten Verbesserungen aufgrund der eingeleiteten Maßnahmen benannt werden. (C)

Bei vollständiger Durchführung der Richtlinie sind jedoch nach anfänglichen erheblichen Investitionen und Kosten personeller Art für die Zukunft Kostensenkungen im Krankenhausbereich zu erwarten.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

**Abg. Tepperwien (SPD):** Herr Senator, habe ich Sie richtig verstanden, daß die neugebildete Hygienekommission im Zentralkrankenhaus „Links der Weser“ bereits Feststellungen getroffen hat, die zu Maßnahmen geführt haben, was ja die Dringlichkeit solcher Kommissionen und deren Einsetzung auch in den anderen Krankenhäusern unterstreichen würde?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Ja, solche Feststellungen und Vorschläge zu Maßnahmen und Veränderungen liegen vor, und Maßnahmen sind eingeleitet worden. Es ist nur noch nicht möglich, sozusagen den tatsächlichen Erfolg an weniger Infektionen oder Krankheiten, die im Krankenhaus entstehen, nachzuweisen. Dafür braucht man einen längeren Erfahrungszeitraum.

**Präsident Dr. Klink:** Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr! (D)

**Abg. Tepperwien (SPD):** Herr Senator, was meinen Sie, wie lange es dauern wird, bis diese Hygienekommissionen in allen Krankenhäusern bestehen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Das hängt davon ab, wie wir die personellen Schwierigkeiten lösen, wie wir tatsächlich auch dort, wo wir schon Stellen haben, Fachleute dafür bekommen. Aber ich denke, daß in diesem, spätestens im kommenden Jahr in allen kommunalen Häusern diese Kommissionen tätig sein werden.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die achte Frage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Brückner.

Die neunte Frage beschäftigt sich mit der **Gemeinnützigkeit von Bürgerinitiativen**. Die Frage ist unterschrieben von den Abgeordneten Tepperwien, Kähler und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Abgeordneten Tepperwien, die Frage vorzutragen.

**Abg. Tepperwien (SPD):** Wir fragen den Senat:

Bestehen auch in Bremen Überlegungen, wie zum Beispiel offenbar in einigen Bundesländern, den als gemeinnützig anerkannten Bürgerinitiativen diese Gemeinnützigkeit wieder abzuerkennen?

(A) **Präsident Dr. Klink:** Herr Senator Jantzen, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

**Senator für Finanzen Jantzen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin bereit, die Frage zu beantworten: Nein! In Bremen sind mehrere Bürgerinitiativen als gemeinnützig anerkannt. Die Frage nach der Aberkennung der Gemeinnützigkeit hat sich bisher nicht gestellt. Bund und Länder sind sich darüber einig, daß Bürgerinitiativen gemeinnützig sein können.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist auch die neunte Frage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Jantzen für die erteilte Auskunft.

Die zehnte und damit letzte Frage in der Fragestunde betrifft die **Information von Mädchen und Eltern über qualifizierte Berufsausbildung**. Die Frage ist unterschrieben von den Abgeordneten Hede Lütjen, Kähler und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Lütjen, die Frage vorzutragen.

Abg. Hede Lütjen (SPD): Wir fragen den Senat:

Welche Initiativen hat der Senat bisher unternommen, um Mädchen und ihre Eltern umfassend über die Bedeutung einer qualifizierten Berufsausbildung zu informieren?

(B) Gibt es in der Schule und bei der Berufsberatung der Arbeitsämter ausreichende Hilfen und Informationen, um den Mädchen die Entscheidung zugunsten eines sogenannten typischen Männerberufs zu erleichtern?

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator Thape, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

**Senator für Bildung Thape:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Erstens: Mädchen haben eine deutlich geringere Chance als Jungen, eine Berufsausbildung, die ihren Fähigkeiten entspricht, zu beginnen. Ursachen dieser Benachteiligung sind einmal ihr meist durch Tradition und Erziehung der Eltern bestimmtes, auf typische Mädchenberufe orientiertes Verhalten bei der Berufswahl und zum anderen die Einstellung der Betriebe, aus vielerlei Gründen — namentlich in den gewerblich-technischen Berufen — nur Jungen auszubilden.

Zweitens: Ziel der Bildungspolitik des Senats ist es daher seit langem, diese Hürden abzubauen.

Bereits in der Grundschule und der Orientierungsstufe ist der Unterricht darauf abgestellt, geschlechtsspezifisches Rollenverhalten gar nicht erst entstehen zu lassen. In der Haupt- und Realschule ist der Unterricht so aufgebaut, daß dem traditionellen Rollenverhältnis entgegengewirkt wird. Deswegen sind

auch Fächer wie technisches Werken, Hauswirtschaft und Textilarbeit für Jungen und Mädchen gleichermaßen verbindlich.

In den Klassen 7 bis 9 der Haupt- und Realschule sollen darüber hinaus Betriebserkundungen und Betriebspraktika den Schülern das Verständnis dafür vermitteln, daß es in der heutigen Arbeits- und Berufswelt auf das einzelne Geschlecht bezogene Rechte und Pflichten nicht geben darf und Barrieren, die den Frauen bestimmte Berufstätigkeiten vorenthalten, durchbrochen werden müssen.

Die Schullaufbahnberatung berät die Schüler und deren Eltern dahingehend, daß es auch für Mädchen erforderlich ist, die ihren Begabungen und Fähigkeiten entsprechenden schulischen Abschlüsse zu erwerben, um die gleichen Startchancen wie Jungen für den Eintritt in berufliche Ausbildungsgänge zu erhalten.

Drittens: Die Berufsberatung der Arbeitsämter geht davon aus, daß es eine Fülle von Berufen gibt, die für Mädchen in Frage kommen und deshalb bevorzugt empfohlen werden sollte. Außerdem wird den Mädchen bereits in der letzten und vorletzten Klasse der allgemeinbildenden Schulen im Rahmen von Beratungsgesprächen umfangreiches Informationsmaterial überreicht, das einen Überblick über sämtliche für Jungen und Mädchen in Frage kommenden Berufe vermittelt, ohne daß bestimmte Berufe als „typisch weiblich“ herausgestellt werden. Im Gegenteil wird in mehreren Broschüren der Bundesanstalt für Arbeit für alle Haupt- und Realschulabgänger ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich Mädchen für bisher überwiegend von Jungen erlernte Berufe entscheiden können, wenn diese dem Interesse und der Begabung entsprechen.

Viertens: Es ist noch viel an Aufklärungsarbeit zu leisten, um die teilweise noch sehr erheblichen Vorbehalte von Eltern und Arbeitgebern gegen eine Tätigkeit von Mädchen in den sogenannten Männerberufen zu beseitigen. Die Bundesregierung fördert deshalb seit kurzem Betriebe, die bereit sind, sich an einem Modellversuch zu beteiligen, durch den gewerblich-technische Berufe, wie zum Beispiel Betriebs- und Maschinenschlosser, auch für Mädchen erschlossen werden sollen.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? Besteht der Wunsch im Haus, eine Zusatzfrage zu stellen?

Das Wort zu einer Zusatzfrage hat die Abgeordnete Frau Förster.

Abg. Ingeborg Förster (CDU): Herr Senator, ist es Ihnen möglich, uns zu sagen, welche gesetzlichen Hemmnisse dem noch entgegenstehen, was Frau Kollegin Lütjen hier mit Recht gefragt hat?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Thape:** Rechtliche Barrieren gibt es überhaupt nicht!

(C)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Möchten Sie noch eine Zusatzfrage stellen, Frau Förster? — Bitte sehr!

Abg. Ingeborg Förster (CDU): Ich meine gesetzliche Hemmnisse für Mädchen und Frauen, in bestimmten Berufen gleichwertig arbeiten zu können!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Thape:** Abgesehen von Arbeitsschutzgesetzen, die es zum Beispiel verhindern, daß Frauen in die Bergwerke müssen — die ich aufrechterhalten würde —, sind mir an sich gesetzliche Grundlagen, die es verbieten, daß Frauen typische Männerberufe ergreifen, nicht bekannt. Ich lasse mich aber gern belehren und würde das auch nachprüfen. Ich weiß allerdings, daß es einzelne Frauen gibt, die als Dachdecker, in reinen maschinentechnischen Berufen oder als Pilotinnen und so weiter tätig sind. Aber ich kann jetzt die Einzelheiten nicht weiter aufzählen.

**Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zusatzfrage hat der Abgeordnete Urban das Wort.

Abg. Urban (CDU): Herr Senator, sind entsprechende Vorkehrungen getroffen worden, daß bei der Errichtung zusätzlicher Ausbildungsgänge mit berufsqualifizierendem Abschluß an Berufsfachschulen auch die weiblichen Jugendlichen eine Ausbildungsstelle finden können?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

(B) **Senator Thape:** Ja, dafür haben wir ausdrücklich gesorgt, und zwar in den Bereichen Bürokaufmann, Bürogehilfe, Elektroanlageninstallateur und Energieanlagenelektroniker. Dort haben wir insgesamt 207 Plätze zur Verfügung gestellt, und davon sind 82 Plätze von Mädchen beantragt worden.

**Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zusatzfrage hat die Abgeordnete Frau Lütjen das Wort.

Abg. Hede Lütjen (SPD): Herr Senator, würden Sie mir zustimmen, wenn ich behaupte, daß sowohl unter den Lehrkräften als auch unter den Bediensteten der Arbeitsämter eine subjektive Einstellung gegen die Beschäftigung von Mädchen in „typischen Männerberufen“ solch einem fortschrittlichen Gedanken entgegenstehen würde?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Thape:** Zum Teil ja, es gibt sicherlich eine Fülle von Vorurteilen, die einmal bei denjenigen bestehen, die diese Stellen zu vergeben haben, aber auch bei denjenigen, die diese Stellen in Anspruch nehmen. Ich habe vorhin schon darauf aufmerksam gemacht: Das ist zum Teil der Fall im Elternhaus, dann sicherlich bei der gesamten Umgebung, in der Gesellschaft schlechthin und bei bestimmten Arbeitgebern. Es gibt eine Fülle von Einzelpunkten, die dazu führen, daß wir die Gleichberechtigung bei der Berufswahl in der gewünschten Form noch nicht erreicht haben.

Nur, Frau Lütjen, möchte ich auch eines sagen: Gemessen an dem, was vor wenigen Jahrzehnten selbstverständlich war, sind wir ungeheuer vorangekommen auf diesem Weg, und wir werden in zehn, zwanzig, dreißig Jahren noch weiter sein. Das ist eine Entwicklung, die in Tausenden von Jahren gewachsen ist und die wir nicht in einer oder zwei Generationen völlig umkehren können. (C)

**Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. v. Groeling-Müller (FDP): Herr Senator, würden Sie uns bitte sagen, wie viele Mädchen sich für den sonst nicht typisch weiblichen

(Bürgermeister Koschnick: Das sind doch alles Vorurteile! Was ist denn „nicht typisch weiblich“? Ihr seid nicht emanzipiert!)

Beruf des Elektrotechnikers gemeldet haben

(Glocke)

im Gegensatz zu dem sonst von Frauen bevorzugten Bürokaufleute-Beruf? Wenn Sie das in den Bewerberzahlen zusammen nennen, verfälscht das doch die Öffnung des Elektrikerberufs in dem von Ihnen genannten Kurs.

(Zurufe von der SPD — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ich wollte nur darauf hinweisen: In der Fragestunde haben Senatoren nur zu antworten, nicht zu fragen! — Bitte sehr!

**Senator Thape:** Mir ist nicht bekannt, daß ich eine Frage gestellt habe!

**Präsident Dr. Klink:** Nein, das war auch nicht an Sie gerichtet!

(Bürgermeister Koschnick: Mea culpa!)

**Senator Thape:** Das wollte ich nur klargestellt haben!

Herr Abgeordneter von Groeling-Müller, wir können nur Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Wenn sie nicht in Anspruch genommen werden, können wir zu überzeugen versuchen, aber wir können niemanden zwingen. Wir können natürlich die Gleichberechtigung, die jemand nicht haben will, nicht erzwingen. Auch dagegen wehre ich mich zum Beispiel. Das wäre keine Demokratie mehr.

Ich kann Ihnen jetzt nur sagen, daß wir in bezug auf die Berufsfachschule mit qualifizierendem Abschluß die Gesamtzahlen zusammengestellt haben und daß wir dort für Mädchen die Position Elektroanlageninstallateur und Energieanlagenelektroniker mit bereithalten. Wie viele Mädchen nun im einzelnen diese Position besetzen, kann ich hier aus dem Stegreif nicht sagen. Das müßte ich noch einmal nachprüfen. Das kann ich aber nachholen. (D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die letzte Frage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Thape für die erteilten Auskünfte.

#### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

#### **Möglichkeiten und Maßnahmen zur sparsamen und rationellen Energieverwendung**

Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 12. Januar 1978  
(Drucksache 9/690)

Wir verbinden hiermit:

#### **Maßnahmen zur Energieeinsparung**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 7. April 1978  
(Drucksache 9/737)

D a z u

#### (B) **Änderungsantrag der Fraktion der CDU**

vom 10. Mai 1978  
(Drucksache 9/757)

Außerdem verbinden wir hiermit:

#### **Maßnahmen zur Energieeinsparung**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU  
vom 2. Mai 1978  
(Drucksache 9/750 — Neufassung)

s o w i e

#### **Künftige Energieversorgung in der Bundesrepublik**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD  
vom 10. Mai 1978  
(Drucksache 9/755)

u n d

#### **Maßnahmen zur Energieeinsparung**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP  
vom 10. Mai 1978  
(Drucksache 9/756)

Die Große Anfrage unter Punkt 5 der Tagesordnung, Drucksache 9/690, sowie der Antrag unter Punkt 6, Drucksache 9/737, sind unterzeichnet von

den Abgeordneten Sixt, Kähler und Fraktion der SPD. (C)

Der zu Punkt 6 der Tagesordnung eingebrachte Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 9/757 trägt die Unterschriften der Abgeordneten Hockemeyer, Fischer, Neumann und Fraktion der CDU.

Der Entschließungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 9/750 — Neufassung — ist unterschrieben von den Abgeordneten Hockemeyer, Fischer, Neumann und Fraktion der CDU.

Der Entschließungsantrag Drucksache 9/755 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Tepperwien, Kähler und Fraktion der SPD.

Der Entschließungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 9/756 trägt die Unterschrift des Abgeordneten Lahmann und Fraktion der FDP.

Die Vorlagen sind im Wortlaut an die Abgeordneten verteilt worden.

#### **Drucksache 9/737**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Bei allen energiewirtschaftlichen Entscheidungen muß der rationellen und sparsamen Energieverwendung höchste Priorität eingeräumt werden. Vor der Errichtung neuer Energieanlagen ist der optimale Betriebseinsatz bestehender Anlagen nachzuweisen. Dabei müssen auch alle Möglichkeiten des Verbunds industrieeigener Energieversorgung mit den Energieversorgungsunternehmen ausgeschöpft werden. (D)
2. Bei der Genehmigung neu zu errichtender Kraftwerke, Kraftwerkseinheiten und Umbauten von Kraftwerken in Bremen ist die Nutzung der Abwärme sicherzustellen.
3. Der Ausbau von lokalen Fernwärmenetzen und die Ausweisung von Wärmebedienungsgebieten (ggf. durch Auflagen bei der Genehmigung von Bauungsplänen) und die zusätzliche Errichtung kleinerer Heizkraftwerke möglichst auf Kohlebasis ist voranzutreiben.
4. Die Werbung für elektrische Raumheizungen ist einzustellen. Es sind vergünstigte Energiepreisangebote für energiesparende Aggregate wie Wärmepumpen anzubieten.
5. Bei den Stromtarifen für Haushaltsabnehmer muß die energiepolitisch unerwünschte Rabattierung des Mehrverbrauchs durch Tarifsystematik (Grund-/Arbeitspreise) abgebaut werden. Bei künftigen Tarifierhöhungen im Haushaltsbereich muß in verstärktem Maße auf den Arbeitspreis abgestellt werden. Bremen unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, verbrauchsfördernde Elemente in der Tarifstruktur zu beseitigen.
6. Bei der öffentlichen Verwaltung sind Energiesparbeauftragte einzuführen. Bei allen Deputationsvorlagen, in denen u. a. Energiefragen mitentschieden werden, muß ihre Stellungnahme ersichtlich sein.
7. Die Anwendung der bereits verfügbaren Technologien zur Energiegewinnung auf der Basis regenerierbarer Energiequellen (z. B. Solarenergie) ist intensiv voranzutreiben. Bei öffentlichen Bauvorhaben sind derartige Anwendungsmöglichkeiten auszuschöpfen.
8. Themenbereiche über das Haushalten mit Energie sollten verstärkt in Schulen und Weiterbildungseinrichtungen behandelt werden.

(A)

**Drucksache 9/757**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:  
Der Antrag der Fraktion der SPD wird wie folgt geändert:  
Ziffer 4 erhält folgende Fassung:

- „4. Die Vertreter des Senats, die dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Bremen angehören, haben im Aufsichtsrat darauf hinzuwirken, daß die Stadtwerke ihre Werbung für elektrische Raumheizungen einstellen. Es sind vergünstigte Energiepreisangebote für energiesparende Aggregate wie Wärmepumpen anzubieten.“

**Drucksache 9/750**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Ein rationeller Einsatz und eine sparsame Verwendung von Energie sind dringend erforderlich, um den aufgrund des erforderlichen Wirtschaftswachstums zu erwartenden Anstieg des Energieverbrauchs so gering wie möglich zu halten. Die Energieeinsparung muß dabei weitgehend marktwirtschaftlich geregelt werden. Die Einsparungspolitik muß sich auf alle möglichen Einsparungspotentiale in den Verbrauchssektoren Haushalte, Industrie, Verkehr und Energieumwandlung konzentrieren.
2. Forschung und Entwicklung im Bereich der Energiegewinnung, -verwendung und -einsparung sind zu fördern. Mittelständische Unternehmen, die energiesparende Technologien in diesen Bereichen entwickeln und herstellen, bedürfen der vorrangigen Förderung.
3. Die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung (Nah- und Fernwärmenetze) ist auch in Bremen voranzutreiben. Unter Berücksichtigung der vorhandenen örtlichen Versorgungsstrukturen ist die Erweiterung bestehender und der Bau neuer Fernwärmenetze anzustreben.
4. Die Einführung und Anwendung energiesparender Verfahren, Betriebstechniken und Produkte ist zu fördern.
5. Die Einführung energiesparender Hilfseinrichtungen für die Warmwasserversorgung und Raumheizung der Haushalte ist verstärkt zu fördern (wie zum Beispiel Wärmepumpen und Sonnenkollektoren).
6. Der Wärmeschutz und der Wirkungsgrad von Heizungsanlagen müssen weiter verstärkt werden.
7. Die Änderung des bestehenden Tarifgefüges wird zur Zeit abgelehnt, weil dies eine weitere finanzielle Belastung der privaten Verbraucher bedeutet. Eine entscheidende Energieeinsparung wäre nicht zu erwarten.  
Die Tarifgestaltung muß jedoch langfristig an die Entwicklung und Einführung energieeinsparender Hausgeräte angepaßt werden, um verbrauchsfördernde Elemente zu beseitigen. Haushaltsgeräte sind im Hinblick auf ihren Energieverbrauch auszuzeichnen.
8. Die öffentliche Verwaltung muß mit beispielgebenden Energieeinsparungen und Einsparungsinvestitionen vorangehen.
9. Themenbereiche über das Haushalten mit Energie sollten verstärkt in Schulen und Weiterbildungseinrichtungen behandelt werden.
10. Für den Bereich der vier norddeutschen Küstländer ist das angekündigte einheitliche energie-wirtschaftliche Konzept in Kürze vorzulegen.

(B)

**Drucksache 9/755**

(C)

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:  
Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) begrüßt alle energiepolitischen Anstrengungen, die das Ziel haben, der heimischen Steinkohle einen Vorrang bei der Energieversorgung in der Bundesrepublik einzuräumen. Sie unterstützt insbesondere die folgenden grundsätzlichen Forderungen:

1. Erhaltung eines lebens- und leistungsfähigen Steinkohlebergbaus als nationale Aufgabe.
2. Vorrang für die Errichtung von Kraftwerken auf Steinkohlebasis in allen Bundesländern und gleichmäßige Verteilung der Standorte in der Bundesrepublik.
3. Gleichrangigkeit von Umweltschutz und Energie-sicherung.  
Ferner unterstützt die Bremische Bürgerschaft (Landtag) die Auffassung, daß die Option, künftig auf Kernenergie verzichten zu können, geöffnet werden muß.

**Drucksache 9/756**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:  
Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß das Land Bremen auf der Grundlage der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 14. Dezember 1977 ergänzende Maßnahmen vorbereiten muß.

Dazu gehören insbesondere:

1. Ein breit angelegtes Sonderprogramm — insbesondere Subventionen und Kredite — zur Förderung heizenergiesparender Investitionen in bestehenden Gebäuden. Gefördert werden müssen vor allem Maßnahmen zur Verbesserung des Wärmeschutzes sowie Wärmepumpen und Solarkollektoren.
2. Gesetzliche Regelungen, die die Energieeinsparung in Gebäuden ermöglichen (z. B. den Einbau von Thermostatventilen und Regelungseinrichtungen bei Heizungsanlagen sowie von Doppelfenstern bei Ersatzbedarf).
3. Beseitigung des bisherigen verbrauchsanregenden Tarifgefüges (Abschaffung des sogenannten Grundtarifs II).
4. Kennzeichnungspflicht des Energieverbrauchs von Haushaltsgeräten.
5. Einführung einer DIN-Norm des Heizungsbedarfs von Wohnungen, um dem Mieter eine Information über die relativen Heizungskosten zu ermöglichen und dem Vermieter, der eine vorbildliche Wärmedämmung anbietet, eine schnellere Amortisation zu ermöglichen.
6. Ein breit angelegtes Programm zur Information über Energieeinsparungsmöglichkeiten (z. B. durch Spielfilme, Werbespots, Anzeigenkampagnen, Informationsbroschüren etc.).
7. Bei der Genehmigung neu zu errichtender Kraftwerke, Kraftwerkseinheiten und Umbauten von Kraftwerken in Bremen ist die Nutzung der Abwärme sicherzustellen. Es ist zu prüfen, inwieweit sich dieses auch bei den im Bau befindlichen Kraftwerken noch durchführen läßt.
8. Der Ausbau von lokalen Fernwärmenetzen und die Ausweisung von Wärmebedienungsgebieten (ggf. durch Auflagen bei der Genehmigung von Bebauungsplänen) und die zusätzliche Errichtung kleinerer Heizkraftwerke möglichst auf Kohlebasis sind voranzutreiben. Die Gemeinden sollten bei vorhandenen und neu zu errichtenden Fernwärme-

(D)

(A) netzen auch vom Anschluß- und Benutzungszwang für Industrie und Private Gebrauch machen. Für bestehende Wohngebiete bedarf es allerdings einer großzügigen Übergangsregelung.

Herr Senator Tiedemann, sind Sie bereit, die Antwort auf die Große Anfrage zu geben?

Das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage der SPD hat Herr Senator Tiedemann.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel Tiedemann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Große Anfrage der SPD-Fraktion für den Senat wie folgt — ich gestatte mir, die jeweilige Frage noch einmal kurz zu wiederholen, damit Sie im Zusammenhang besser verstehen können, was im einzelnen gemeint ist —:

Frage eins: Welche Ansatzpunkte sieht der Senat für ein energisches Programm zur sparsamen und rationellen Energieverwendung im Land Bremen? Welche Maßnahmen hat er bereits ergriffen?

Die Antwort des Senats lautet wie folgt: Die Ansatzpunkte für ein Programm des Senats ergeben sich aus der Ihnen für die heutige Sitzung zugeleiteten Vorlage des Senators für das Bauwesen „Überlegungen zum Energiesparen“. Diese Vorlage ist vom Senat am 13. Februar 1978 zur Kenntnis genommen worden.

Im einzelnen lassen sich die Ansatzpunkte für die Entwicklung von Maßnahmen zur Energieeinsparung bei der Analyse sowohl des Primär- als auch des Endenergieverbrauchs erkennen.

(B) So ist für das Jahr 1975 zwischen dem Primärenergieverbrauch von 347,7 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten und dem Endenergieverbrauch von 234 Millionen Tonnen der Bundesrepublik Deutschland eine Differenz von zirka 114 Millionen Tonnen beziehungsweise zirka 32,7 Prozent des Primärenergieverbrauchs festzustellen. 90,2 Millionen Tonnen gleich 25,9 Prozent sind Verluste und damit zugleich Ansatzpunkt für Energieeinsparmaßnahmen. 23,8 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten sind nicht-energetischer Verbrauch zum Beispiel für Chemie. Für die Bereitstellung elektrischer Energie ist im Bundesdurchschnitt die dreifache Primärenergie aufzuwenden.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

Eine Untersuchung des Endenergieverbrauchs für das gleiche Jahr 1975 zeigt zudem, daß zirka 44 Prozent des Verbrauchs auf Niedertemperaturen für Heizung und Warmwasser und davon zirka sechs Siebtel allein für Raumheizungszwecke entfallen; daß das Verhältnis von genutzter und ungenutzter Energie im Bereich Haushalte und Gewerbe fast eins zu eins, Industrie fast eins zu eins, im Bereich Verkehrsmittel hingegen fast eins zu fünf beträgt.

Der Senat sieht deshalb insgesamt vor allem drei Ansatzpunkte für die Entwicklung von Maßnahmen zur sparsamen und rationellen Energieverwendung: erstens den Ansatzpunkt, den bei der Umwandlung

von Primär- in Endenergie unvermeidbar entstehenden Energieverlust weiter zu reduzieren; zweitens den Ansatzpunkt, den Raumheizungsaufwand zu senken; und drittens den Ansatzpunkt, den Energieverbrauch im Verkehrsbereich zu senken.

(C)

Um die für das Land Bremen sich bietenden Möglichkeiten voll ausschöpfen zu können, hat der Senat am 13. Februar dieses Jahres eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zur Planung konkreter bremischer Energieeinsparungsmaßnahmen eingesetzt. Bei der Entscheidung über mögliche Maßnahmen haben für den Senat insbesondere solche Projekte Priorität, die nicht zu einer Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Wachstums, sondern zu einer Entkoppelung zwischen dem Energieverbrauch und dem wirtschaftlichen Wachstum führen. Möglichkeiten einer gegenseitigen Ergänzung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Maßnahmen zur Energieeinsparung sieht der Senat in diesem Zusammenhang insbesondere in der Verwendung neuer Technologien.

Besondere Verantwortung tragen in diesem Zusammenhang die Energieversorgungsunternehmen des Landes Bremen, die in nicht unbeträchtlichem Umfang schon in der Vergangenheit erfolgreiche Maßnahmen bei der Umwandlung von Primär- in elektrische Energie ergriffen haben. So hat sich zum Beispiel der Energieverbrauch der Stadtwerke Bremen AG zur Erzeugung einer Kilowattstunde elektrischer Energie in den vergangenen zehn Jahren um zirka 20 Prozent reduziert.

Jetzt zu Frage zwei, die ich ebenfalls wiederhole: Bestehen in den bremischen Verwaltungen Hindernisse in der Durchführung des Energiespargesetzes des Bundes und der dazu ergangenen Rechtsverordnungen, gegebenenfalls welche? Stehen Energiefachleute zur Verfügung?

(D)

Die Antwort des Senats: Zur Durchführung des Energieeinsparungsgesetzes des Bundes vom 22. Juli 1976 wurde bislang nur die Wärmeschutzverordnung erlassen, die mit Wirkung vom 1. November 1977 in Kraft getreten ist.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Durch Verwaltungsanweisung des Senators für das Bauwesen vom 30. Januar 1978 ist sichergestellt, daß die Anforderungen der Wärmeschutzverordnung für Neubauten im Land Bremen eingehalten werden. Die weiteren Rechtsverordnungen nach dem Energieeinsparungsgesetz, die Heizungsanlagenverordnung und die Heizungsbetriebsverordnung befinden sich noch im Gesetzgebungsverfahren, so daß die Anwendung des Energieeinsparungsgesetzes auf diese Gebiete zur Zeit noch nicht möglich ist.

Der Senat hat die erforderlichen Vorbereitungen getroffen, um durch Erlaß einer Verordnung beziehungsweise Bekanntmachung sofort eine entsprechende Zuständigkeitsregelung vornehmen zu können, damit die in den Rechtsverordnungen vorgesehenen Maßnahmen zügig zur Anwendung kommen können.

- (A) Der Senat prüft, welche Einsparungserfolge nachhaltig erreicht werden können, wenn in Übereinstimmung mit seinen Überlegungen in größeren Organisationseinheiten der öffentlichen Hand Energiebeauftragte eingesetzt werden.

Der Bedarf an Energiefachleuten bei voller Anwendung des Energieeinsparungsgesetzes und der noch zu entwickelnden ergänzenden Landesmaßnahmen läßt sich gegenwärtig noch nicht quantifizieren. Der Senat wird hierzu der Bürgerschaft im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Programm konkreter bremischer Energieeinsparungsmaßnahmen berichten.

Frage drei: Können Wärmeisierungsmaßnahmen, Fernwärme, Solarenergie, Wärmepumpen und andere rationelle Energieversorgungssysteme durch finanzielle Anreize attraktiv oder durch Vorschriften — beispielsweise bei der kommunalen Bauplanung — durchgesetzt werden?

Dazu die Antwort des Senats: Die Möglichkeit der finanziellen Förderung rationeller Energieversorgungssysteme beschränkt sich im privaten Bereich gegenwärtig im wesentlichen auf Abschreibungsmöglichkeiten im Rahmen des Paragraphen 7 b des Einkommensteuergesetzes und des Paragraphen 82 a der Einkommenssteuerrückführungsverordnung und im gewerblichen Bereich außerdem auf das Investitionszulagengesetz.

- (B) Der Senat bedauert, daß es angesichts der ablehnenden Haltung der Länder Baden-Württemberg und Niedersachsen der Bundesregierung bisher nicht möglich war, das vorgesehene Programm zur Förderung heizenergiesparender Investitionen bei bestehenden Gebäuden bereits in Kraft zu setzen.

Die Bundesregierung hat inzwischen den gesetzgebenden Körperschaften als Ersatz für dieses Programm das Erste Gesetz zur Änderung des Wohnungsmodernisierungsgesetzes zugeleitet. Auf der Grundlage dieses Gesetzes wird es möglich sein, Investitionen zur Wärmedämmung, zur Modernisierung von Heizungen, für Fernwärmeanschlüsse und für den Einbau von Wärmepumpen und Solaranlagen mit Zuschüssen und steuerlichen Erleichterungen bei bestehenden Gebäuden zu fördern. Für den Betrieb von Solar- und Wärmepumpenanlagen bietet die Stadtwerke Bremen AG seit dem 1. Dezember 1977 einen besonders günstigen Stromtarif an.

Die Arbeitsgruppe des Senats wird prüfen, ob eine individuelle Heizkostenabrechnung verbrauchsmindernd wirken könnte.

Inwieweit durch Maßnahmen der kommunalen Bauplanung oder durch Anwendung sonstiger Vorschriften des Bau- und Immissionsschutzrechts die Anwendung rationeller Energieversorgungssysteme über das zur Frage zwei Gesagte hinaus attraktiv gestaltet werden kann, wird der Senat im Rahmen der genannten Arbeitsgruppe eingehend prüfen lassen.

- (C) Der Senat wird in diesem Zusammenhang auch prüfen, ob und inwieweit im Rahmen von Demonstrativbauvorhaben neue Technologien eingesetzt werden können, um auch auf diese Weise einer breiteren Öffentlichkeit Anwendungsanreize zu vermitteln.

Frage vier: Welche Industrie- und Forschungsbetriebe, die alternative Energietechnologien anbieten oder entwickeln könnten, gibt es im Land Bremen? Welche Möglichkeiten sieht der Senat zur gezielten Förderung?

Antwort des Senats: Dem Senat sind neun Betriebe im Land Bremen bekannt, die bereits heute rationelle Energieversorgungssysteme wie Solarzellen, Solarfassaden und Wärmepumpen anbieten.

Der Senat schöpft im Rahmen seiner Ansiedlungs- und Technologiepolitik alle Möglichkeiten aus, die zur Förderung zukunftssträchtiger Betriebe der Energietechnologie vorhanden sind. Er wird zudem prüfen, ob bereits in Bremen ansässigen Firmen im Rahmen zukünftiger Demonstrationsbauvorhaben die Möglichkeit eingeräumt werden kann, ihre Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet rationeller Energieversorgungssysteme werbewirksam darzustellen.

Frage fünf: Wie hat sich der Energiebedarf im öffentlichen Bereich der Haushalte Bremens in den letzten Jahren entwickelt, und welche Entwicklungen haben besonders zu einem starken Ansteigen beigetragen? Welche Haushaltsentlastung erwartet der Senat bei voller Anwendung der Energieeinsparungsmöglichkeiten im Bereich der öffentlichen Gebäude kurzfristig, mittelfristig, langfristig?

Dazu die Antwort des Senats: Für den Bereich des Hochbaus, der durch die öffentliche Hand zu unterhalten ist, liegen bezüglich der Stadtgemeinde Bremen für den Öl-, Gas-, Koks- und Fernwärmeverbrauch — ohne Zentralkrankenhaus St. Jürgenstraße — vor: 1972/73: zirka 38 200 Tonnen Steinkohleeinheiten, 1974/75: zirka 39 100 Tonnen und 1975/76: zirka 42 400 Tonnen Steinkohleeinheiten.

Der Anstieg ist sowohl auf Zunahmen des zu versorgenden Bauvolumens als auch auf Erhöhungen des technischen Aufwands zurückzuführen. Der gesamte Energieverbrauch im öffentlichen Bereich kann zur Zeit noch nicht angegeben werden; die Arbeitsgruppe wird hierzu entsprechende Erhebungen vornehmen.

Nach einer Schätzung des Senators für das Bauwesen lassen sich bei konsequenter Ausnutzung aller technischen und organisatorischen Möglichkeiten im Bereich der öffentlichen Hochbauten in Bremen die Energiekosten für herkömmlich geplante und betriebene Gebäude um zirka 25 bis 30 Prozent der Energiekosten senken.

Die Ausschöpfung dieser geschätzten Energieeinsparungsmöglichkeit setzt erheblichen zusätzlichen — noch nicht quantifizierten — Mitteleinsatz sowohl im investiven als auch im konsumtiven Bereich voraus, der in der Haushalts- beziehungsweise Finanzplanung noch nicht enthalten ist. Hierüber muß im

- (A) Rahmen künftiger Prioritätsberatungen entschieden werden.

Zunächst ist es wesentliche Aufgabe der vom Senat eingesetzten Arbeitsgruppe, diese Voraussetzungen zu erfassen und zu quantifizieren. Die so ermittelten Kosten sind dann in Relation zu setzen zur möglichen Energieeinsparung.

Frage sechs: Sieht der Senat Möglichkeiten, durch eine veränderte Stromtarifgestaltung in Bremen zur rationelleren Verwendung von Energie beizutragen?

Die Antwort des Senats: Die Bundesregierung beabsichtigt, im Rahmen einer Änderung der Tarifordnung Elektrizität den als verbrauchsfördernd angesehenen Grundpreistarif II zu verändern.

Der Senat wird die Bundesregierung in diesen Bemühungen konstruktiv unterstützen. Darüber hinaus wird in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Frage zukünftiger Gestaltungsmöglichkeiten von Sondertarifen untersucht werden.

Frage sieben: Kann die Abwärme der Kraftwerke in Bremen — statt als „Wärmemüll“ die Umwelt zu belasten — nicht als wertvolles Nebenprodukt im Ballungsraum Bremen die Heizung von Gebäuden übernehmen? Nimmt in diesem Zusammenhang Bremen die im Programm „Zukunftsinvestitionen“ gewährten Bundesmittel zum Auf- und Ausbau von Fernwärmenetzen in Anspruch?

Die Antwort des Senats: Ausgehend von den beträchtlichen Energieverlusten bei der Umwandlung von Primärenergie in elektrische Energie ist die wirtschaftliche Nutzung der Abwärme durch ein System der Kraft-Wärme-Koppelung ein entscheidender und — unter dem Gesichtspunkt der Entkoppelung von Energieverbrauch und wirtschaftlichem Wachstum — zukunftsweisender Ansatzpunkt für Energieeinsparmaßnahmen.

- (B) Gegenwärtig werden in Bremen rund 17 400 Wohnungen mit Fernwärme aus Abwärme versorgt. Weitere 29 000 Wohnungen werden von Heizwerken — auf der Basis von Erdgas — mit Fernwärme versorgt, so daß sich insgesamt ein Anteil von rund 19 Prozent fernwärmeversorgter Wohnungen im Bereich der Stadtgemeinde Bremen ergibt.

Ein ähnlich hoher Anteil fernwärmeversorgter Wohnungen ist für den Bereich der Seestadt Bremerhaven mit 10 800 beziehungsweise rund 18 Prozent festzustellen. Nach einer Untersuchung der Arbeitsgemeinschaft Fernwärme e. V. im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie verfügen beide Stadtgemeinden darüber hinaus jedoch über ein fernwärmegeeignetes Potential, das etwa zwei- bis dreimal so hoch ist wie das gegenwärtige Angebot.

Ein wirtschaftlicher Ausbau der Fernwärmeversorgung auf der Basis von Kraft-Wärme-Koppelung ist im Bereich der Stadtgemeinde Bremen kurzfristig auf der Basis des geltenden Energiepreisniveaus, der ohne Anschlußzwang zu erwartenden Anschlußdichte und der gegenwärtig im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms möglichen Bezuschus-

- (C) sion nicht möglich, so daß die Stadtwerke Bremen AG bisher aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen keine Mittel angefordert haben.

Der Senat wird jedoch weiterhin bemüht bleiben, die für Investitionen zum Ausbau der Fernwärmeversorgung auf Basis der Kraft-Wärme-Koppelung wichtigen Faktoren im Sinne seiner Energieeinsparungszielsetzung zu beeinflussen. Er wird sich zum Beispiel darum bemühen, die gegenwärtig aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm möglichen Bundeshilfen zu erhöhen beziehungsweise die Priorität zukünftiger strukturpolitischer Bund-Länderprogramme vermehrt auf eine Förderung von Kraft-Wärme-Koppelungs-Systeme zu lenken.

Die Bremerhavener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH führt auf der Grundlage eines Zuschusses von 5,8 Millionen DM aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen gegenwärtig ein Investitionsprogramm zum Ausbau der Fernwärmeversorgung in einer Größenordnung von 16,5 Millionen DM durch.

Frage acht: Behindert die gesetzlich gewährte regionale Monopolstellung der Energieversorgungsunternehmen eine sinnvolle, verstärkte Ausnutzung industriell erzeugter Energie als Nebenprodukt? Welche weiteren gesetzlichen beziehungsweise sonstigen Regelungen behindern nach Ansicht des Senats in Bremen die rationelle und sparsame Verwendung von Energie?

- (D) Dazu die Antwort des Senats: Dem Senat sind gegenwärtig keine Behinderungen industriell erzeugter Energie als Folge der regionalen Monopolstellung der Energieversorgungsunternehmen des Landes Bremen bekannt. Er sieht auch im übrigen gegenwärtig keine gesetzlichen beziehungsweise sonstigen Regelungen, die eine rationelle und sparsame Energieverwendung behindern.

Frage neun: Welche Möglichkeiten sieht der Senat zur Intensivierung der Förderung einer neutralen und unabhängigen Verbraucherberatung über alle Fragen der Energieeinsparung?

Dazu die Antwort des Senats: Der Senat prüft im Rahmen der genannten Arbeitsgruppe auch alle Möglichkeiten, die Vertreter der Verbraucherzentrale des Landes Bremen e. V. in verstärktem Umfang bei der Beratung von Energiefragen einzusetzen. Ein konkreter Ansatz wäre zum Beispiel eine ständige Anleitung des vorhandenen Beraterstabs durch einen hierfür einzustellenden qualifizierten Ingenieur. — Soweit die Antworten des Senats!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Vielen Dank, Herr Senator Tiedemann!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen erfolgt eine Aussprache, wenn dies von Mitgliedern der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangt wird.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. — Das ist der Fall.

(A) Wir kommen zur gemeinsamen Aussprache über die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 9/690, über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 9/737, mit dem dazu eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 9/757, über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 9/750 — Neufassung —, über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 9/755, und über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 9/756.

Meine Damen und Herren, es besteht zwischen allen Vorlagen ein innerer Zusammenhang. Wir haben uns heute morgen darüber verständigt, daß wir deshalb die Aussprache verbinden. Vielleicht sollten wir aber schwerpunktmäßig erst einmal über Energieeinsparung und dann über Energieverwendung diskutieren. Der Vorschlag, so zu verfahren, ist an mich herangetragen worden.

Die gemeinsame Aussprache ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Sixt. Er ist unser heutiges Geburtstagskind.

Abg. Sixt (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Timing habe ich natürlich nicht so präzise voraussehen können, denn schließlich liegt unsere Anfrage schon seit Januar dem Haus vor.

(B) Im Wirtschaftsteil der „Zeit“ war am 23. Dezember 1977 folgendes zu lesen: „Seit nunmehr vier Jahren redet alle Welt davon, daß wir, die Bewohner der industrialisierten Länder, dringend Energie sparen müssen, daß wir mit den begrenzten Ressourcen an fossiler Energie weniger verschwenderisch umgehen sollten, als wir es bisher gewohnt waren. Doch es ist erschreckend, wie wenig von diesen Einsichten und Vorsätzen verwirklicht worden ist, selbst bei Sparmaßnahmen von größter Plausibilität.“

Einmal scheidet es — obwohl zahlreiche mittelständische Unternehmen darauf warten — an einem „Provinzpolitiker namens Ernst Albrecht“.

(Zurufe von der CDU)

Ja, meine Damen und Herren von der CDU, wer hier meint, Energiepolitik nach Landtagswahlterminen gestalten zu müssen, der handelt grob fahrlässig!

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes Mal scheidet es, weil Aufsichtsratsmitglieder regionaler Elektrizitätswerke es „verlernt haben, gelegentlich einmal nicht in betriebs-, sondern in volkswirtschaftlichen Kategorien zu denken“.

Auch wenn es im Augenblick den Anschein hat, daß Energie ausreichend vorhanden ist, sprechen alle Experten davon, daß wir etwa 1985 in einen Engpaß geraten werden, daß Öl- und Gaspreise anziehen, ja sich dann verdoppeln werden. Dann aber gerät auch zum Beispiel der anlegbare Fernwärmepreis viel früher in die Wirtschaftlichkeit,

und man wird sich in sieben Jahren ärgern — zu spät! —, daß beziehungsweise wenn man hier nicht heute investiert hat. (C)

So schreiben die Energieexperten der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, Müller und Stoy: „Der stete Hang zum Energieüberangebot verträgt sich nur schlecht mit der Notwendigkeit zum rationalen, sparsamen Umgang mit der Energie. So hat der heutige Energieüberschuß breiten Schichten der Öffentlichkeit den Blick auf die langfristig bedrohliche Lage vernebelt.“ Rationelle und sparsame Energieverwendung ist eine der Schicksalsfragen unserer Generation.

Warum ist die Lage bedrohlich? Der Grund liegt zum einen in der langsamen Erschöpfung der fossilen Energie-Rohstoffe und auch darin, daß die Förderländer der OPEC ihre Ölreserven strecken, um auch noch morgen ihre wirtschaftliche Entwicklung finanzieren zu können. Außerdem wird das Öl mehr und mehr zu schade, um es nur zu verbrennen. Es muß als Rohstoff für die Chemie erhalten werden, oder wir gefährden schon jetzt im Bereich der Chemie die Arbeitsplätze unserer Kinder!

Was ist zu tun? Sparen und verantwortl. handeln! Apropos „sparen“: Das Wort „Einsparung“ legt oft den Gedanken an die Forderung, den Gürtel enger zu schnallen, nahe. Das tun wir aber nicht! Bei der Energie kann heute noch ohne Konsumeinschränkung, ja bei Komfortsteigerung für den Bürger — wie bei der Fernwärme — gespart werden. Tun wir es allerdings heute nicht, könnten wir eines Tages zu schweren Konsumeinschränkungen gezwungen werden. (D)

Es geht uns nicht um das Sparen beim Wachstum des Sozialprodukts, sondern um den sogenannten Elastizitätskoeffizienten, wie das heißt, zwischen Energie und Sozialprodukt. Neue Studien sprechen davon, daß die Wachstumsraten des Energieumsatzes im Vergleich mit den Wachstumsraten des Sozialprodukts, die bisher bei etwa 1 zu 1, bei Strom sogar bei 1,25 zu 1 lagen, längerfristig bis zur Hälfte der Wachstumsraten des Sozialprodukts abgesenkt werden können.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

Wie positiv ist dagegen das Energiesparen für den Umweltschutz, wenn wir nicht mehr für die Hauswärme in Einzelfeuerstätten erneut die Atmosphäre mit Verbrennungsschadstoffen anreichern, sondern die sowieso schon vorhandene Abwärme der Kraftwerke dafür besser nutzen!

Und wie positiv ist das Energiesparen für die Arbeitsplätze! Minister Hauff im „Spiegel“-Gespräch vom 17. April 1978: „In der Bundesrepublik könnten allein mit dem Energiesparprogramm 360 000 Arbeitsplätze stabilisiert oder neu geschaffen werden.“

Wir nehmen den Satz in der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom Dezember 1977 sehr ernst: „Alle Prognosen

(A) müssen, wenn sie Grundlage einer realistischen Politik sein wollen, immer wieder an Änderungen der ökonomischen und politischen Daten angepaßt werden.“ Denn, so hat es der Bundesparteitag der SPD in Hamburg zur Energiepolitik formuliert, „eine bloße Fortschreibung der Zuwachsraten wäre der Verzicht auf politische Entscheidung“!

Noch immer werden die nur noch begrenzt vorhandenen Energieressourcen nur sehr schlecht ausgenutzt. Von der nach der Förderung verfügbaren Primärenergie wird ungefähr ein Drittel für Transport und Umwandlung in Endenergie benötigt oder geht dabei verloren.

Weitere Umwandlungsverluste derselben Größenordnung entstehen bei der Nutzung der Endenergie durch den Verbraucher, so daß gegenwärtig der Wirkungsgrad des gesamten Energiesystems von bereitgestellter Primärenergie bis zur Endenergienutzung im Durchschnitt nur etwa 33 Prozent beträgt.

Wir können heute — das habe ich bereits in der Aktuellen Stunde am 18. 1. ausgeführt — nur eine Politik verantworten, die zugleich die Weichen stellt für eine rationellere Energienutzung und eine Nutzung regenerativer Quellen und uns dabei keine Versäumnisse zuschulden kommen lassen.

Wir Sozialdemokraten im Land Bremen jedenfalls wollen diesen Weg gehen. Ich sehe aus den Initiativanträgen, daß Sie das auch wollen. So begrüßen wir die heutige Antwort des Senats auf die neun Fragen unserer Großen Anfrage, die die Überlegungen des Senats zur rationellen und sparsamen Energieverwendung aufnimmt und weiterführt, ausdrücklich. Hier werden Schritte in die richtige Richtung aufgezeigt und aufgenommen.

(B) Wir wissen zu schätzen, Herr Senator Tiedemann, welche Mühe, Fleiß und differenzierte Vorarbeit nötig waren, um diese zusammenfassende Antwort auf unsere zum Teil komplexen Fragen geben zu können. Wir gehen darüber hinaus davon aus, daß da, wo noch einiges auf unsere Fragen offengeblieben ist, die von Ihnen eingesetzte ressortübergreifende Arbeitsgruppe zu Ergebnissen kommen und der Senat hierzu der Bürgerschaft bald berichten wird, wie Sie das auch eben bei der Beantwortung der Fragen eins und zwei zum Ausdruck brachten. Dafür unseren Dank!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte im folgenden der gebotenen Straffung halber die jeweiligen Fragen meiner Fraktion und die Maßnahmen zur Energieeinsparung unseres Antrags nach Themenbereichen zusammenfassen und beginne mit den energiesparenden Baumaßnahmen. Hierauf beziehen sich die Fragen eins, zwei, ein Teil von drei und fünf sowie Punkt eins, Satz eins und Punkt sechs unseres Antrags.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

(C) Die SPD-Fraktion begrüßt die Vorschläge der „Überlegungen des Senats zur rationellen und sparsamen Energieverwendung“ hierzu insgesamt und fordert ihn auf, sie zur Grundlage seines Verwaltungshandelns zu machen. Gemäß der darin aufgeführten ersten Alternativen empfehlen wir dem Senat die Einführung von Energiebeauftragten bei den bauenden Ämtern.

Die Vermutung, daß im Bereich der öffentlichen Hochbauten für den Haushalt rund fünf bis acht Millionen DM Einsparungen jährlich möglich sind, dürfte nicht zu hoch gegriffen sein. Dies sind die 25 bis 30 Prozent Energiekostensenkung in der Antwort auf Frage fünf umgerechnet. Solche Einsparungen im konsumtiven Bereich sind geeignet, den investiven Bereich des Haushalts zu stärken, zum Beispiel für einen Fernwärmeausbau in Bremen bereitzustehen.

Wenn man bedenkt, daß der Energieverbrauch im Sektor Haushalt/Kleinverbrauch — dazu zählen auch Verwaltungsgebäude, Schulen, Kindertagesstätten und so weiter — zwischen 1960 und 1973 von 36 auf 44 Prozent gestiegen ist, der Anteil des Industriesektors dagegen im gleichen Zeitraum von 49 auf 38 Prozent gefallen ist, also in Jahren hoher Wirtschaftswachstumsraten — wie wenig hängen doch oft Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum zusammen! —, und wenn der weit überwiegende Teil des Energieverbrauchs im Sektor Haushalt im Bereich Heizung und Warmwasserbereitung liegt, dann sieht man, wie nötig gerade bei öffentlichen Gebäuden die Verbesserung der Wärmeökonomie ist. Wenn hier nicht vorbildlich gehandelt wird, wie soll man dann die Privaten zur Energieeinsparung aufrufen?

(D) Dazu gehören Wärmedämmung und -speicherung, energiesparende Haus- und Siedlungskonzeptionen und Wärmepumpen. Ob nicht auch der Wintergarten, alte Bremer Tradition, wieder als ideale Wärmeschleuse für das Haus zum Zuge kommen sollte? Man vergleiche hier die Sendereihe, die gerade im Dritten Programm des Norddeutschen Rundfunks läuft, Abschied vom Ofen! Sind Klimaanlagen immer so nötig? Wie steht es mit der Wärmerückgewinnung?

Das bemerkenswerte Beispiel des Schulzentrums Bördestraße in Bremen-Nord zeigt, daß bei einer Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung lediglich 10 Prozent des ursprünglich angesetzten Lüftungswärmebedarfs benötigt wurden. Ich verweise auf den „Nordkurier“ vom 18. 10. 1977. Das sind 38 500 DM Einsparung pro Jahr allein an dieser Schule für diese eine Maßnahme!

Die Initiativen zum Beispiel von Herrn Metge, Bauamt Bremen-Nord, zeigen, daß ein Noch-nicht-Energiebeauftragter dem Haushalt sehr wohl zu Einsparungen verhelfen kann, wieviel mehr Energie-sparbeauftragte, damit das Energieeinspargesetz vom 22. Juni 1976 und die dazu ergangenen beziehungsweise ergehenden Rechtsverordnungen, nämlich die Wärmeschutzverordnung, Heizungsanlagen-

- (A) Verordnung, Heizungsbetriebs-Verordnung, zur vollen Anwendung kommen können.

Wenn es stimmt, was Werner Müller, Analytiker und Prognostiker der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, in der „Zeit“ im Dezember 1977 geschrieben hat — ich zitiere —, daß „der Staat, der zum Haushalt gezählt wird, seit Jahren die höchsten Stromzuwachsrate aller Verbraucher überhaupt“ hat, dann muß hier unbedingt eine Trendwende geschehen!

Wir möchten auch in bezug auf die Antwort auf unsere fünfte Frage die Anregung geben, künftig die jährlichen laufenden Energiekosten im öffentlichen Bereich getrennt nach Ressorts in Haushaltsstellen auszuweisen, damit in Zukunft eine bessere Vergleichbarkeit gegeben ist.

Zur Kraft-Wärme-Koppelung und Fernwärme! Hierauf beziehen sich die Fragen sieben, drei teilweise und acht teilweise, dazu Punkte eins bis drei des Antrags der SPD-Fraktion.

Ich beginne mit einer Schlußfolgerung der „Gesamtstudie Fernwärme“ des Bundesministeriums für Forschung und Technologie aus dem Jahr 1977. Sie lautet: „Vergleicht man die für die Fernwärme aufzubringenden Investitionen mit denen für die Verbesserung der Wärmedämmung bei bestehenden Gebäuden und bezieht diese auf die jeweils zu erreichende Energieeinsparung, so zeigt sich, daß bei den wärmedämmenden Maßnahmen drei- bis viermal höhere Aufwendungen als für die Fernwärmeversorgung erforderlich sind.“ Schon dieser Hinweis mag die Bedeutsamkeit der Einsparungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet verdeutlichen.

- (B) Durch die gemeinsame Erzeugung von Strom und Wärme, also die Koppelung, in Heizkraftwerken — zum Beispiel im Kraftwerk Hafen —, können wesentliche Energiemengen eingespart werden, da bei der Kondensationsstromerzeugung mehr als 60 Prozent der eingesetzten Energie verlorengehen. Vielmehr, gewöhnlich durch das Kühlwasser als Abwärme abgegeben, belastet sie den Wärmehaushalt der Flüsse und der Atmosphäre in der Umgebung der Kraftwerke.

Fernwärme gestattet eine weitgehende Verlagerung der Energiebedarfsdeckung von Öl auf heimische Kohle, wie wir Sozialdemokraten es wollen. Fernwärme ermöglicht eine umweltfreundliche Weiterentwicklung von Gewerbe- und Wohnbereichen beieinander in unseren Verdichtungsräumen — Ziele der Stadtentwicklung! — durch drastische Verminderung der Rauchgasemission und ebenso der Immission in den Verdichtungsräumen durch Ableitung in große Höhen.

Welch große Image-, Wohn- und Wohnumfeldverbesserung des Bremer Westens ab Kraftwerk Hafen bis hin zur Innenstadt und darüber hinaus wäre dadurch möglich! Wir begrüßen es in diesem Zusammenhang, daß die Seestadt Bremerhaven ihre Fernwärmeversorgung ausbaut und dazu die Zukunftsinvestitionsmittel des Bundes in Anspruch nimmt.

- (C) Rationelle Energieverwendung allgemein, der Fernwärmeausbau im besonderen, ist ein klassisches Beispiel für jenes Wachstum, das Energie spart, Rohstoffe schont, die Umwelt schützt und zugleich neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze schafft.

(Beifall bei der SPD)

Insbesondere der Ausbau der Fernwärmeversorgung sichert Arbeitsplätze und schafft neue, da sich die aufzubringenden Leistungen über viele Beschäftigungszweige verteilen. Durch Deviseneinsparung für Importbrennstoffe ist ein erhöhter inländischer Kapitaleinsatz für den forcierten Ausbau der Fernwärmeversorgung möglich.

Der Vorteil geht hin bis zu so kleinen, aber wichtigen Punkten: Der Bezieher von Fernwärme braucht sich um das primärseitige Brennstoffangebot nicht zu kümmern, der Bedienungs- und Wartungsaufwand für die Einzelfeuerungsanlage fällt weg, ebenso Bevorratung, Raumverlust, Geruchs- und Staubbelästigung, Antransport und Brennstoffumschlag in den dichtbesiedelten Stadtteilen.

Das Demonstrationsprojekt Mannheim, das ich unter anderem erwähnen möchte, zeigt vielleicht besser als viele Worte, wie die Fernwärmeversorgung in einem Verdichtungsraum forciert ausgebaut werden kann und die Ziele der Gebietskörperschaften mit denen der Versorgungsunternehmen in Einklang zu bringen sind.

- (D) Dabei wird dort auf die Anwendung des möglichen „Anschluß- und Benutzungszwangs“ sogar verzichtet und statt dessen durch Förderungsmaßnahmen wie Bezuschussung von Umstellungskosten bei Althauskunden bis 30 Prozent, zeitweises Aussetzen der Anschlußkostenbeiträge, Montage der Hausstation zu Lasten der Stadtwerke und andere ein weitgehender Vollanschluß erreicht.

Dabei sind in Mannheim bereits 35 Prozent der Wohnungen im Stadtgebiet über Fernwärme voll beheizt. Die Bremer Vergleichszahlen sind in der Antwort zur siebten Frage eben angegeben worden. Wenn das Erdgas nicht dazu gerechnet wird, sind das in Bremen keine 10 Prozent. In Mannheim sind das also schon 35 Prozent, und dort ist es möglich, in drei bis vier Jahren die Wärmeabgabe aus Heizkraftwerken mehr als zu verdoppeln. Die Investitionen dafür betragen insgesamt 182 Millionen DM. Volkswirtschaftliche Bedeutung des Projekts, das bis 1981 verwirklicht werden soll, wobei jeder der vier Bauabschnitte nach einer kurzen Anlaufphase wirtschaftlich arbeitet — ich glaube, daß das eindrucksvoll ist, was dort genannt wird —:

Erstens, Heizöleinsparung 200 000 Tonnen im Jahr; zweitens, zusätzlicher Kohleeinsatz im Großkraftwerk Mannheim 0,5 Millionen Tonnen im Jahr; drittens, Verminderung der SO<sub>2</sub>-Emissionen in dem unmittelbaren Lebensraum der Bevölkerung 1 800 Tonnen im Jahr — bloß für diese Verdoppelung —; viertens, Deviseneinsparung 50 Millionen DM im Jahr, das heißt, in vier Jahren sind die Investitionskosten — volkswirtschaftlich gedacht — erwirtschaftet.

(A) tet; fünftens, und das scheint mir das Tollste dabei zu sein, das ist genau durchgerechnet, zusätzliche Beschäftigung für vier Jahre, zum Teil langfristig, für 1 500 Arbeitskräfte!

Gegenüber dem Einwand, daß dort ja schon Gas liege, den man oft hört, war für mich erstaunlich zu lesen — ich zitiere —: „In einer umfangreichen Wirtschaftlichkeitsberechnung wurde ermittelt, daß die Gebiete des Demonstrationsprojektes wirtschaftlicher mit Fernwärme als mit Gas zu versorgen sind, obwohl in fast allen Fällen noch ein gebrauchsfähiges Gasnetz vorhanden ist.“ Man kann sich diese Wirtschaftlichkeitsberechnung ja einmal kommen lassen!

Das derzeitige Energiepreisniveau sollte jedenfalls nicht allein zum Beurteilungskriterium gemacht werden, da es, wie schon eingangs gesagt, sich sehr schnell ändern kann und ändern wird, die Steuer auf leichtes Heizöl ab Juni dieses Jahres— Verdoppelung von 10 auf 20 DM je Tonne — gibt auch einen Hinweis.

Wenn bereits heute die Investitionen für die Förderung des Erdöls in der Nordsee ebenso hoch sind wie die Investitionen für ein Fernheizsystem über Heizkraftwerke, bezogen auf die dabei zu erzielende Energieeinsparung gegenüber Einzelfeuerstätten, dann dürfte es sinnvoll sein, diese Investitionen überall dort in unserem Land zu tätigen, wo dies nachhaltig wirtschaftlich sinnvoll ist. Neueste Schätzungen einer Esso-Studie: Die Ölförderung aus der Nordsee kann bis sechsundzwanzigmal so teuer werden wie die Ölförderung etwa in Saudi-Arabien!

(B) Die SPD-Fraktion spricht sich also für einen weiteren Ausbau der Fernwärmeversorgung im Land Bremen in Stufen aus — in Stufen! — mit dem Ziel des Anschlusses an ein größeres Heizkraftwerk. Wir empfehlen dem Senat, ein Gutachten der Projektleiter der „Gesamtstudie über die Möglichkeiten der Fernwärmeversorgung aus Heizkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland“ beim Bundesministerium für Forschung und Technologie über Fernwärmewürdigkeit und -wirtschaftlichkeit von Verdichtungsgebieten im Land Bremen in Auftrag zu geben.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion empfiehlt dem Senat gleichzeitig, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, gemäß ihrem Energieprogramm auch im Land Bremen die Förderung eines Demonstrationsobjektes für forcierte Fernwäremeanwendung aus Heizkraftwerken festzulegen.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion empfiehlt dem Senat gleichzeitig, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, gemäß ihrem Energieprogramm auch im Land Bremen die Förderung eines Demonstrationsobjektes für forcierte Fernwäremeanwendung aus Heizkraftwerken festzulegen.

Es sind ja, wie schon gesagt, flankierende Maßnahmen von Bund und Land, wie Zukunftsinvestitionsprogramm, Investitionszulagengesetz unter anderem, erforderlich, die die Versorgungsunternehmen in die Lage versetzen, die Fernwärmeversorgung in ihren Gebieten im Rahmen örtlich zu erstellender Versorgungskonzepte, zum Beispiel Wärmebedienungsgebiete nach Paragraph 1 Absatz 6 Bundesbaugesetz unter anderen, und damit in wirtschaftlich sinnvoller Abgrenzung zu den übrigen

leitungsgebundenen Energieträgern auf das nachhaltig optimale Maß forciert auszubauen. (C)

Zur Tarifstruktur im Elektrizitätsbereich! Hierauf beziehen sich die Frage sechs und der Punkt fünf des SPD-Antrags. Wir begrüßen die eben gehörte Zusage des Senats, unseren Antrag konstruktiv aufzunehmen.

Der Anstieg des Stromverbrauchs wird dadurch gebremst, daß Strom elektrizitätsspezifischen Verbrauchsarten, zum Beispiel Radio, Fernsehen, Beleuchtung, vorbehalten bleibt. Es darf nicht verkannt werden, daß bei Einführung des Tarifs II in der Bundestarifordnung Elektrizität die Verbrauchsförderung eigentliches Ziel der Stromwirtschaft war. Da die Elektrizitätsversorgungsunternehmen gesetzlich verpflichtet sind, dem Verbraucher zwei Grundpreistarife anzubieten, sind Bund und Länder aufgefordert, eine Revision der Stromtarifstruktur vorzunehmen, die verbrauchsfördernde Elemente beseitigt.

Der reale Einsparungsanreiz von Kilowattstunden ist gerade im Degressionsbereich am geringsten, und Sparen soll ja belohnt und nicht bestraft werden.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt hier verschiedene Überlegungen, zum Beispiel den Bemessungspreis nicht nach Räumen, sondern nach Anschlußwerten vorzunehmen, man muß aber sehen, was technisch möglich sein wird und daß die realen Energieeinsparungen verglichen mit anderen hier relativ gering sein werden, der Effekt mehr in der Signalwirkung liegt. Vielleicht aber wird man dann beim Kauf von Elektrogeräten mehr auch auf den Stromverbrauch, nicht nur auf den Anschaffungspreis achten. (D)

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

Eine andere Möglichkeit der Kosten- beziehungsweise Energieeinsparung bei Energieversorgungsunternehmen besteht im Abbau der Spitzenlast beziehungsweise mobileren Handhabung der gesetzlich vorgeschriebenen Reservehaltung mittels Rundsteueranlagen. Was darunter zu verstehen ist, kann hier aus Zeitgründen nicht im einzelnen dargelegt werden.

Nur soviel dazu: Diese Ersparnis könnte für den Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung verwandt werden oder auf die Tarife entlastend durchschlagen, dies läßt eine flexiblere Reaktion auf Veränderungen des Stromverbrauchs zu als eine langjährige Kapitalfestlegung, die neue Kraftwerke präjudiziert.

Eine Rundsteueranlage besteht aus einer Sendeanlage, die beim Stromversorgungsunternehmen installiert ist, und Empfangsgeräten, die bestimmten Abnehmergeräten auf ganz freiwilliger Grundlage vor- und zugeschaltet werden. Ich betone, auf ganz freiwilliger Grundlage! Die Überschrift der „Morgenpost“ nach unserer Pressekonferenz neulich irrte hier, die SPD will nicht den Strom rationieren.

(A) Die bekannte Spitzenlast, die an extrem kalten Wintertagen montags zwei- bis dreimal im Jahr auftritt, kann dann ohne nennenswerte Komforteinbuße für den Verbraucher etwa für eine halbe Stunde bei verschiebbaren Bedarfen abgeworfen werden. Für diesen, nur an wenigen Tagen im Jahr und nur wiederum für kurze Zeit auftretenden erhöhten Strombedarf müssen sonst zusätzlich sogenannte Spitzenkraftwerke mit hohen Kosten erstellt und betrieben werden.

Es liegen schon langjährige positive Erfahrungen mit diesem System aus vielen vor allem süddeutschen Städten — ich nenne hier Bayreuth, Reutlingen — und der halben Schweiz zum Beispiel vor. Sie alle haben bei sich eine sonst nicht erreichbare Vergleichmäßigung des Lastverlaufs beobachtet, die die Betriebskosten sehr viel freundlicher zu gestalten verhalf.

Ich schließe hier Punkt vier unseres Antrags an und zitiere hierzu aus der Drucksache 7/994 vom 30. 9. 1977 des Abgeordnetenhauses von Berlin Punkt zwei, Verzicht auf Stromwerbung: „Der Senat begrüßt die vom Bundesminister für Wirtschaft auf der Wirtschaftsministerkonferenz in Düsseldorf am 5. Mai 1977 bekanntgegebene Bereitschaft der Elektrizitätswirtschaft, künftig auf Stromwerbung zu verzichten.“

Wir tun dies auch, aber mir scheint, es ist an der Zeit, daran wieder nachdrücklich zu erinnern. Auch Bundeskanzler Helmut Schmidt führte am 11. März 1978 in Hamburg auf einer Betriebsversammlung aus: „Zwecks Einsparung muß auch das Werben der Elektrizitätsunternehmen für mehr Stromverbrauch kritisch überprüft werden. Es ist nicht notwendig, daß die Unternehmen für mehr Stromverbrauch werben, im Gegenteil: man sollte eigentlich für weniger Energieverbrauch werben.“

(Beifall bei der SPD)

Dazu muß man möglicherweise auch die Energietarife so einrichten, daß sie nicht einen eingebauten Anreiz zu mehr Verbrauch enthalten.“ Soweit Bundeskanzler Schmidt!

Alternative Energien: Hierauf beziehen sich besonders Frage vier und Punkt sieben unseres Antrags. Jedes Zehntelprozent Energieverbrauch, das wir von vorratsbegrenzten auf permanent verfügbare Energieträger umstellen können, verlängert die Verfügbarkeit der erschöpfbaren, schafft längeren Handlungsspielraum, vermindert Umweltprobleme!

Die Sonnenenergie und die von ihr abgeleiteten Energiequellen haben in der kurzen Zeit der bisherigen Förderung erstaunlich rasch an Bedeutung gewonnen. Sinnvoll und wirtschaftlich ist ihre Anwendung zum Teil auch im Zusammenspiel mit bestehenden Energieanlagen zu integrierten Systemen.

Die Länder der Dritten Welt werden aufgrund der klimatischen Verhältnisse Hauptanwendungsgebiete für die Solarenergie sein. Hier bietet sich neben interessanten Exportmöglichkeiten der deut-

schon Wirtschaft die Zusammenarbeit — man nennt das Technologietransfer — mit diesen Ländern für deren Energieversorgung. (C)

Bei der Erzeugung von warmem Brauchwasser bis rund 50 Grad ist auch in unseren Breiten bereits die Wirtschaftlichkeit erreicht. Das Problem ist nicht mehr die Solarenergiegewinnung, sondern ihre Speicherung in Kurz-, vor allem Langzeitspeichern.

Die thermische Nutzung der Sonnenenergie bietet eine Chance, in dem größten Energieverbrauchssektor, der Niedertemperaturwärmeversorgung, Mineralöl zu ersetzen und zugleich eine Ausweitung des in diesem Bereich meist ungünstigen Stromeinsatzes zu vermeiden.

Für die Bremer Firmen, die bereits zur Produktionsreife ihrer Produkte gelangt sind, und die Senatsantwort hat eben neun Firmen genannt, nützen Forschungsmittel allein nichts mehr, sie brauchen Übergangsmärkte zum Beispiel durch Ausrüstung öffentlicher und halböffentlicher Gebäude mit solaren Heizungsanlagen zur Motivierung der privaten Anwendung, wie es im Martinshof in Bremen-Nord zum Beispiel geschieht.

Bremen sollte ein Versuchsprojekt durchführen, in dem mehrere hundert Häuser mit Solaranlagen ausgerüstet werden, etwa in lockerer Bebauung des Eigenheimerschließungsprogramms. Wenn Bremer Firmen ihren Kunden bereits installierte Produkte in Bremen an Ort und Stelle zeigen können, werden sie auch in der Bundesrepublik einen größeren Marktanteil haben. (D)

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für Wärmepumpen. Bremen sollte auch hier ein geeignetes Wohngebiet als Modellvorhaben mit Wärmepumpen ausrüsten lassen, zum Beispiel Teerhof oder das Sanierungsgebiet Vege-sack, wo die Weser vorbeifließt, aus der Wärmelast der Weser!

Besonders als Wärmerückgewinnungsanlage bei klimatisierten Gebäuden, bei denen viel erwärmte Fortluft beziehungsweise Abwasser anfällt, ist die Wärmepumpe sehr gut geeignet. Mit Wärmepumpen kann bis dreimal soviel Energie gewonnen werden, wie zu ihrem Betrieb nötig ist.

Die Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung sieht die steuerliche Entlastung für energiesparende stationäre Dieselanlagen zur Strom- und Wärmeenergieerzeugung auch als Antrieb für Wärmepumpen sowie steuerliche Freistellung für den Erdgasbetrieb für Wärmepumpen vor.

Ich erwähne noch die sonstigen, zum Beispiel rechtlichen Maßnahmen. Hierzu gehören die Fragen zwei Satz eins, drei, acht Satz zwei und neun sowie Punkt acht unseres Antrags. Um mich kürzer zu fassen, nenne ich hier nur noch eine Auswahl möglicher Maßnahmen, ohne sie damit alle gleichzeitig zu empfehlen.

(Glocke)

(A) **Vizepräsident Ehlers:** Herr Abgeordneter Sixt, Ihre Redezeit ist abgelaufen, und ich sehe trotz Ihres Geburtstages einfach keine Chance, die Redezeit zu verlängern.

**Abg. Sixt (SPD):** Herr Präsident, ich habe vorhin erfahren, daß in diesem Punkt keine Redezeitbegrenzung besteht.

**Vizepräsident Ehlers:** Herr Abgeordneter Sixt, ich meine die in der Geschäftsordnung festgelegte Redezeitbegrenzung von 30 Minuten. Diese gilt ja grundsätzlich, auch wenn wir keine Redezeitvereinbarung getroffen haben. Ich darf Sie bitten, zum Schluß zu kommen!

**Abg. Sixt (SPD):** Ich komme zum Schluß!

Ich nenne hier folgende rechtliche Maßnahmen: Bildung von Modernisierungsschwerpunkten oder -zonen, in denen gleichzeitig die immissionsarme Fernwärmeversorgung eingeführt wird, zum Beispiel Paragraph 20 Absatz 1 Wohnungsmodernisierungsgesetz; planerische Festsetzungen nach dem Bundesbaugesetz, Paragraph 1 Absatz 6, Paragraph 39 e, f; Erlaß gebietsbezogener ordnungsrechtlicher Vorschriften nach Landesimmissionsschutzrecht — Verbrennungsverbote — und nach Landesbauordnung in Verbindung mit Paragraph 9 Absatz 1 Nummer 23 Bundesbaugesetz; gebietsbezogener Anschluß- und Benutzungszwang nach Gemeinde-recht zugunsten von Fernwärme, das ist unser Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Rechtsbefugnisse der Gemeinden, Drucksache 8/1120 vom 5. 11. 1974, Bremische Bürgerschaft, besonders Paragraph 1 Absatz 2; Mietverträge mit Duldungspflicht für Verbesserungsmaßnahmen für die Anwendung einer immissionsarmen Wärmeversorgung; eine durchgängige verbrauchsgemäße Heizkostenabrechnung im Land Bremen, wie die SPD-Fraktion sie fordert, etwa nach dem „Wolfsburger Modell“. In zentralbeheizten Gebäuden oder Siedlungen mit mehreren Parteien lassen sich rund 20 Prozent der Heizenergie durch Einführung der individuellen Heizkostenabrechnung einsparen. Das ist durchgängige Erfahrung, auch in der Schweiz.

Meine Fraktion begrüßt den konkreten Vorschlag des Senats auf unsere neunte Frage, bei der Verbraucherzentrale im Land Bremen die ständige Mitarbeit eines qualifizierten Ingenieurs zu gewährleisten. Die SPD-Fraktion mißt darüber hinaus aller Aufklärungsarbeit über die Möglichkeiten der Energieeinsparung, wie wir sie mit Punkt 8 unseres Antrags anregen, einen hohen Stellenwert zu.

Die Bundesregierung hat in der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms für Aufklärungsarbeit, Beratung mittlerer und kleiner Unternehmen, für private Haushalte erstmals namhafte Beträge eingesetzt. Ich zitiere: Sie fordert auch alle „Beteiligten auf, ihre Arbeit auf dem Gebiet zu überprüfen und zu verstärken“. Tun wir dies!

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, ich möchte jetzt nur noch die Zusammenfassung bringen, sonst melde ich mich noch einmal. Das dauert noch rund drei Minuten.

**Vizepräsident Ehlers:** Ich schlage vor, daß Sie sich noch einmal melden. Sie haben bereits drei Minuten überzogen. Ich hätte sowieso jetzt abgeklingselt.

**Abg. Sixt (SPD):** Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Hockemeyer.

**Abg. Hockemeyer (CDU):** Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Fraktion der CDU begrüßt die heutige Energiedebatte, insbesondere in der Erwartung, daß sie einen Bremer Beitrag zur notwendigen Energieeinsparung leisten kann, sei es zunächst durch konkrete Beschlüsse, aber auch durch die Förderung von Energiebewußtsein in der Öffentlichkeit.

Dabei steht — und das dürfen wir hier nicht übersehen — die Energiefrage nicht für sich allein, sondern hat eine zentrale Bedeutung für unsere Zukunftsgestaltung auf der Grundlage von Wirtschaftswachstum und der Lösung der Umweltprobleme. Ohne ausreichende Energiebereitstellung kein Wirtschaftswachstum, ohne Wirtschaftswachstum das Gespenst von rund sechs Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990!

Lassen Sie mich, bevor ich im einzelnen zu den hier anstehenden Anträgen komme, ganz kurz auf das eingehen, Herr Kollege Sixt, was Sie hier von dem „Provinzpolitiker Albrecht“ gesagt haben. Ich finde das ausgesprochen unfair,

(Abg. Neumann [CDU]: Er ist wahrscheinlich ein Provinzpfarrer, ein Dorfpfarrer!)

zumal Sie wissen, daß sachlich gut fundierte Gründe sowohl in Baden-Württemberg als auch in Niedersachsen dafür maßgebend waren, daß das Programm der Bundesregierung nicht mitgemacht wurde,

(Beifall bei der CDU — Abg. Sixt [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— im Hinblick auf die Zeit, Herr Sixt, bitte ich, jetzt keine Fragen zu stellen! —

(Abg. Klein [CDU]: Wir haben ihn lange genug gehört!)

und zwar war das im wesentlichen die Ablehnung der Ausdehnung der Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern aus verfassungsrechtlichen Bedenken.

Darüber hinaus hat sich die CDU gegen die Erhöhung der Steuer für leichtes Heizöl ausgesprochen. Diese Steuer sollte dazu dienen, daß der vom Bund zu leistende Anteil an diesem Programm finanziert werden konnte. Sie wissen das ganz genau, und

(C)

(D)

(A) ich bin sehr betrübt, daß Sie das schon wieder vergessen haben.

Schließlich hat eben der Bund — das war der Trick an der ganzen Sache — verschwiegen, daß diese Finanzierung nicht aus dem allgemeinen Steueraufkommen durchgeführt werden konnte, sondern speziell aus der Erhöhung der Steuer für leichtes Heizöl. Insofern, muß ich sagen, gehen wir als CDU heute mit der neuen Regelung, mit dem neuen Vorschlag der CDU-regierten Länder einer Koppelung von Investitionszuschüssen und steuerlichen Förderungen einig. Wir halten das für günstiger, zumal hier eine gezieltere Förderung stattfinden kann, die den einzelnen Anspruchsgruppen mehr gerecht wird. Insoweit erwarten wir, daß sich dieses Programm auch in aller Kürze realisieren lassen wird.

Zurück zum Wachstum! Wir benötigen ein qualitätsorientiertes Wirtschaftswachstum zur Sicherung der Vollbeschäftigung, zur Sicherung unseres sozialen Leistungssystems, zur Sicherung lebenswerter Daseinsmöglichkeiten für die nachfolgenden Generationen, aber auch zur Behebung weltweiter Mangelsituationen. Diese Notwendigkeit ist inzwischen allgemein unbestritten, wenn man einmal von den hier und dort anzutreffenden Anhängern eines letztlich inhumanen Nullwachstums absieht.

(B) Nun ist der Handlungsspielraum für die Lösung des existenzbestimmenden Energieproblems eng, dies insbesondere hinsichtlich der ausreichenden Energieversorgung unserer Volkswirtschaft in den nächsten Jahrzehnten. Die bereits mittelfristig drohende Energielücke kann — so auch nach Auffassung des Bausenators und nach dem heute vorgelegten Papier zur Großen Anfrage der SPD — im wesentlichen nur durch den Einsatz von Kohle- und Kernenergie sowie mit Hilfe von Energieeinsparung geschlossen werden.

Das setzt allerdings voraus, daß wir uns alle auf die Lösung dieser Aufgabe unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten und technischen Möglichkeiten konzentrieren, dies mit bewährten marktwirtschaftlichen Mitteln, was nicht ausschließt, daß Planung im Energiebereich dort erfolgt, wo politisch-administrative Entscheidungsprozesse im Sinn einer übergeordneten Rationalität erforderlich werden. Das erkennt auch die CDU, daß das hier und dort möglich sein kann.

Planung darf jedoch nicht in Dirigismus ausarten, weil dadurch die notwendige Mitwirkung und Mitverantwortung der Bürger bei der Lösung einer sparsamen und rationellen Energieverwendung vermindert würde.

Die Bundesrepublik Deutschland hat im internationalen Maßstab — das muß hier auch einmal gesagt werden —, wie der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung zu entnehmen ist, einen hohen Ausnutzungsgrad der Energie erreicht, dies im wesentlichen, weil die Bundesregierung aufgrund ihres marktwirtschaftlichen

(C) Systems darauf ausgerichtet ist, mit Energie sparsam umzugehen. Folgen wir der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, so ist der Energieverbrauch in den sozialistischen Ländern des Ostblocks je 1 000 Dollar Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zur Bundesrepublik zweieinhalb- bis dreimal höher. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten wir auch hier in Bremen bedenken!

Dennoch gibt es in der Bundesrepublik — da stimmen wir mit der Bundesregierung, mit dem Senat und mit der SPD-Fraktion überein — eine Vielzahl ungenutzter Energieeinsparungspotentiale, denen wir uns zuwenden wollen, weil wir das müssen. Von dieser Notwendigkeit sind auch die Initiativen von SPD, FDP — ich muß Sie einbeziehen, nachdem Ihr Antrag heute morgen auch noch eingegangen ist — und CDU getragen.

Hier stellt sich jedoch von vornherein die Frage — diese Frage, Herr Kollege Sixt, muß ich insbesondere an Sie richten —, was im Rahmen von Energieeinsparungsinitiativen, die wir ja alle begrüßen, überhaupt realisierbar ist, und zwar als marktkonforme Lösungen ohne Gefährdung von Arbeitsplätzen und unter Vermeidung von sozialen Härten.

(D) In der realistischen Einschätzung unserer Möglichkeiten im Land Bremen, Energie einzusparen, sollten wir — das ist mein Appell an dieses Haus — zu einer eindeutigen Aussage kommen. Das, was gewollt ist, muß für den Bürger klar erkennbar die langfristige Ausrichtung signalisieren. Eine solche ist wichtig für die Wirtschaftspläne der privaten Haushalte zum Beispiel bei der Anschaffung von Elektrogeräten, bei der Installation von Heizungsanlagen oder aber auch bei Baumaßnahmen wie zum Beispiel Umbaumaßnahmen oder Neubaumaßnahmen. Dies ist aber auch wichtig für die Wirtschaftspläne der Betriebe. Wir sollten hier zu einer normativen Konstanz unseres Handelns kommen, damit der Bürger weiß, was wir wollen.

Die Auffassung von Senat und Fraktion der SPD zur Frage der Energieeinsparung zeigt teilweise Übereinstimmung mit der Position der CDU-Fraktion; wir begrüßen das. Differenzen ergeben sich im wesentlichen bei der Frage der Umsetzung notwendiger Energieeinsparungsmaßnahmen. Für die CDU dürfen diese nicht zu einer dirigistischen Politik des verordneten Energiesparens führen. Dies wäre eine Politik gegen den Verbraucher letztlich bis hin zu seiner Bevormundung.

Die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD „Möglichkeiten und Maßnahmen zur sparsamen und rationellen Energieverwendung“ steht im inhaltlichen Zusammenhang — das wurde hier vom Kollegen Sixt auch ausgeführt — mit dem Antrag der Fraktion der SPD „Maßnahmen zur Energieeinsparung“.

Einen Hinweis auf die heute verteilten Materialien, die wir von ihrem Umfang her, Herr Senator Tiedemann, begrüßen — inhaltlich konnten wir sie

(A) noch nicht voll durcharbeiten —, möchte ich mir hier zumindest erlauben. Wir werden sicherlich im Lauf der kommenden Zeit Gelegenheit haben, uns ausführlich mit diesem Papier auseinanderzusetzen. Grundsätzlich begrüßen wir natürlich, daß sich auch der Senat in Bremen mit dieser Frage beschäftigt.

Lassen Sie mich aus Gründen der Zeitersparnis auch gleich zu den Anträgen kommen! Ich werde, soweit das erforderlich ist, bei meinen Ausführungen auf die Antwort des Senats zur Großen Anfrage der SPD eingehen.

Der vorliegende Antrag der SPD — lassen Sie mich damit beginnen! — weist eine Reihe von Zielsetzungen auf, die auch von der CDU-Fraktion unterstützt werden. Der Antrag enthält jedoch — wie schon angedeutet wurde — Positionen, die von der Auffassung der CDU erheblich abweichen. Aus diesem Grund hat die CDU einen eigenen Antrag „Maßnahmen zur Energieeinsparung“ in die Bürgerschaft eingebracht, der außerdem — das haben sie wohl bemerkt — ergänzende Punkte zum Thema Energieeinsparen beinhaltet.

Herr Sixt, es fällt mir schwer, Ihre sehr umfangreichen Ausführungen nun hier im Detail zu würdigen. Lassen Sie mich zu einer generellen Beurteilung kommen! Ich fand die von Ihnen hier in den Raum gestellten Perspektiven zu weit in die Zukunft gerichtet und teilweise auch über das, was Bremen zu leisten vermag, weit hinausgehend. Wir sollten uns auf das konzentrieren, was im Bereich des Landes Bremen mit den gegebenen knappen finanziellen Möglichkeiten realisierbar ist!

(Beifall bei der CDU)

Ich werde — das auch zur Zeitersparnis — mich zu Punkten und Absätzen, bei denen wir mit der SPD einig gehen, nicht ausführlich äußern. Ich glaube, wir können dadurch einiges an Zeit sparen. Ich werde mich insofern auf einige Absätze des SPD-Antrags beschränken, anschließend selbstverständlich, Herr Ostendorff, auch den Antrag der FDP behandeln und versuchen, ihn in die Systematik einzubeziehen.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Sehr liebenswürdig von Ihnen!)

Der Ziffer 1 des Antrags der SPD-Fraktion, Energie rationell und sparsam zu verwenden, ist grundsätzlich zuzustimmen. Zu fragen wäre allerdings, was die SPD-Fraktion unter einem optimalen Einsatz beziehungsweise Betriebseinsatz, Herr Sixt, bestehender Anlagen versteht. Aus der Sicht der CDU muß eine Sicherung des Spitzenbedarfs dabei gewährleistet sein.

Auch die CDU fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Energieversorgungsunternehmen und industrieller Kraftwirtschaft im Interesse einer bestmöglichen Nutzung von Energie. Die CDU geht davon aus, daß dies — wie auch in der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms und vom Bun-

deswirtschaftsminister Graf Lambsdorff anlässlich der Energiedebatte am 20. April 1978 im Deutschen Bundestag fixiert — ohne administrative Lösungen weitgehend aus privatwirtschaftlicher Verantwortung erfolgt. Ich freue mich, daß eine ähnliche Position auch hier vom Senat vertreten wurde.

Zu Ziffer 2 des SPD-Antrags, der sich im wesentlichen mit der Abwärme im Zusammenhang mit der Genehmigung von neu zu errichtenden Kraftwerken befaßt, ist auszuführen, daß die verstärkte Nutzung der Kraft-Wärme-Koppelung von der CDU — allerdings unter Berücksichtigung der Marktsituation und der Belange der Wärmeverbraucher — unterstützt wird.

Die Ziffer 2 des SPD-Antrags — ich behandle das jetzt parallel — entspricht Ziffer 3 Absatz eins des CDU-Antrags. Die Nutzbarmachung der Abwärme setzt jedoch entsprechende Wärmenetze oder Wärmeabnehmer voraus. Hier könnten sich aus dem Beschluß zu Ziffer 2 hinsichtlich der Realisierbarkeit Probleme ergeben. Das müssen wir berücksichtigen.

Zu Ziffer 3 des SPD-Antrags — betreffend den Ausbau lokaler Fernwärmenetze — möchte ich folgendes ausführen: Dieser Absatz steht im Zusammenhang mit Ziffer 2 des SPD-Antrags. Die CDU hat — nicht deshalb, sondern weil es ohnehin sinnvoll ist — beide Anliegen unter Ziffer 3 ihres eigenen Antrags zusammengefaßt.

Den energiepolitischen Vorstellungen der CDU entspricht ein Ausbau von lokalen Fernwärmenetzen, dies nicht zuletzt auch wegen der Frage verbesserter Umweltbedingungen. Hierbei ist jedoch problematisch, ob dies mit dem Instrument eines generellen Anschluß- und Benutzungszwangs sinnvoll zu realisieren ist. Neben dem auch in Bremen abgesicherten Versorgungsrecht steht die in den meisten Fällen unwirtschaftliche Versorgungspflicht, die für alle Beteiligten, insbesondere aber für den Verbraucher, zu Belastungen führen kann, die wirtschaftlich unsinnig und persönlich unzumutbar sind.

Die Ausweisung von Wärmebedienungsgebieten sollte sich vorrangig auf geschlossene Neubaugebiete beschränken, so zum Beispiel auf das Hollerland. Gegen die Einbeziehung von Altbaugebieten sprechen neben ordnungspolitischen insbesondere wirtschaftliche Gesichtspunkte.

So weist die im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie erstellte und auch von Herrn Sixt hier zitierte Studie „Über die Möglichkeiten der Anwendung der Fernwärmeversorgung über Heizkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland“ auf die außerordentlich hohe Kostenbelastung infolge Umstellung auf Fernwärme in Altbaugebieten hin. Danach wäre ein Anschlußzwang für den Bürger in Altbaugebieten nur zumutbar, wenn 60 Prozent der gesamten Umstellungskosten von der öffentlichen Hand bezuschußt würden. Ob dies jedoch finanziell darzustellen ist, muß bezweifelt werden.

(C)

(D)

(A) Die CDU begrüßt die Aussage des Senats zur Frage der Wirtschaftlichkeit von Fernwärmesystemen. Ich meine, wir sollten uns alle auf diese Frage der Finanzierbarkeit und damit auch auf den realistischen Ansatz hin besinnen und auch in diesem Sinn handeln.

Die kategorische Formulierung in Ziffer 3 Ihres Antrags, Herr Sixt, berücksichtigt die wirtschaftlichen Bedenken der CDU-Fraktion zu wenig. Deshalb wird sich die CDU bei dieser Formulierung enthalten und sich auf die anders lautende, aber in der Intention ähnliche Formulierung ihres eigenen Antrags in Ziffer 3 Satz zwei stützen.

Die Änderung zu Ziffer 4 Satz eins des Antrags der SPD-Fraktion, die Einstellung der Werbung für elektrische Raumheizungen auf die Energieversorgungsunternehmen zu beschränken, begrüßen wir. Die ursprüngliche Formulierung hätte einen massiven Eingriff in das marktwirtschaftliche System bedeutet und die Gefährdung von wirtschaftlichen Existenzen und vielen Arbeitsplätzen bewirkt.

Die CDU ist darüber hinaus jedoch der Auffassung, daß die Legislative grundsätzlich nicht derartig massiv, wie von der Fraktion der SPD formuliert, in Wirtschaftsbetriebe — auch die Energieversorgungsunternehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, gehören dazu — einwirken darf.

(Beifall bei der CDU)

(B) Deshalb hat die CDU zu Punkt 4 Satz eins des SPD-Antrags den vorliegenden Änderungsantrag eingebracht. Ich zitiere: „Die Vertreter des Senats, die dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Bremen AG angehören, haben im Aufsichtsrat darauf hinzuwirken, daß die Stadtwerke Bremen ihre Werbung für elektrische Raumheizungen einstellen.“ Ziffer 4 Absatz eins des SPD-Antrags kann die CDU-Fraktion ohne diese Änderung nicht unterstützen.

Nun zu Ziffer 5 des SPD-Antrags! Ich möchte den Text, eben weil der Inhalt so bedeutend ist, kurz zitieren: „Bei den Stromtarifen für Haushaltsabnehmer muß die energiepolitisch unerwünschte Rabattierung des Mehrverbrauchs durch Tarifsystematik (Grund-/Arbeitspreise) abgebaut werden. Bei künftigen Tarifierhöhungen im Hausbereich muß im verstärkten Maß auf den Arbeitspreis abgestellt werden.“ Dieser Absatz bedeutet die Abschaffung des Stromtarifs II.

(Abg. D o m s c h e i t [CDU]: Unsozial!)

Herr Domscheit, ich glaube, Sie können das gleich vertiefen!

Die CDU lehnt diese Abschaffung — wie von SPD und FDP gefordert — zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: Die Preiselastizität der Nachfrage bei privaten Haushalten ist gering, das heißt, eine Erhöhung des Strompreises bedeutet nicht automatisch den beabsichtigten Rückgang an Energieverbrauch. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren von

der SPD, aber auch von der FDP, ist wichtig. Was wollen Sie denn damit erreichen? Wie wollen Sie denn durch eine kurzfristige Erhöhung der Tarife oder einer Streichung des jetzigen günstigen Tarifs II zu einer Einsparung beim Energieverbrauch kommen? Die Verbraucher haben nämlich keine Wahl, kurzfristig auf andere Haushaltsgeräte oder Einrichtungen auszuweichen, die weniger beziehungsweise überhaupt nicht stromintensiv sind.

Daraus folgt: Nachdem zunächst die Vollelektrifizierung der Haushalte auch mit dem Argument der Arbeitersparnis für die Hausfrau propagiert wurde und viele Familien sich darauf eingestellt haben, soll jetzt eine Bestrafung eben dieses Verhaltens erfolgen. Das ist verbraucherfeindliche Politik von SPD und FDP, die insbesondere denjenigen trifft, für den die monatlichen Strompreisrechnungen schon heute eine große Belastung darstellen,

(Beifall bei der CDU)

und das, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD und FDP, sind die kinderreichen Familien, das sind die unteren Einkommensbezieher! Wollen Sie das?

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion hat nun ein gewisses Verständnis dafür, daß die SPD dem Parteitag vom November 1977 in Hamburg folgt und FDP und SPD zusammen auch den Vorstellungen der Bundesregierung in ihrer Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms, wonach die Abschaffung des Strompreistarifs II gefordert wird.

Anläßlich der Energiedebatte — ich bitte, das einmal zu bedenken — im Deutschen Bundestag am 20. 4. 1978 hat Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff ausweislich des Plenarprotokolls 8/86 ausgeführt, daß es bei der Abschaffung des Tarifs II nicht zu sozial ungerechtfertigten Belastungen kommen dürfe. Das werden Sie aber erreichen, wenn Sie den Tarif II so, wie hier formuliert, insbesondere auch von Ihnen, meine Damen und Herren von der FDP, abschaffen wollen!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Wird klargestellt!)

Auch hat der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg anläßlich einer Großen Anfrage der CDU zur Energiepolitik ausweislich der Drucksache 8/3419 in seiner Antwort vom 7. 3. 1978 die Abschaffung des Grundstrompreistarifs II abgelehnt. Auch das, meine sehr verehrten Damen und Herren von FDP und SPD, bitte ich zu berücksichtigen.

(Abg. K l e i n [CDU]: Hört, hört!)

Hieran wird deutlich, wie fragwürdig die kurzfristige Abschaffung des Strompreistarifs II, wie er von SPD und FDP gefordert wird, ist.

Herr Bürgermeister Koschnick, wir haben gehört, daß Sie sich auf der Jahresversammlung der Ar-

(C)

(D)

- (A) beitsgemeinschaft regionaler Energieversorgungsunternehmen auch zu dieser Frage sinngemäß so geäußert haben, daß es wohl nicht gewollt sein könne, die Hausfrauen in die Steinzeit zurückzuführen.

(Beifall)

Mich würde also sehr interessieren, das heißt, es würde das Hohe Haus insgesamt interessieren, Herr Bürgermeister, wie Sie aus diesem Konflikt — hier Partei, dort Senat, aber nur ein Teil des Senats — herauskommen wollen, denn Herr Tiedemann hat sich ja auch für die Abschaffung des Tarifs II ausgesprochen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, es bleibt dann noch Ziffer 5 Satz drei des SPD-Antrags, und der befaßt sich mit der Beseitigung verbraucherfördernder Elemente in der Tarifstruktur. Dies sollte allerdings — so ist die Auffassung der CDU — nach einer angemessenen Übergangsfrist, die dem Verbraucher Gelegenheit gibt, sich ohne Härten auf diese Veränderung einzustellen, erfolgen. Wenn Sie das gemeint haben sollten, dann müssen Sie es auch so formulieren, und Sie dürfen es dann nicht so formulieren, wie das aus beiden Anträgen von SPD und insbesondere FDP hervorgeht. Dagegen berücksichtigt die Ziffer 7 des CDU-Antrags diese Notwendigkeit eines verstärkten Verbraucherschutzes in vollem Umfang.

- (B) Aus den genannten Gründen — ich glaube, Sie haben das schon erwartet — muß die CDU-Fraktion die in Ziffer 5 des SPD-Antrags und in dem analogen Absatz des FDP-Antrags formulierten verbraucherfeindlichen Intentionen ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch ganz kurz auf die Ziffer 6 des SPD-Antrags eingehen! Hier heißt es, daß die Verwaltung Energiesparbeauftragte einführen soll. Die dieser Formulierung zugrundeliegende Intention wird von der CDU unterstützt. Dies kommt auch in Ziffer 8 des CDU-Antrags zum Ausdruck. Die Einführung von Energiebeauftragten darf jedoch nicht zu einer Inflation neuer Planstellen führen. Die Lösung des Problems sollte im Rahmen des jetzigen Stellenplans erfolgen, unter Umständen eben im Rahmen einer Konzentration auf das Hochbauamt oder aber, Herr Senator Tiedemann, in Ihrem Ressort.

In den Ziffern 7 und 8 des Antrags der SPD-Fraktion werden Zielsetzungen angesprochen, die wir ebenfalls unterstützen. Diese entsprechen inhaltlich den Ziffern 5 und 9 des CDU-Antrags.

Soweit die einzelnen Absätze des Antrags der CDU-Fraktion noch nicht behandelt wurden, dies jedoch erforderlich erscheint, lassen Sie mich das nun ganz kurz tun!

Wir haben einen Änderungsantrag eingereicht, der sich ausschließlich auf die Ziffer 1 bezieht. Wir sprechen in unserem ersten Antrag davon, daß wir von einem erwarteten Anstieg des Energiever-

brauchs ausgehen. Die jetzige Formulierung spricht nur noch von einem notwendigen Energieverbrauch, der letztlich so gering wie möglich zu halten ist. Wenn wir auch davon ausgehen — ich glaube, das sollten wir berücksichtigen, und hier sind wir mit der Zweiten Fortschreibung des Programms der Bundesregierung einig —, daß es trotz der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauchs- zunahme nicht zu einem Nullwachstum im Energieverbrauch kommt, so meinen wir dennoch, daß die hier geänderte Formulierung glücklicher ist. Ich hoffe, daß auch die Damen und Herren von der SPD dies mitmachen können.

Nun noch ganz kurz zur Ziffer 10 des Antrags! Diese Formulierung entspricht einem alten Anliegen. Ich möchte wegen der Zeit, die mir davonläuft, nicht weiter darauf eingehen, weil ich noch ganz kurz zu dem kommen muß, was die FDP in ihrem Antrag vorgelegt hat. Ich möchte das ganz kurz machen, Herr Ostendorff, zumal ich einige Punkte von Ihnen bereits im Zusammenhang mit den CDU- und SPD-Anträgen abgehandelt habe.

Lassen Sie mich folgendes ausführen: Ziffer 1 entspricht der Ziffer 5 des CDU-Antrags und 7 des SPD-Antrags, das machen wir mit. Ziffer 2 entspricht der Ziffer 6 des CDU-Antrags, auch das machen wir mit. Zu Ziffer 3 — verbraucherfeindliche Tendenzen — habe ich mich geäußert, das werden wir ablehnen. Ziffer 4 entspricht Ziffer 7 Satz 2 der CDU, das machen wir auch mit. Ziffer 5 ist neu, auch das werden wir begleiten. Den Ziffern 6 und 7 werden wir auch zustimmen, wobei Ziffer 6 den Ziffern 8 der CDU und 6 der SPD und Ziffer 7 der Ziffer 3 der CDU und Ziffer 2 der SPD entspricht.

Obwohl Sie in Ziffer 8 eine Einschränkung vorgenommen haben, Herr Ostendorff, indem Sie für bestehende Wohngebiete im Hinblick auf den Anschlußzwang eine großzügige Übergangsregelung fordern, ist der wesentliche Teil Ihres Antrags doch identisch mit Ziffer 3 des Antrags der SPD, und wir werden uns auch bei diesem Absatz enthalten.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die generelle Bereitschaft — die ist hier von der SPD signalisiert worden —, in der Frage der Energieeinsparung Geschlossenheit zu zeigen, ist zu begrüßen. Nachdem, soweit erkennbar, unterschiedliche Positionen in verschiedenen Punkten der Anträge nicht ausgeräumt werden können, sollten wir in eine absatzweise Abstimmung der Anträge eintreten. Dies hilft dem Anliegen Energieeinsparung, es bringt uns zu der größtmöglichen Gemeinsamkeit in diesem Haus, die wir einmal für unsere Arbeit benötigen und die wir darüber hinaus einfach auch dem Bürger draußen demonstrieren müssen, damit dieser weiß, was in Zukunft in der Angelegenheit Energieeinsparung auf ihn zukommt. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Ostendorff.

(A) Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich will mich bemühen, meine Ausführungen so zu halten, daß Sie und auch ich schon jetzt Energie sparen.

„Die rationelle und sparsame Energieverwendung ist in der deutschen Volkswirtschaft vor allem eine Aufgabe von Wirtschaft und Verbrauchern. Zusätzliche staatliche Maßnahmen sind notwendig. Sie zielen auf höhere Disziplin des einzelnen beim Verbrauch von Energie ab. Gezielte Eingriffe, die Opfer verlangen, müssen mit Fördermaßnahmen für Investitionen zur Energieeinsparung und verstärkter Verbraucheraufklärung einhergehen. Dadurch wird es ermöglicht, durch verstärkte Einsparungen die Belastungen in Grenzen zu halten. Einsparmaßnahmen dürfen den Freiheitsspielraum des einzelnen Bürgers jedoch nicht unnötig beschränken.“ Das ist ein Zitat aus der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung!

Diese Zweite Fortschreibung datiert zwar vom 14. 12. 1977, ist aber erst am 20. April im Bundestag sehr eingehend diskutiert worden. In diese Diskussion im Bundestag wurde ebenfalls das energiepolitische Programm der CDU vom 20. 12. 1977 einbezogen, das ich mit großem Interesse gelesen habe, weil es sich in wesentlichen Punkten nicht von dem Programm der Bundesregierung, also der sozialliberalen Koalition, unterscheidet. Es ist in der Debatte vom Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff auch ausdrücklich positiv erwähnt worden, daß er den Eindruck habe, daß alle Fraktionen des Hauses in Bonn am gleichen Strang und erfreulicherweise sogar an der gleichen Seite des Strangs ziehen würden. Ich darf diese beiden Unterlagen bei den sachkundigen Kollegen dieses Hauses als bekannt voraussetzen.

(B) Ich möchte als drittes noch auf die Veröffentlichung einer Rede hinweisen, die Professor Dr. Carl-Friedrich von Weizsäcker am 9. März gehalten hat: „Die friedliche Nutzung der Kernenergie, Chancen und Risiken“. Dieser Vortrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat mich sehr beeindruckt, vielleicht deshalb besonders beeindruckt, weil ich nicht in allen Punkten den Ausführungen von Weizsäckers folge, aber weil die Aufarbeitung, die Behandlung des Themas wirklich auf einer Ebene erfolgt und alle Gesichtspunkte des Pro und Kontras wiedergibt.

Ich komme nicht in den Verdacht, für meine Partei Schleichwerbung zu machen, wenn ich Ihnen empfehle, diesen Artikel, der ausnahmsweise auch im Bulletin der Bundesregierung abgedruckt ist, sich zu Gemüte zu führen.

Weizsäcker faßt zusammen, erstens, daß wir zur Förderung eines maßvollen Wachstums des Sozialprodukts gezwungen seien, also auch zum Wachstum des Energieumsatzes.

Zweitens: Erste Priorität sollte die Energieersparnis haben, ganz besonders diejenige, die nicht das Wachstum des Sozialprodukts, sondern nur den Elastizitätskoeffizienten zwischen Energie und So-

zialprodukt herabsetzt. Genau diese Forderung hat auch der Senator für Wirtschaft und Außenhandel vorher für den Senat gestellt. Ich darf ihm versichern, daß er die Liberalen in diesem Punkt voll auf seine Seite haben wird.

(C)

Drittens — ich muß das vorlesen, obwohl ich eine andere Meinung habe —: „Fossile Brennstoffe, auch Kohle, sind aus ökologischen Gründen langfristig wahrscheinlich schädlicher als Kernenergie, sollten also nicht vorrangig gefördert werden.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die vom Kollegen Sixt geforderte Installation kleinerer Kraftwerke in Wohngebieten Bremens, die mit Kohle betrieben werden sollen, dürften erhebliche Schwierigkeiten in der Durchsetzung bei den einzelnen Stadtteilbeiräten finden. Ich möchte das hier an dieser Stelle schon erwähnen.

„Viertens: Die Sicherheit der Kernenergie ist vor allem ein Problem der Sicherung gegen Gewalt.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte das an den Anfang meiner Ausführungen stellen, weil auf dieser Grundlage das, was ich versuchen will, Ihnen auseinanderzusetzen, aufgebaut ist.

Ich darf wiederholen: Auf dieser Grundlage — Zweite Fortschreibung des Energieprogramms, energiepolitisches Programm der CDU und dieser Weizsäcker-Vortrag —, ich sagte es schon, wollen Sie bitte meine Ausführungen verstehen.

Ich muß allerdings noch ein weiteres vorausschicken. Wir sind hier im Haus gewohnt, Politik zu machen. Wir verstehen darunter meistens aktuelle Fragen, Tagespolitik. Einmal im Jahr schwingen wir uns auf und machen Politik für ein ganzes Jahr. Alle vier Jahre machen wir sogar einen ganz großen Klimmzug, indem wir für vier bis sechs Jahre vorausplanen. Das nennen wir dann mittelfristige Finanzplanung oder in Anlehnung an zugkräftige Filmtitel MifriFi.

(D)

Worüber wir heute sprechen — ich begrüße auch namens meiner Fraktion, daß wir darüber hier sprechen können —, ist ein Unterfangen für die nächsten 50 Jahre, aber ein notwendiges Unterfangen, wobei ich mich und auch Sie frage, ob jetzt und hier und in dem Gremium der Bürgerschaft der richtige Rahmen ist, ob es nicht richtig wäre, das in Deputationen zu behandeln. Ich neigte auch dazu, Ihnen vorzuschlagen, daß wir die verschiedenen Anträge dort behandeln, zumal sie nicht weit auseinanderliegen, in der Tendenz ziemlich das gleiche wollen, nur in manchen, Herr Kollege Hockemeyer, zugegebenermaßen vielleicht wesentlichen Punkten eine nicht ganz glückliche Formulierung hatten, was ich für den FDP-Antrag bei dem Tarif II hiermit schon sagen möchte. Ich komme nachher noch darauf zurück, daß wir dies vielleicht nach einer Beratung in den Deputationen zu einem gemeinsamen Antrag hätten zusammenfassen können.

Wir haben vom Senator gehört — ich war erfreut darüber —, daß es diese Arbeitsgruppe gibt. Betrübt war ich darüber, daß wir erst heute erfuh-

(A) ren, daß eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe sich mit diesem Anliegen beschäftigt.

Nun haben wir heute auch eine ergänzende Vorlage auf den Tisch bekommen, die sicherlich schon einigen Aufschluß geben wird. Ich beglückwünsche Herrn Kollegen Hockemeyer, daß er sie größtenteils, aber noch nicht ganz gelesen hat. Ich habe sie in der kurzen Zeit so gut wie gar nicht lesen können. Bescheidene Frage: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist im Februar oder Anfang März diese Vorlage vom Bausenator erstellt worden. Ich habe mich bei meinem Kollegen Baudeputierten erkundigt, er hat sie auch heute erstmalig gesehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierung, Sie legen in vielen Stellen Wert darauf, daß Dinge von der Opposition mitgetragen werden. Sie hätten es uns sehr erleichtert, wenn Sie uns diese Vorlage früher hätten zukommen lassen, dann hätten wir sie heute in die Debatte einbeziehen können.

(Beifall bei der FDP)

Insofern wird es sich nicht vermeiden lassen, daß wir zunächst in den Deputationen darauf noch zurückkommen.

Auf die Gefahr hin, meine sehr verehrten Damen und Herren, einiges zu wiederholen, möchte ich Ihnen noch einiges sagen und Daten in die Erinnerung zurückrufen, die ich für wesentlich halte. Sie alle kennen die Zahlen oder haben zumindest von ihnen gehört. Ich will mich allerdings mit Rücksicht auf den hinter mir drohenden Präsidenten bemühen, die Passagen, die schon von meinen beiden Vorrednern erwähnt sind, wegzulassen.

(B) Heute leben etwa vier Milliarden Menschen auf der Welt, davon allenfalls ein Viertel unter angenehmen Bedingungen. Man kann davon ausgehen, daß in 50 Jahren sich die Bevölkerungszahl verdoppelt haben wird. Diese Zahl ist in etwa die niedrigste, die ich bei Studium all der vorher erwähnten Unterlagen festgestellt habe. Aber bleiben wir einmal bei dieser Zahl!

Der Energiekonsum wird und soll wachsen — das ist die Einsicht aller Teile —, weil sonst die Wirtschaft nicht am Leben bleiben kann. Vorsichtige Schätzer taxieren diesen Energiekonsum mit einer Steigerungsrate von jährlich drei Prozent, wobei die Relation zwischen Entwicklungs- und Industrieländern bei etwa 3,5 Prozent in Entwicklungsländern und 2,5 Prozent in Industrieländern liegt. Ich selbst bezweifle diese Zahl etwas, insbesondere mit Blick auf die Entwicklungsländer. Aber selbst wenn wir es bei dieser meiner Meinung nach noch zu niedrigen Zahl belassen, kommen wir auf eine knappe Verfünffachung des globalen Energiekonsums in 50 Jahren. Deshalb vorher mein Hinweis: Worüber wir heute reden, ist wirklich langfristig, aber wir müssen darüber sprechen! Das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Situation, dabei ist es ziemlich gleichgültig, ob sie uns gefällt oder nicht, sie ist so.

(C) Was kann nun Bremen tun? Ich darf hierbei voraussetzen, daß Sie die Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung kennen, so daß ich darauf nicht so sehr einzugehen brauche. Obwohl in der Opposition, finde ich es gut — ich sagte es schon —, daß der Senat berichtet hat, er habe eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gebildet. Ich finde es auch gut, daß er in seiner Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion erwähnt, er werde der Bürgerschaft berichten. Ich kann verständlicherweise für die FDP heute noch nicht sagen, ob wir dann diesen Bericht gut finden werden, aber daß Sie die Absicht haben zu berichten, ist schon sehr lobenswert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, soweit war ich mit meinen Überlegungen gestern abend gegen 20 Uhr gekommen. Dann kam ich auf den Gedanken, daß es doch sicherlich gesundheitsfördernd sei spazierenzugehen. Da ich pünktlich meine Hundesteuer bezahle, kann ich hier einflechten, daß mein Dackel mit von der Partie war.

(Beifall bei FDP und CDU)

Außerdem war in meinem Spaziergangsrevier gestern abend Sperrmüllabfuhr. Ja, meine Damen und Herren, was soll ich sagen? Mein Kopf war noch voller Gedanken über Energie, über Lebensstandard hier und in den Entwicklungsländern. Mein Kopf war voll von den Unterlagen, die ich vorher erwähnt habe, über Einsichten und Aussichten. Mir kamen die Gedanken des Freiherrn von Weizsäcker in Erinnerung, daß Selbstbeschränkung und menschliches Maß Voraussetzungen seien, damit wir diese Energiefragen auch in 50 Jahren noch beherrschen. Ich fragte mich gestern abend, und ich frage mich heute ganz ernsthaft: Wie halten wir es denn eigentlich mit der Selbstbeschränkung? Wo ist denn eigentlich die Einsicht, die Voraussetzung ist für das, was wir anstreben?

(D) Ich darf Sie an die Worte von Herrn Hockemeyer erinnern, der auch davon sprach, daß die Einsicht die Voraussetzung ist. Sie werden die gleichen Worte in der Debatte des Bundestages finden. Ich langweile Sie sicherlich, wenn ich jetzt hier wiederhole, daß die Einsicht und die Erkenntnis in die Notwendigkeit, was in 50 Jahren sein wird, Voraussetzungen sind, um die Maßnahmen verständlich zu machen, die wir durchführen müssen.

Ich erwarte keine Antwort, ich will auch nicht so weit gehen wie Weizsäcker, der sogar das Wort „Askese“ gebraucht, aber nachdenkenswert ist es. Sicherlich ist die Tatsache der Abfuhr von Sperrmüll nur in losem Zusammenhang mit dem Problem zu sehen, das wir heute besprechen, aber der Zusammenhang ist da.

Die Einsicht, die Vernunft des Menschen, ist das nur Hoffnung, oder können wir Politiker etwas tun, das diese Einsicht weckt? Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, eignet sich dieses Thema „Energieeinsparung und Energieverwendung“ auch

(A) so überhaupt nicht für Polemik und nicht für parteipolitische Effekthascherei. Um so schwerwiegender muß ein Politiker davon beeindruckt sein, daß gerade dieses Thema so sehr in die Polemik abgerutscht ist und teilweise den Politikern aus den Händen zu gleiten drohte.

(Beifall bei der FDP)

Das trifft, meine sehr verehrten Damen und Herren, alle Parteien, das trifft auch meine Partei, das trifft auch mich. Soweit mein Abendspaziergang!

Nun wieder zurück zu der Frage, was Bremen tun kann.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Was macht der Dackel denn?)

Ich kann nun nicht hier die Tugenden meines Dackels erzählen. Er hat im Moment nämlich keine Tugenden, sondern er hat gemerkt, daß Frühling ist, und spaziergehen mit ihm ist etwas ganz Gefährliches!

(Heiterkeit)

Soweit dazu!

Was können nun die drei — inzwischen sind es fünf — Anträge bewirken? Wir haben vorher gehört, daß seit Februar oder März eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zur Planung konkreter bremischer Energiemaßnahmen eingesetzt ist. Die Zielsetzung, das Wachstum nicht zu beeinträchtigen, sondern eine Entkoppelung zwischen Energieverbrauch und Wachstum anzustreben, halten die Liberalen in diesem Haus für gut. Daß hierbei auf die Mitwirkung der Stadtwerke nicht verzichtet werden kann, ist selbstverständlich. Um hier gleich darauf hinzuweisen: In einem Antrag wird nur von den Stadtwerken gesprochen, ich meine, daß wir die Stadtwerke Bremerhaven dabei nicht vergessen sollten. Sie legen ja immer Wert darauf, daß sie, wenn nicht an erster Stelle, so doch mindestens unmittelbar danach auch genannt werden.

Es darf dabei lobend erwähnt werden, daß bei den Stadtwerken noch vor zehn Jahren 20 Prozent mehr Energieverbrauch zur Erzeugung einer Kilowattstunde notwendig waren als heute.

Auch die Umstellung auf Erdgas hat sich als weise, umweltfreundlich und kostengünstig erwiesen. Da fast 45 Prozent allen Energieverbrauchs auf Raumheizungen entfallen, liegt es nahe, bei diesem Faktor besonderes Nachdenken walten zu lassen. Wahrscheinlich — auch das muß man erwähnen — wird dann aber mehr Strom- oder Gasverbrauch auftreten, weil all die schon erwähnten neuen Dinge wie Wärmepumpen, Solarheizungen ja auch Strom brauchen, um betrieben werden zu können.

Zu der Arbeitsgruppe, Herr Senator und meine sehr verehrten Damen und Herren, fragen wir Liberalen allerdings: Warum kann nicht die Bürgerschaft ein korrespondierendes Gremium aus den zuständigen Deputationen schaffen? Warum könnte

nicht dieses Gremium aus der Fülle der Anträge einen gemeinsamen Antrag zusammenbasteln? (C)

(Beifall bei der FDP)

Der Herr Präsident hat uns vorher aufgefordert, das Thema in zwei Abteilungen zu behandeln: Energieeinsparung und, ich glaube, Energieverwendung. Es ist mir nicht ganz möglich, diese Dinge zu trennen. Gestatten Sie deshalb, Herr Präsident, daß ich für meine Ausführungen eine andere Einteilung vorschlage! Das Allgemeine habe ich hiermit abgehandelt. Ich muß noch zu den Anträgen kommen und darf mir erlauben, Ihnen diese zweite Abteilung nach der Mittagspause vorzutragen!

(Beifall)

**Vizepräsident Ehlers:** Ich unterbreche nunmehr die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.02 Uhr)

\*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren, an unserer heutigen Nachmittagsitzung nimmt unter anderen eine Gruppe der Altentagesstätte Hemelingen teil. Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis. (D)

(Beifall)

Wir setzen die Beratung über die Tagesordnungspunkte und Vorlagen, die sich mit der Energieversorgung und Energieverwendung befassen, fort.

Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

**Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der sehr ehrenwerte Vertreter der Christlich-Demokratischen Union hat mich heute morgen bei seinem Beitrag über Energieeinsparungsmaßnahmen in Bremen ein wenig angenommen und wollte gern wissen, was ich bei der Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der regionalen Energieversorgungsunternehmen im Hinblick auf die Damen gesagt hätte,

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das war doch vernünftig!)

wobei das Wort „Steinzeit“ gefallen ist.

Ich sage Ihnen hier aufrichtig und ehrlich: Ich habe bei dieser Konferenz nicht die Lebenssituation aus der Steinzeit bemüht, weil ich mir nicht ganz sicher war, in welchem Umfang damals hauswirtschaftliche Betätigung bei den Damen möglich war. Wenn ich ein wenig zurückdenke an meinen Schulunterricht, dann weiß ich, daß es zu damaliger Zeit zwar schon

(A) Feuer gab, aber wohl keine Waschbottiche, von denen ich gesprochen hatte.

Ich sage Ihnen, was von mir auf dieser Konferenz kritisch gegenüber den Männern angesprochen worden ist. Ich habe gesagt — und dazu stehe ich —: Es gibt in der heutigen Zeit einige sehr überzeugende Vertreter männlichen Geschlechts, die darauf aufmerksam machen, daß wir mit der Energieverschwendung einen wesentlichen Teil unserer Lebensexistenz von morgen bedrohen und daß es darauf ankommt, erheblich mehr über Einsparungen nachzudenken, als wir es bisher gewohnt waren.

Einige gehen sogar so weit, in ihrem Betrieb, an ihrer Arbeitsstätte zu fordern, die Humanisierung der Arbeitswelt voranzutreiben, bessere Arbeitsbedingungen zu bekommen, wissend, daß bessere Arbeitsbedingungen in der Industrie heute mit größerem Stromverbrauch verbunden sind. Zur gleichen Zeit erwarten sie aber von den Frauen, daß sie zurückfallen um 200 Jahre — nämlich zurück an den Waschbottich — oder daß sie sogar den Feudel nehmen, um den Strom der Haushaltsmaschinen zu sparen.

(Abg. Käthe Hoffrage [SPD]: Hört, hört!)

Ich komme hierauf zurück und sage das gleiche: Ich halte es nicht für fair, daß Männer für sich die Humanisierung der Arbeitswelt in Anspruch nehmen wollen und die Humanisierung der Arbeitswelt der Frau zu Haus nicht beachten!

(B)

(Beifall bei SPD und CDU)

Nicht mehr und nicht weniger habe ich dort gesagt, und dazu stehe ich!

Das hat mit dem Tarif II nun gar nichts zu tun, meine Damen und Herren. Es hat vor allem deshalb nichts damit zu tun, weil ich dort als Bremer gesprochen habe. Ich bin noch einen Monat lang Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bremer Stadtwerke AG.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Haben Sie Sorge?)

Nein, ich kandidiere nicht wieder für diesen Aufsichtsrat!

(Abg. Ostendorff [FDP]: Sieh an!)

Ich habe in den letzten zwei Jahren, meine Damen und Herren, in einer langen Diskussion mit dem Aufsichtsrat der Stadtwerke erreicht, daß wir den bremischen Kunden eine Auswahl zwischen dem Tarif I und dem Tarif II anbieten. Weil aber der einzelne Verbraucher gar nicht erkennen kann, was wirklich für ihn besser, günstiger oder ungünstiger ist, wird am Ende des Jahres von Amts wegen festgestellt, welcher der günstigere Tarif ist, und der wird abgerechnet. Das bedeutet in diesem Fall einen verbraucherfreundlichen, nicht verbraucherfördernden Tarif, aber einen auf den Verbraucher bezoge-

nen Tarif, damit der einzelne, der es nicht abwägen kann, nicht zusätzlich zahlen muß. (C)

(Beifall bei der SPD — Abg. v. Hassel [SPD]: Die Schwesterstadt macht es auch so, Herr Bürgermeister!)

Ob ich hier einen Tarif verändere oder nicht, ändert an der Grundlage der Stadtwerke gar nichts.

Das, was im Antrag der FDP angesprochen worden ist, ist die Grundposition der Bundesregierung, die sich nicht auf die Bestabrechnungswerte richtet, sondern die mit dem zweiten Tarif besonders energieverbrauchende Maßnahmen fördern möchte. Dagegen bin ich auch! Deswegen konnte ich auf der AREG dazu gar nicht Stellung nehmen, weil die bremische Situation eine andere ist. Das nur zur Aufklärung!

Im übrigen darf ich mich bedanken, daß es mir gelungen ist, das ganze Haus einmal einig hinter mir zu haben. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Sixt.

**Abg. Sixt (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde nicht mehr, wie ich ursprünglich beabsichtigte, mein Referat von vorhin zu Ende bringen. Ich denke, daß das, was ich gesagt habe, ausreichend ist für das Thema und die Zusammenfassung nicht erforderlich ist. Ich möchte nur noch zu den drei Anträgen, zum Verfahren und zu den Punkten, die wir annehmen können oder nicht, etwas sagen. (D)

In der geänderten Fassung können wir den CDU-Antrag bis auf Punkt 7 annehmen. Wir freuen uns, das darf ich generell sagen, daß die CDU und die FDP in Bremen in teils wörtlichem Nachempfinden unseres Antrags in der Frage der Energieeinsparung mit uns einig gehen.

(Zuruf des Abg. Ostendorff [FDP])

Ja, Sie haben ihn zum Teil wörtlich übernommen. Das finde ich auch gut so!

(Abg. v. Hassel [SPD]: Das ist eine ganz ungetrübte Freude, Herr Kollege Ostendorff!)

Zu Punkt 7 des CDU-Antrages! Wir können die Ablehnung in Punkt 7 nicht mitmachen. Sie widerspricht unserem Punkt 5. Das ist ja völlig klar!

Wann die Bundesregierung zusammen mit den Ländern zur Änderung des Tarifgefüges kommt, können wir nicht kurz-, mittel- oder langfristig festlegen, wir hoffen bald. Wenn Sie langfristig verbraucherfördernde Elemente in der Tarifstruktur beiseite wissen wollen, warum lehnen Sie es dann ab, frage ich Sie, wenn es schon kürzerfristig möglich wird? Ihrer Begründung einer großen finanziellen Belastung für den Verbraucher widersprechen Sie ja selbst im nächsten Satz, in dem Sie sagen, daß

- (A) Sie da kaum Energie einsparen, also auch keine großen Kostensprünge erwarten.

Wir könnten Ihrem Punkt 7 zustimmen, wenn er wie folgt lauten würde: „Die Tarifgestaltung muß an die Entwicklung und Einführung energiesparender Haushaltsgeräte angepaßt werden, um verbrauchs-fördernde Elemente zu beseitigen. Dadurch allein darf keine finanzielle Belastung der privaten Verbraucher entstehen. Eine entscheidende Energieeinsparung ist nicht zu erwarten. Haushaltsgeräte sind im Hinblick auf ihren Energieverbrauch auszuzeichnen.“

Der Fassung könnten wir zustimmen. Der vorliegenden Fassung stimmen wir nicht zu und könnten dann auch möglicherweise wegen dieses einen Punktes den Gesamtantrag nicht annehmen, denn nach der Einzelabstimmung kommt ja dann auch noch die Gesamtabstimmung. Das müssen wir dann sehen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das ist ein Widerspruch in sich!)

Nein, das ist kein Widerspruch. Deshalb formulierte ich extra, wie wir Ihren Punkt 7 annehmen könnten. Im übrigen habe ich gesagt, wir könnten ihn annehmen. Das ist nun einmal der Verfahrensgang, wenn ein Antrag insgesamt zur Abstimmung gestellt wird. Den einzelnen Punkten können wir zustimmen. Das liegt daran, was Sie vorschlagen.

- (B) (Abg. Dr. Sieling [CDU]: Der Verfahrensgang ist ein Widerspruch in sich!)

Zum FDP-Antrag! Wir können diesen Antrag voll akzeptieren, und ich darf noch sagen, Herr Ostendorff, daß das, was die FDP in ihren Kieler Beschlüssen gefaßt hat, für mich ausgezeichnet ist, was ich darüber gelesen habe. Ich muß nur sagen, daß Sie zum Teil in dem, was Sie vorgetragen haben, zwar nicht dahinter zurückgeblieben sind, aber es etwas sehr auf die lange Bank geschoben haben. In diesen Kieler Beschlüssen steht, daß bestimmte Sachen überfällig seien, und Sie haben vom Fünfzigjahreszeitraum geredet. Es ist zwar richtig, daß wir Aufgaben haben, die langfristig sein werden, wir müssen aber genauso energisch an dies kurzfristig Mögliche herangehen.

Ich habe nur ein Bedenken bei Ihrem Antrag, das ist die Klammer bei Ihrem Punkt 3. Wenn sie wegfallen könnte, können wir voll zustimmen, denn wir wollen der Bundesregierung hier gern folgen und es nicht allein auf die Abschaffung einschränken, sondern das könnte auch Veränderungen des Tarifgefüges bedeuten.

Zu unserem eigenen Antrag noch folgendes: Wir möchten gern — das hat Herr Hockemeyer schon vorweggenommen, ich bin ja dann auch nicht mehr dazu gekommen — in unserem Antrag in Punkt 4 — Herr Präsident, damit er nicht neu geschrieben werden muß, möchte ich das jetzt so vortragen — hinter dem Wort „Raumheizungen“ die Einschrän-

kung machen „durch Energieversorgungsunternehmen“.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ist das der Antrag Drucksache 9/755?

Abg. Sixt (SPD): Nein, das ist der älteste, Drucksache 9/737. Da käme in Punkt 4 hinter „Raumheizungen“ die Einschränkung „durch Energieversorgungsunternehmen“. Das dient der Klarstellung, weil wir natürlich den Gewerbebetrieben hier keine Vorschriften machen und keine gesetzlichen Regelungen dafür einführen können. Wir hatten das auch so gemeint. Ich bin insofern für den Hinweis, Herr Hockemeyer, dankbar.

Zu dem übrigen, was Sie an unserem Antrag kritisieren haben, meine ich, wenn Sie das, was ich dazu ausgeführt habe, noch einmal aufmerksam durchlesen, werden Sie sehen, daß vieles von dem, was Sie meinten, kritisieren zu müssen, in Wirklichkeit bei uns vorhanden ist und daß das vielleicht nicht ganz zu Ende gedacht war, was Sie da an Kritik gebracht haben.

Beim „Sicherstellen“ zum Beispiel in Punkt 2 ist ganz klar, daß ich von einem Stufenprogramm geredet habe, so daß das nicht von heute auf morgen insgesamt eintritt.

Wir haben auch nie von flächendeckenden Fernwärmenetzen geredet, sondern wir haben ganz klar unterschieden, daß da, wo lockere Bebauung ist, Fernwärme ungeeignet ist. Die Kosten würden viel zu hoch. Es kann sich nur um die Verdichtungsgebiete handeln, und ähnliche Punkte mehr.

Ich will jetzt nicht diese einzelnen kleinen Anmerkungen alle noch einmal durchgehen. Ich möchte Sie bitten, auch bei uns diesem Punkt 5 zuzustimmen und Ihren Punkt 7 mit den beiden Zeitangaben so zu verändern, daß wir Ihren Antrag annehmen können.

Herr Ostendorff wollte ich noch bitten, bei unserem Punkt 6, bei dem Sie auch Bedenken hatten, doch zu überlegen, daß die Energiesparbeauftragten von uns nicht gemeint sind als Aufblähung der Verwaltung, sondern daß wir eingeschränkt haben auf die bauenden Ämter. Wir meinen damit besonders das Hochbauamt und das Wirtschaftsressort. Dort würden diese Energiesparbeauftragten sicher ein Vielfaches dessen, was sie vielleicht kosten können, hereinbringen, wenn diese Einsparungen möglich werden, wie die Bauverwaltung sie auch selbst aufgezeigt hat. Insofern bitte ich, hier einmal vom Prinzip abzuweichen und nicht einfach zu sagen, wir sind generell gegen Ausweitung! Da muß man auch einmal Ausnahmen zulassen können. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Sixt, ich habe eine Frage. Haben Sie beantragt, über den Antrag der CDU abschnittsweise abstimmen zu lassen?

(C)

(D)

(A) **Abg. Sixt (SPD):** Ja, Herr Präsident, ich möchte zur Verfahrensschnelligkeit vorschlagen, daß man nicht jeden einzelnen Punkt bei dem CDU-Antrag abstimmen sollte, sondern Punkt 1 bis 6, Punkt 7 für sich und dann wieder 8 bis 10, so daß wir bei dem CDU-Antrag drei Abstimmungen durchzuführen hätten.

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat der Abgeordnete Ostendorff.

**Abg. Ostendorff (FDP):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich hatte Sie schon vorher auf den Schrecken hingewiesen, daß ich noch einmal sprechen werde und mich in dieser Abteilung auf die einzelnen Anträge beziehe.

Ich möchte eines aber vorweg sagen! Allein die eben gehörten Ausführungen des Kollegen Sixt bestärken mich eigentlich in der Überlegung, daß wir gut beraten wären, alle Anträge der Deputation oder den Deputationen zu überweisen, um diese Dinge textlich abzuklären. Es wird wahnsinnig schwierig sein, in der Abstimmung nachher, auch wenn wir abschnittsweise abstimmen, zu einem Konsens zu kommen, ohne Gefahr zu laufen, daß einem nachher bei Gelegenheit gesagt wird, ja, du warst aber für den Energiebeauftragten, und jetzt redest du dagegen.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

(B) Ich möchte, wohl wissend, daß ich damit allein bleiben werde, Herr Präsident, formell den Antrag stellen, alle Anträge an die Deputation für Wirtschaft zu überweisen und dann wieder vorzulegen. Sollte allerdings dieser Antrag abgelehnt werden, dann bitte ich, die einzelnen Anträge abschnittsweise oder zumindest einzelne Punkte zur Abstimmung zu stellen.

Ich komme hierbei noch auf eines zurück. Die Arbeit der Deputationen hat, so meine ich, uns allen bisher immer sehr genützt. Ich würde es bedauern, wenn bei diesem Komplex, der nun wirklich ein Jahrzehntprogramm ist, dieser Weg nicht auch eingehalten würde.

Dazu gleich eines, Herr Kollege Sixt! Ich bedauere auch, daß manche Entwicklungen 50 Jahre dauern werden, aber mit der Erkenntnis, daß zum Beispiel in Fragen der Solarenergie und der Fotosynthese diese Zeit einfach gebraucht wird, und wenn ich noch weiter gehe und an Wasserstoff denke, ist es sehr unwahrscheinlich, daß vor diesem Zeitraum brauchbare Ergebnisse, die sich prozentual niederschlagen, gefunden werden. Fachleute rechnen, daß in zehn, fünfzehn Jahren mit Solarenergie vielleicht — vielleicht! — fünf Prozent des Energiebedarfs gedeckt werden können. Es ist nicht Meinung der FDP, daß es so lange dauern soll, sondern das sind leider die Fakten. Ob wir sie lieben oder nicht, wir müssen sie zur Kenntnis nehmen.

Bevor ich nun die einzelnen Anträge kurz und klein rede, will ich sagen: Ich habe in meinen Aus-

führungen über Solaranlagen und Wärmepumpen kaum etwas gesagt, ich begrüße es aber, daß Bremen ein Objekt hat, das vom Martinshof und den Stadtwerken gemeinsam durchgeführt wird und das man vielleicht als Pilotprojekt bezeichnen könnte. Ich wäre dankbar, wenn die Fraktionen des Hauses darüber etwas hören würden.

Nun hat der hochverehrte, nicht anwesende Herr Bürgermeister Koschnick hier nach der Mittagspause erklärt, daß er ab Mitte des Jahres nicht mehr Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stadtwerke sein wird. Auch das könnte ja den anderen Fraktionen irgendwann einmal mitgeteilt werden. Wissen Sie, was da so passiert bei den Stadtwerken, passiert mir zu sehr in SPD-Kreisen!

(Beifall bei FDP und CDU — Abg. v. Hassel [SPD]: Noch öffentlicher kann er es doch nicht sagen als hier! — Glocke)

**Vizepräsident Ehlers:** Herr Abgeordneter Ostendorff, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage entgegenzunehmen?

**Abg. Ostendorff (FDP):** Ja, wieviel Minuten habe ich denn nun eigentlich, zehn?

**Vizepräsident Ehlers:** Nein, nach der Geschäftsordnung wieder 30 Minuten!

**Abg. Ostendorff (FDP):** Dann jede Menge, Herr Kähler!

**Vizepräsident Ehlers:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Kähler!

**Abg. Kähler (SPD):** Herr Kollege Ostendorff, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß es die ureigenste Entscheidung des Herrn Bürgermeister Koschnick ist, ob er Mitglied eines Aufsichtsrates sein will oder nicht?

**Abg. Ostendorff (FDP):** Herr Kollege Kähler, Sie treffen hier wie immer mitten ins Schwarze. Der Meinung bin ich auch, nur hätte er es uns auch schon einmal ein bißchen früher erzählen können.

(Abg. Kähler [SPD]: Wenn er sich entschieden hat!)

Wenn er sich jetzt erst entschieden hat, dann allerdings bin ich mit Ihnen voll einer Meinung. Aber zählen Sie einmal die Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke nach dem Parteibuch ab, und dann sagen Sie mir, wie viele nicht der SPD angehören!

(Beifall bei FDP und CDU — Zurufe von der SPD)

Das war nur eine Frage! Das ist doch erlaubt!

Meine Damen und Herren, ich habe nicht gesprochen über die Einsparungsmöglichkeiten auf dem Verkehrssektor. Ich habe nicht gesprochen —.

(Unruhe)

(A) Herr Präsident, können wir noch feststellen, wer hier redet, oder ist das nicht möglich?

**Vizepräsident Ehlers:** Es ist schon wieder ruhig!

Abg. **Ostendorff** (FDP): Ich habe nicht ausführlich gesprochen über die Fernwärme und über die Nutzung der Abwärme. Immerhin haben wir rund 17 500 Wohnungen in Bremen, die mit Abwärme geheizt werden, und weitere rund 30 000 Wohnungen, die mit Fernwärme geheizt werden. Das vom Kollegen Sixt gebrachte Beispiel zieht nicht. Die Struktur Mannheims ist eine ganz andere als die Struktur Bremens. Bremen ist nun einmal 42 Kilometer lang und hat in Fernheizungspunkten wesentlich größere Schwierigkeiten zu überwinden als eine nahezu kreisförmig geschlossene Stadt.

Ich habe nicht gesprochen über die thermischen Windkraftwerke. Ich habe auch nicht gesprochen über Gezeitenanlagen. Ich wollte das nur der Vollständigkeit halber hier erwähnen, um denen, die sich nicht so mit diesen Fragen beschäftigt haben, klarzumachen, wie weit der Fächer ist. Aber erwarten Sie nicht zu viel!

(Glocke)

**Vizepräsident Ehlers:** Herr Abgeordneter Ostendorff, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Ostendorff** (FDP): Ich bin bereit!

(B) **Vizepräsident Ehlers:** Bitte, Herr Abgeordneter Sixt!

Abg. **Sixt** (SPD): Herr Ostendorff, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß Mannheim ein Längennetz von 180 Kilometern hat, das Ludwigshafen und Heidelberg umfaßt und Käfertal und so weiter und die ganzen Industriegebiete von Mannheim, daß es durchaus in vergleichbarer Größe, ja viel größer ist!

Abg. **Ostendorff** (FDP): Ich lerne gern dazu; ich nehme das zur Kenntnis!

Ich habe nicht gesprochen über Gezeitenanlagen. Nur eines! Eine wirklich einigermaßen brauchbare Gezeitenanlage setzt einen Tidenhub von fünf Metern voraus. Das ist ein Tidenhub, den wir nur an ganz wenigen Stellen der Erde haben, so daß wir von Gezeitenkraftwerken nicht in nennenswertem Umfang sprechen können.

Auch die Windkraft ist in Einzelfällen nutzbar, aber so viele Windmühlen kann man gar nicht aufstellen, wie man brauchte, um auch nur zwei, drei Prozent des Energiebedarfs dadurch zu decken.

Ich habe über diese Dinge nicht gesprochen. Ich habe sie aber nicht vergessen, und ich hoffe, daß wir uns darüber in den Deputationen noch unterhalten werden.

Ich möchte ausdrücklich sagen, ich habe diese Problemkreise nur zunächst zurückgestellt. Über einiges allerdings stolpern wir immerhin noch bei den Anträgen, die ich — dem guten Beispiel meiner Vorredner folgend — in aller Eile noch einmal kurz

durchgehen will, um Ihnen die Stellungnahme der FDP dazu zu sagen. Ich darf hierbei nach der Anciennität der Anträge gehen oder, wenn Sie das lieber wollen, in der Reihenfolge der Kirchenlichter, SPD, CDU, FDP.

Der SPD-Antrag findet per saldo die Zustimmung der Liberalen dieses Hauses.

(Zuruf von der SPD: Großzügig!)

Ja, wenn Sie das für großzügig halten! Ich halte es für vernünftig, und vernünftigen Dingen stimme ich zu! Das hat nichts mit Großzügigkeit zu tun.

(Abg. v. **Hassel** [SPD]: Manchmal ist das das gleiche!)

Der Ziffer 1 können wir so zustimmen. Nur noch eine kleine Bemerkung, Herr Kollege Sixt! Sie sagten in Ihrer charmanten Art, Sie freuten sich, daß SPD und FDP teilweise von Ihnen abgeschrieben hätten.

(Abg. **Sixt** [SPD]: CDU, nicht SPD!)

Ich darf vielleicht noch das Kompliment zurückgeben. Sie haben zum großen Teil abgeschrieben vom Bundesministerium für Wirtschaft aus dem Energieprogramm. Dahin ist unser Weg auch recht kurz. Also auch mein Dank an Sie, daß Sie von unserem Bundeswirtschaftsminister abgeschrieben haben! Nun sind wir quitt!

Zu Ziffer 2: Die Nutzung der Abwärme ist wünschenswert und muß untersucht werden. Ich warne aber vor allzu großen Hoffnungen.

Ausbau des lokalen Fernwärmenetzes, habe ich mir erlaubt zu sagen, ich wurde widerlegt, ich werde mir allerdings erlauben, mich darüber noch genauer ins Bild zu setzen.

Ziffer 4 ist von Ihnen bereits berichtet. Es ist für die Liberalen dieses Hauses völlig undenkbar, daß eine Werbung an sich verboten wird, denn wenn einer ein schönes Bügeleisen konstruiert, soll er gefälligst dafür auch werben können. Aber durch Ihren Einschub, daß die Werbung durch Energieversorgungswerke eingestellt wird, können wir mit Ihnen konform gehen.

Ziffer 5 deckt sich mit uns, wird von uns auch anerkannt.

Ziffer 6 möchte ich, um allen falschen Auslegungen entgegenzutreten, für die Freien Demokraten ablehnen. Wir nehmen Ihnen zwar Ihre eben gegebene Erklärung voll ab, andererseits bitte ich um Verständnis. Ein Antrag kann ja nicht mit allen Erklärungen angenommen werden, sondern nur im Text, wie er hier steht. Da sind wir allerdings der Meinung, daß ein Energiesparbeauftragter nicht nötig ist. Wie hielten es für besser, wenn in konkreten Fällen ein Sachverständiger beauftragt würde, eine Expertise zu erstellen, und wenn die Verwaltung nach dieser Expertise ihre Entscheidungen trafe.

Wir haben gerade diesen Punkt mit unserem Fachausschuß besprochen. Ich bekenne ganz offen, daß in

(C)

(D)

(A) diesem parteiinternen Fachausschuß Leute sitzen, die von dieser speziellen Sache mehr verstehen als ich, und daß ich mich deren Ratschlags gern versichere. Wir sind da der Meinung, daß wir doch diesen Weg von Ihnen mit dem Energiesparbeauftragten nicht mitgehen wollen.

Die beiden restlichen Punkte sind für die Freien Demokraten anzunehmen.

Der Antrag der CDU — —.

(Glocke)

**Vizepräsident Ehlers:** Herr Abgeordneter Ostendorff, bevor Sie sich mit dem Antrag der CDU beschäftigen, darf ich fragen, ob Sie bereit sind, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen!

**Abg. Ostendorff (FDP):** Ich habe die doch noch gar nicht beschimpft! — Ja, gern!

**Vizepräsident Ehlers:** Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Sieling!

**Abg. Dr. Sieling (CDU):** Herr Ostendorff, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß zu Punkt 4 die Bürgerschaft ihre Kompetenzen überschreiten würde, wenn sie beschließen würde, daß Energieversorgungswerke die Werbung für Raumheizungen einstellen sollten? Sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß die Formulierung, die wir gewählt haben: „Die Vertreter des Senats, die dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Bremen angehören, mögen dahin wirken, daß das geschehe“, richtiger ist?

(B)

**Abg. Ostendorff (FDP):** Herr Kollege Dr. Sieling, Sie sind mir zuvorgekommen. Ich wäre auf Ihren Antrag noch eingegangen. Ich stimme Ihnen zu, daß Ihre Formulierung besser ist, und wir würden es begrüßen, wenn diese Änderung durchkäme. Andererseits halten wir die jetzt vom Kollegen Sixt geänderte Fassung auch für noch ausreichend, wenn das eine Zensur ist. Ihre ist besser, die Sixt-Fassung ginge für uns aber auch noch. Ich glaube, ich habe das jetzt richtig dargestellt.

Nun kommt der Antrag der CDU! Die Änderung des Wortes ist begründet worden. Ziffer 1 — klar, Ziffer 2 — klar, Ziffer 3 — klar mit gewissen Sorgen, ob dabei viel herauskommen kann, aber man soll es probieren, Ziffer 4 — klar!

Ziffer 7 ist auch fast so ungenügend formuliert wie unser FDP-Antrag. Was soll ich hier anfangen mit der Formulierung: „Die Änderung des bestehenden Tarifgefüges wird zur Zeit abgelehnt.“? Ich komme nachher zu einer kleinen Änderung unseres Antrages. Wir wollen auch nicht morgen den Tarif II gleich abschaffen, sondern sukzessive. Wenn ich Ihr „zur Zeit“ so auslegen könnte, daß Sie mit uns übereinstimmen, daß einmal etwas gemacht werden muß, dann sind wir einverstanden. In dieser Formulierung ginge es nicht.

Ziffer 8 des CDU-Antrages macht uns allerdings erhebliche Kopfschmerzen. Da steht nämlich im Klartext: „Die öffentliche Verwaltung muß mit Einspa-

rungsinvestitionen vorausgehen.“ Meine Damen und Herren, das könnte beinhalten, daß Sie sämtliche größeren Flächen der öffentlichen Gebäude Bremens mit Solarzellen bestücken wollen. Das könnte es bedeuten, und der Investitionsaufwand wäre überhaupt nicht abzusehen!

(C)

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das wäre doch nicht beispielgebend!)

Ob das beispielgebend ist, was die Bauverwaltung hinstellt, darin bin ich mir sowieso im Zweifel, Herr Kollege Dr. Sieling!

Hier ist aber auch wieder ein Punkt, weshalb ich eine Überweisung an die Deputation für gut befunden hätte. Es ist zu kurz, zu vielsagend oder zu nichtssagend. Die Meinung meiner Fraktion liegt allerdings Ihren Intentionen näher. Der größere Teil wird Ihnen zustimmen. Ich persönlich kann Ihnen nicht zustimmen, weil mir die Formulierung zu wenig konkret ist.

Ziffer 10 — in Ordnung! Nun bin ich natürlich versucht, den Antrag der FDP noch im einzelnen zu begründen, aber ich kann Ihnen die überraschende Mitteilung machen, die FDP-Fraktion wird allen Punkten dieses Antrags zustimmen.

Eine Änderung bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen: In Ziffer 3 wird zur Vermeidung jedes Mißverständnisses die Klammer ersatzlos gestrichen. Die Ziffer 3 heißt dann nur noch: „Beseitigung des bisherigen verbrauchsanregenden Tarifgefüges“. Hiermit glauben wir, auch unseren Beitrag dazu geleistet zu haben, daß dieses Haus weitgehend übereinstimmend in dieser uns für viele Jahrzehnte bewegenden Frage die Grundlagen legen kann für das, was das Land Bremen seinerseits auf diesem so lebenswichtigen Gebiet tun kann.

(D)

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Wir wissen, daß die Hauptentscheidung in der Kompetenz der Bundesregierung liegt und liegen muß. Wir wollen aber als Land, wenn wir auch das kleinste sind, soweit wir können, Beispiele geben, Pilotstudien liefern und erreichen, daß auch unsere Kinder und Enkel von uns sagen können, so ganz dumm waren sie nicht, sie haben auch, trotz aller Tagespolitik, an die Zukunft gedacht.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Hassel.

**Abg. v. Hassel (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte nur eine kurze Bemerkung machen zu Ihrem Wunsch, Herr Kollege Ostendorff, das Ganze nun noch einmal an die Deputation zu überweisen. Das können wir nicht mitmachen.

Es gibt zwei Gründe: Erstens gibt es diese Anträge, mindestens von unserer Seite, nun seit Monaten in unserem gemeinsamen Beratungsvorgang,

(A) sie sind bekannt, und zum anderen halte ich eigentlich den Verlauf der heutigen Diskussion für ein ganz gutes Beispiel dafür, wie ein Parlament von verschiedenen Positionen her miteinander über Diskussion zu gemeinsamen Ergebnissen kommen kann. Gerade darum finde ich es angebracht, daß wir die Beratung zu Ende bringen, wo sie hingehört. Das war ein gutes Beispiel!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Hockemeyer.

Abg. **Hockemeyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir haben die Anregung des Kollegen Sixt aufgenommen, die CDU-Fraktion ist flexibel. Wir haben uns mit dem Inhalt, wie er hier von Herrn Sixt vorgeschlagen wurde, auseinandergesetzt. Wir können diesem Vorschlag wie folgt entsprechen:

„Die Tarifgestaltung muß an die Entwicklung und Einführung energiesparender Hausgeräte angepaßt werden, um verbrauchsfördernde Elemente zu beseitigen. Dadurch allein darf keine weitere finanzielle Belastung der privaten Verbraucher entstehen. Eine entscheidende Energieeinsparung ist daraus gegenwärtig nicht zu erwarten. Haushaltsgeräte sind im Hinblick auf ihren Energieverbrauch auszuzeichnen.“

(B) Das wäre der Vorschlag zu Ziffer 7 des CDU-Antrags. Ich freue mich, daß wir eben auch in diesem Punkt, Herr Sixt, Übereinstimmung erzielt haben, und ich darf dann auch davon ausgehen, daß wir möglicherweise gar nicht in die abschnittsweise Abstimmung eintreten müssen.

Ganz kurz noch, Herr Ostendorff, zu Ihren Bedenken! Ich nehme an, daß mit dieser Formulierung auch Sie unserer Ziffer 7 zustimmen können.

Ein Hinweis noch zu der Ziffer 8! Wir haben unsere gesamte Position zur Energie, Herr Ostendorff, darauf ausgerichtet, und das war auch der Eingang meines heutigen Beitrags, daß die Wirtschaftlichkeit, soweit sie überhaupt festzustellen ist, Voraussetzung ist, denn bei einer Situation der leeren Kassen können wir uns als Parlament, aber auch die Verwaltung, nicht auf spektakuläre, ungesicherte oder ungesicherte Investitionen ausrichten.

Insoweit gehen wir davon aus, daß nach dieser Ziffer 8 auch die Verwaltung gehalten ist, solche Demonstrativvorhaben, wie wir sie schon haben — das wurde ja schon ausgeführt —, unter dem Gesichtspunkt einer langfristigen Einsparung zu sehen, selbst wenn sie vielleicht für den Augenblick etwas kosten. Unter diesem Gesichtspunkt würde ich es sehr begrüßen, wenn Sie auch unserer Ziffer 8 zustimmen könnten. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Hockemeyer, bitte geben Sie mir die schriftliche Fassung! Es gibt jetzt also eine Neufassung zu Ziffer 7; die

Ziffern 8, 9 und 10 bleiben unverändert. Ist das richtig? (C)

Abg. **Hockemeyer** (CDU): Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Verzichtet die SPD-Fraktion unter diesen Umständen auf abschnittsweise Abstimmung? — Gut!

Dann habe ich hier ferner einen Hinweis, Herr Abgeordneter Hockemeyer, daß Sie in Ihrem ersten Beitrag abschnittsweise Abstimmung beantragt hatten. Entfällt das damit auch?

Abg. **Hockemeyer** (CDU): Für den Antrag der CDU!

**Präsident Dr. Klink:** Und für die anderen Anträge? — Das können Sie mir ja nachher heraufgeben!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tepperwien.

Abg. **Tepperwien** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die heutige Debatte nach Schwerpunktthemen getrennt geführt. Ich will nunmehr den Antrag 9/755 der SPD begründen und mich dabei allerdings verhältnismäßig kurz fassen, aber vielleicht bekommen wir noch ein bißchen Pfeffer in die Debatte.

Meine Damen und Herren, wir führen heute in diesem Haus eine große Energiedebatte, schwerpunktmäßig mit dem Ziel, die Möglichkeiten der Energieeinsparung darzustellen. Davon lassen sich (D) aber gerade beim Problem der Energie die übrigen seit langem in der Diskussion befindlichen Fragen nicht trennen. Hier besteht ein innerer Zusammenhang, und den wollen wir auch in der politischen Zielsetzung — gerade angesichts der vorangegangenen Energieeinsparungsdebatte — durch unseren Antrag zur künftigen Energieversorgung noch einmal deutlich sichtbar machen.

Über die Frage des Energiebedarfs und der Priorität beim Primärenergiebedarf hat es jahrelang Diskussionen gegeben, die noch nicht abgeschlossen sind. Insbesondere ging es dabei um die Frage, ob Kernenergie oder Steinkohle den Vorrang bei der künftigen Energieversorgung haben sollte. In der SPD ist diese Diskussion nach den Beschlüssen des Hamburger Parteitags vom November 1977 weitgehend abgeschlossen, auch wenn noch nicht alle Strategien zur Umsetzung der dort gefaßten Beschlüsse entwickelt worden sind. Klar ist aber, daß Steinkohle den Vorrang bei der Energieversorgung haben und Kernenergie allein zur Deckung des Restbedarfs hinzugezogen werden soll.

Diese Beschlüsse sind inzwischen von der SPD-Fraktionsvorsitzendenkonferenz, die am 24./25. Februar 1978 in Düsseldorf stattgefunden hat, noch einmal nachdrücklich bekräftigt worden. Gleichzeitig wurden erste Wege aufgezeigt, wie der Vorrang der Steinkohle bei der Energieversorgung in die Tat umgesetzt werden kann. Bremen ist im übrigen hierfür ein gutes Beispiel, weil bereits heute in Bremen

(A) ein Drittel deutsche Steinkohle für die Energieversorgung eingesetzt wird, obwohl — das muß hier betont werden — diese erheblich teurer als Importkohle ist. Bremen leistet damit einen ganz wesentlichen solidarischen Beitrag zur Aufrechterhaltung eines lebens- und leistungsfähigen deutschen Steinkohlebergbaus.

Dieses Problem kann jedoch nicht nur dem guten Willen einzelner Elektrizitätsversorgungsunternehmen überlassen bleiben, sondern muß unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten gelöst werden. Das heißt, die deutsche Kohle muß auch konkurrenzfähig in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen angeboten werden können. Das geht vermutlich nicht ohne Frachtkostenausgleich, das heißt nicht ohne Subventionen, schafft und sichert im Gegensatz zur Kernenergie aber viele Arbeitsplätze im Bergbau.

Wir Sozialdemokraten sehen das nicht nur unter Bremer Kirchtürmen, sondern für die Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik überhaupt. Man hat errechnet, daß bei der Erstellung und dem Betrieb eines Kohlekraftwerks beziehungsweise eines Kernkraftwerks in einem Zeitraum von 40 Jahren in einem Fall 4100, im anderen Fall nur 1000 Menschen im Jahr beschäftigt werden, also ein Verhältnis von vier zu eins. Solange weniger Arbeitsplätze sich in unserer Gesellschaft eben nicht zum Beispiel in einer Verkürzung der Arbeitszeit niederschlagen und damit zum Nutzen aller sein könnten, sondern letztlich der Nutzen privatisiert und Menschenschicksale in Form von Arbeitslosigkeit sozialisiert werden, kann das nicht Ziel unserer Politik sein.

(B)

In diesem Zusammenhang wurde daher erneut die Frage nach der Weiterentwicklung der Kernenergie gestellt und so beantwortet, daß die Option für Kernenergie zwar offenbleiben soll, andererseits — dies ist von großer Bedeutung, weil es im Einklang mit dem Hamburger SPD-Parteitagsschluß eine neue Zielrichtung eröffnet — soll die Option, zugunsten der Steinkohle und anderer alternativer Energiequellen künftig auf Kernenergie überhaupt verzichten zu können, geöffnet werden.

Diese neue Zielrichtung, meine Damen und Herren, sollte von uns allen in diesem Hause nachdrücklich unterstützt werden. Sie stellt möglicherweise die einzige Alternative dar, uns den langfristigen, unheilbaren Riß in unserer Bevölkerung zwischen Befürwortern und Gegnern der Kernenergie zu ersparen.

Nun hat zwar Herr Kollege Ostendorff in seinem Beitrag hier darauf hingewiesen — das kann auch nicht bestritten werden —, daß auch die Steinkohle als Primärenergie Umweltschutzprobleme aufwirft. Diese sind jedoch mit den möglichen Gefahren und Risiken der Kernenergie nach Auffassung der SPD nicht vergleichbar, von der volkswirtschaftlichen Bewertung der beiden Energiequellen ganz zu schweigen.

Nun ist es allerdings andererseits eine Tatsache, daß sich die CDU insgesamt unheimlich

(C) schwer in der Energiefrage tut, selbst wenn hier in der Bremischen Bürgerschaft — das muß zugegeben werden — teilweise von ihr Anträge eingebracht worden sind, die auch wir unterstützen konnten. Es kann daher auch kaum erstaunen, wenn Herr Albrecht in Niedersachsen verkündet, daß, trotz der ihm bekannten Probleme der Kernenergie und obwohl er mit Esenshamm inzwischen eigentlich ausreichende Erfahrungen gesammelt haben sollte, er die Stromversorgung in Niedersachsen ganz auf Kernkraft umstellen will.

Gerade weil Herr Albrecht dem Kollegen Neumann so im Genick sitzt, daß er sich dasselbe bei seinem Salto mortale in punkto Esenshamm hier schon einmal fast gebrochen hätte,

(Unruhe bei der CDU)

wollen wir in der Bremischen Bürgerschaft dies einmal offenlegen, für welche grundsätzliche politische Zielrichtung die Bremer CDU in der Energiepolitik nun eigentlich ist. Gerade weil ein Teil der CDU-Prominenz — Stoltenberg und Albrecht voran — immer noch versucht, uns mit dem drohend geschwungenen Knüppel einer Energielücke in den forcierten Ausbau der Kernenergie hineinzutreiben, wollen wir es hier einmal wissen.

(Unruhe bei der CDU)

Ihre Unruhe, meine Damen und Herren von der CDU, zeigt mir immer, daß ich Sie im Kern getroffen habe!

(Beifall bei der SPD)

(D)

Ich sagte schon, ich wollte Ihnen noch einmal ein bißchen Pfeffer geben! Ich merke, Sie haben es verstanden!

Wir hoffen natürlich andererseits auf die Unterstützung der FDP bei diesem Antrag. Daß es insbesondere keinen starren Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch gibt, wie er immer wieder postuliert wurde, kann man letztlich sogar aus einem Artikel der „Wirtschaftswoche“ vom 7. 4. 1978 entnehmen, auf den mein Kollege Sixt heute morgen in der Debatte schon hingewiesen hat, in dem ausgerechnet zwei maßgebliche Vertreter des größten deutschen Energieversorgungsunternehmens, der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, eindeutig mit dieser Ansicht aufgeräumt und erklärt haben, „daß nicht stimmt, was noch vor zwei oder drei Jahren wie ein Naturgesetz verteidigt wurde,“ — ich darf hinzufügen: auch gerade sehr stark von der RWE — „daß nämlich die Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch eine Konstante sei“.

Wie das Gesicht unserer Gesellschaft im Jahr 1990 oder 2000 aussehen wird, meine Damen und Herren, hängt entscheidend davon ab, ob wir in den nächsten Jahren Millionensummen in den Bau von Kernkraftwerken und gigantischen Entsorgungsanlagen mit all ihren Gefahren stecken oder ob wir alternative Möglichkeiten der Energieerzeugung

- (A) durch Kohlekraftwerke, Sonnenkollektoren, Wärmepumpen und so weiter nutzen und damit eine andere Richtung der Energiepolitik langfristig gesehen einschlagen, von den schon genannten Möglichkeiten der Energieeinsparung ganz zu schweigen.

Hier liegt deshalb auch der untrennbare Zusammenhang mit den Problemen der Energieeinsparung, die wir heute in diesem Hause so gründlich und ausführlich diskutiert haben. Wir müssen uns entscheiden, meine Damen und Herren, wohin die Reise gehen soll, denn gleichzeitig in zwei verschiedene Richtungen geht es langfristig schon der ungeheuren Investitionskosten wegen nicht.

Gerade deswegen haben wir Sozialdemokraten diesen Entschließungsantrag eingebracht, um auch insoweit die Alternativen ganz unmißverständlich aufzuzeigen. Er stellt einerseits dar, daß der Steinkohle in der Bundesrepublik ein Vorrang bei der Energieversorgung einzuräumen ist und die Erhaltung eines lebens- und leistungsfähigen Steinkohlebergbaus eine nationale Aufgabe bedeutet, die auch uns in der Bremischen Bürgerschaft betrifft.

Er greift ferner das Problem der gleichmäßigen Verteilung der Standorte von Kraftwerken auf Steinkohlebasis in der Bundesrepublik auf und betont die Gleichrangigkeit von Umweltschutz und Energiesicherung.

Letztlich macht er den Punkt klar, auf den auch nach Auffassung der SPD-Fraktion in diesem Haus die Diskussion über die Kernenergie zurückgeführt werden sollte, nämlich auf das Ziel eines möglichen Verzichts überhaupt. Deswegen bitte ich um Annahme unseres Antrags.

(B)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hüller.

Abg. Gisela Hüller (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Entschließungsantrag, der uns heute morgen von der SPD-Fraktion vorgelegt wurde, will noch einmal deutlich machen, daß die Kernenergie nur als Restenergiebedarfsdeckung gesehen werden soll. Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, darin stimmen die Freien Demokraten mit Ihnen überein.

Ich habe heute versucht, einmal eine Beziehung zwischen dem Antrag, den Sie uns hier heute morgen vorgelegt haben, und dem Energieprogramm der Bundesregierung, das am 14. Dezember 1977 herausgegeben wurde — ungefähr vier Wochen nach den Kieler Beschlüssen des Bundesparteitags der Freien Demokraten —, herzustellen.

Zu Absatz eins Ihres Entschließungsantrags darf ich sagen, daß Sie ihn fast wörtlich im energiepolitischen Programm der Bundesregierung auf Seite 16 wiederfinden. Sie finden ihn wieder im energiepolitischen Programm der Freien Demokraten auf Seite 4. Wir können ihm vollinhaltlich zustimmen.

Sie betonen ausdrücklich noch einmal die Gleichrangigkeit von Umweltschutz und Energiesicherung. Das ist für uns kein Problem, wir haben schon immer dem Umweltschutz große Bedeutung beigemessen, auch unter dem Gesichtspunkt der Energieversorgung. Auch dies ist in den Kieler Thesen deutlich zum Ausdruck gekommen.

Ich darf aus unserem Programm zitieren, und dies soll mir gleichzeitig als Begründung zu Ihrem Antrag dienen: „Unter den heutigen konventionellen Energiearten ist insbesondere der Kohlestrom unter Beachtung fortzuschreibender, dem Stand der Technik entsprechender Umweltauflagen und Anwendung neuester Technologien weiter auszubauen.“ Ich denke, da stimmen Sie mit uns überein. „Dies gilt selbst dann, wenn dafür ergänzende Investitionen zur Steinkohleförderung erforderlich sein sollten oder in gewissem vertretbarem Umfang Kohle über die bisherige Menge hinaus auf dem Weltmarkt bezogen werden müßte. Eine solche Politik dient auch der Diversifizierung der Importrisiken bei Öl und Gas. Alternativenergien sind der Kernenergie selbst dann vorzuziehen, wenn sie im Vergleich zur Kernenergie Mehrkosten verursachen.“

Ich möchte noch etwas zu den Forschungsmitteln sagen, weil ich meine, daß sie auch hier hineingehören, obwohl sie in Ihrem Antrag nicht ausdrücklich zum Ausdruck gekommen sind. Die Freien Demokraten fordern eine Verlagerung der Energieforschungsmittel des Bundes und der Länder dahingehend, daß nach einer angemessenen Umstellungsphase von einigen Jahren nur noch etwa 50 Prozent der Mittel für Kernenergieforschung aufgewendet und die Mittel für die Forschungsbereiche Energieeinsparung, Alternativenergie, Kohletechnologie entsprechend erhöht werden.

Sie sehen, daß im Grunde hier nur das nachvollzogen wird — wir sind sehr dankbar dafür, Herr Tepperwien, daß Sie diesen Antrag noch einmal stellen, so daß wir unsere Aussage dazu auch noch einmal verdeutlichen können —, was die Freien Demokraten auf ihrem Bundesparteitag im November 1977 als ihre politische Zielrichtung veröffentlicht haben. — Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Hockemeyer.

Abg. Hockemeyer (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 9/755 muß von uns differenziert gesehen werden. Wir sind gleich Ihnen allen der Auffassung, daß wir den Steinkohlebergbau und damit die Steinkohle insgesamt fördern und auch als eine vorrangige Energiequelle ansehen müssen. Das ist eine nationale Aufgabe. In diesem Sinne stimmen wir dem Einstieg, das heißt dem Vorspann des SPD-Antrags sowie der Ziffer 1 zu.

(C)

(D)

(A) Zu Ziffer 2 möchte ich folgendes ausführen: Wir können dieser Intention in der vorliegenden Form nicht folgen, weil wir eben meinen — das hat insbesondere ein Gespräch mit leitenden Herren der Saarbergwerke ergeben —, daß die Reviernähe eine ganz entscheidende Frage ist, ob wir aus der Kohle heraus zu günstigen Preisen mit Energie versorgt werden können oder nicht.

Wir haben die großen Bedenken, daß wir speziell in Norddeutschland auf der Kohlebasis langfristig preisliche Nachteile im Bereich der Energie haben werden, die wir bereits heute haben. Wie Sie alle wissen, ist das ein wesentlicher Standortnachteil für unsere Region. Solange dies nicht völlig ausgeklammert, erledigt oder entschieden ist, können wir dieser Formulierung nicht zustimmen.

Zu Ziffer 3: Die Gleichrangigkeit von Umweltschutz und Energiesicherung, Herr Tepperwien, ist ein Selbstgänger, und zwar dergestalt: Wir gehen davon aus, daß die eine Notwendigkeit nicht zu Lasten der anderen entwickelt werden darf. Sowohl Umweltschutz als auch Energiesicherung sind für unser Dasein und für das Dasein unserer Kinder unabdingbare Forderungen und Notwendigkeiten. Insoweit stellt sich für uns diese Frage gar nicht. Sicherlich kann es einmal eine Frage sein, wie man sich entscheidet. Das wird dann von Fall zu Fall zu klären sein, aber generell müssen wir diese beiden Gesichtspunkte Umweltschutz und Energiesicherung als ein Ganzes sehen.

(B)

Nun zum letzten Punkt, und zwar zur Frage der Option Kernenergie! Ich verstehe eigentlich den Wortlaut Ihrer Formulierung nicht, denn wir haben bereits heute die Option, die Möglichkeit zu optieren besteht bereits jetzt. Wenn wir uns die Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung ansehen, ist dort eine ganz klare Aussage zur Energie, das heißt zur Kernenergie gemacht worden. Ich werde mit Genehmigung des Herrn Präsidenten noch aus dem Protokoll der letzten Bundestagsdebatte über Energie zitieren, was der Bundesminister für Forschung und Technologie, Herr Hauff, dazu gesagt hat. Insoweit verstehen wir nicht, was Sie, Herr Tepperwien, mit dieser Formulierung eigentlich beabsichtigen.

Wir werden uns auf keinen Fall über das hinaus, was in dem Programm der Bundesregierung enthalten und was auch die CDU-Position ist, zu irgendeiner Festlegung betreffend den Einsatz oder Nicht-einsatz von Kernenergie hinreißen lassen. Insofern werden wir in der vorliegenden Form diese Formulierung beziehungsweise Ihr Anliegen nicht mitmachen. Entweder ist es von vornherein überflüssig, weil wir Option so verstehen, wie sie heute bereits genutzt wird, oder aber, Herr Tepperwien, mit Ihrem Antrag ist in diesem Bereich etwas anderes gemeint.

Nun noch eines zum Schluß! Ich fand es ausgesprochen unerfreulich, daß Sie hier im wahrsten

Sinne des Wortes Gift verspritzt haben, Herr Tepperwien! (C)

(Beifall bei der CDU — Abg. Werner Fischer [CDU]: Er kann doch gar nicht anders!)

Wenn das nun letztlich eine Profilierung für die Senatsriege sein soll, dann ist das Ihr eigenes Bier. Wohltuend haben sich in der heutigen Debatte die Beiträge aller anderen Kollegen

(Beifall bei der CDU)

— ich möchte hier insbesondere den Kollegen Sixt nennen — ausgezeichnet.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Der Herr Hockemeyer zensiert!)

Das ist auch hier einmal nötig!

Wir werden also, wie schon gesagt, gegen die Ziffer 2 und den letzten Absatz stimmen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tepperwien.

Abg. Tepperwien (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hockemeyer, ich fange mit dem letzten an, was Sie „Gift verspritzen“ genannt haben. Ich glaube, Sie tun mir mit der Senatsriege zuviel Ehre an. Ich meine aber, es muß hier doch einmal klargemacht werden, daß Sie im Bremer Parlament mit einer Zunge reden und Herr Albrecht in Niedersachsen mit einer anderen. Genau das war das Ziel dessen, was ich hier vorgetragen habe. Das ist nicht nur in Bremen und Niedersachsen der Fall, sondern Sie reden in der Energiepolitik ja mit vielen Zungen in der Bundesrepublik. Sie müssen sich einmal überlegen, welche Politik Sie denn nun eigentlich vertreten wollen, und sie nicht nur nach regionalen Gesichtspunkten ausrichten.

(D)

Sie haben gesagt, Herr Hockemeyer, es wäre klar, daß wir die Steinkohle fördern müßten. Auch das, meine ich, müssen Sie Ihrem Kollegen, Herrn Albrecht, unmittelbar an den Grenzen Bremens erzählen,

(Unruhe und Widerspruch bei der CDU)

der nämlich genau sagt, daß er ganz Niedersachsen auf Dauer mit Kernkraft versorgen will.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU)

Sie werden schon wieder unruhig, ich merke das, aber ich werde mich trotzdem nicht davon abhalten lassen, Ihnen das zu sagen!

(Abg. Neumann [CDU]: Sie müssen einmal eine andere Zeitung lesen als die „Bürger-Zeitung“!)

- (A) Sie müssen überhaupt einmal manche Zeitungen lesen, in denen gesagt wird, was Ihre eigenen Kollegen im Nachbarland aussagen! Das wissen Sie hier offenbar gar nicht!

(Beifall bei der SPD)

Was die Reviernähe anbetrifft, auf die Herr Hockemeyer auch eingegangen ist, so darf ich hier vielleicht einmal kurz aus dem Beschluß der SPD-Fraktionsvorsitzenden in Düsseldorf zitieren. Da heißt es unter anderem: „Dabei muß ein System des Frachtkostenausgleichs für revierferne Bundesländer geschaffen werden. Energiepreisverzerrungen und damit verbundene Wettbewerbsnachteile durch Konzentration von Atomkraftwerken in einigen Bundesländern sowie von Steinkohlekraftwerken in anderen Bundesländern müssen verhindert werden. Eine allein an betriebswirtschaftlichen Überlegungen orientierte Energiepolitik führt zu volkswirtschaftlich unvermeidbaren Konsequenzen.“ Das war es, was ich damit meinte.

- (B) Im übrigen, Herr Kollege Hockemeyer, haben Sie offenbar ein schlechtes Gedächtnis. Diese Forderung der Gleichrangigkeit von Umweltschutz und Energiesicherung, meine ich, muß immer wieder aufgestellt werden, denn wenn Sie sich einmal an die Diskussion erinnern, die wir unmittelbar nach der Ölkrise hatten, da ging genau diese Forderung ganz schnell den Berg hinunter, als sich nämlich die Bundesrepublik in einer Krise zu befinden glaubte. Da war von Umweltschutz in der Frage der Energiesicherung überhaupt nicht mehr die Rede, im Gegenteil, es wurde von einigen gefordert: Nun stellt doch endlich einmal die Umweltschutzgesichtspunkte beiseite, und baut endlich kräftig Atomkraftwerke! Das ist es, was wir mit unserer Forderung meinen. Deswegen bin ich der Auffassung, daß man diese Forderung immer wiederholen muß. Sie ist durchaus auch heute noch aktuell. Auch Frau Kollegin Hüller hat darauf hingewiesen.

Was die Option auf den Verzicht anbetrifft, so muß man einfach einmal deutlich machen, daß wir in den vergangenen Jahren ständig nur von der Option auf die Kernenergie gesprochen haben. Daß es auch eine Option geben könnte, auf Kernenergie langfristig zu verzichten, ist an sich eigentlich erst eine Formulierung, die in dieser Form durch den SPD-Bundesparteitag an die Öffentlichkeit gelangt ist. Ich habe das Kieler Programm der FDP nicht gelesen, das gebe ich ehrlich zu, vielleicht haben Sie da etwas Ähnliches gefordert. Wir befinden uns auf jeden Fall, wenn es so sein sollte, auf einer Linie.

Wenn Sie einmal darüber nachdenken, welche Diskussionen wir über die Kernenergie gehabt haben, dann müssen Sie zugeben, daß eine solche Formulierung doch tatsächlich den Weg zu einer Diskussion in der breiten Öffentlichkeit öffnet, nun vielleicht doch auf Kernenergie verzichten zu können, wo doch gerade häufig von Regierungsseite klargestellt worden ist, daß man langfristig die Kernenergie braucht und daß die Option eben darin be-

(C) steht, daß man die Kernenergie braucht. Hier wird zum ersten Mal gesagt, vielleicht braucht man die Kernenergie doch nicht. Deswegen sollten wir die Option, auf sie verzichten zu können, aufrechterhalten. Wir sollten das nicht aus dem Gedächtnis verdrängen, und wir sollten uns insbesondere ständig mit den Alternativen beschäftigen, die zu einem solchen Verzicht führen könnten. Genau deswegen ist unsere Forderung wichtig und halten wir sie natürlich auch aufrecht.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, es sind einige sehr komplizierte Abstimmungen. Ich werde die Abstimmungsvorgänge bei jedem einzelnen Antrag erläutern, so daß Sie mich darauf hinweisen können, wenn ich bei den einzelnen Anträgen etwas vergessen sollte.

Es wurde zunächst von der FDP-Fraktion beantragt, alle Vorlagen an die Deputation für Wirtschaft und Außenhandel zu überweisen.

Wer dieser pauschalen Überweisung von allen Anträgen an die Deputation für Wirtschaft und Außenhandel seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Überweisungsantrag ab.

Wir kommen jetzt zur Entscheidung in der Sache selbst. Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 9/757, zum Antrag der Fraktion der SPD vom 7. 4. 1978, Drucksache 9/737, auf.

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmhaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 9/737. Hier ist die Ziffer 4 vom Antragsteller in folgenden Wortlaut geändert worden: „Die Werbung für elektrische Raumheizungen durch Energieversorgungsunternehmen ist einzustellen.“

Es ist ferner folgende abschnittsweise Abstimmung von der CDU beantragt worden: Ziffern 1

- (A) und 2 in einem Abstimmungsgang, Ziffern 3, 4, 5 und 6 in je einem Abstimmungsgang, Ziffern 7 und 8 in einem Abstimmungsgang.
- Wer den Ziffern 1 und 2 des Antrags Drucksache 9/737 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.
- Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?
- Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 1 und 2 des SPD-Antrags zu.
- (Einstimmig)
- Wer der Ziffer 3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.
- (Dafür SPD und FDP)
- Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?
- (CDU)
- Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 3 ebenfalls zu.
- Wer der geänderten Fassung der Ziffer 4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.
- (Dafür SPD und FDP)
- Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen CDU)
- (B) Stimmenthaltungen?
- Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt auch der Ziffer 4 zu.
- Wer der Ziffer 5 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.
- (Dafür SPD und FDP)
- Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen CDU)
- Stimmenthaltungen?
- Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 5 zu.
- Wer der Ziffer 6 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.
- (Dafür SPD und CDU)
- Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen FDP)
- Stimmenthaltungen?
- Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 6 zu.
- Wer den Ziffern 7 und 8 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.
- Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?
- Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 7 und 8 zu.
- (Einstimmig)
- Nunmehr kommen wir zur Gesamtabstimmung des Antrags.
- (Abg. Neumann [CDU]: Herr Präsident, ich habe die Frage, wo denn das steht, daß noch eine Gesamtabstimmung erfolgen muß!)
- Meine Damen und Herren, wir haben abschnittsweise dem Antrag zugestimmt. Es haben die Fraktionen unterschiedlich abgestimmt, so daß man jetzt nicht weiß, wie insgesamt zu diesem Antrag die Haltung ist.
- Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Neumann.
- Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, glücklicherweise tritt hierbei der Fall nicht ein, den wir schon einmal in ähnlicher Form hatten. Dieser Fall kann beim nächsten Teil gleich kommen, wo — weil ein eigener Antrag durch Mehrheitsbeschluß abgeändert wurde und deshalb grundsätzliche Bedenken beim ursprünglichen Antragsteller verursachte — bei der Gesamtabstimmung dann der eigentliche Antrag von der antragstellenden Fraktion abgelehnt werden müßte.
- Das kann nicht sinnvoll sein. Deswegen haben wir uns im Hinblick auf diese Abstimmung in der Fraktion erneut die Frage nach der Gesamtabstimmung gestellt. Wenn der Herr Präsident in seiner Weisheit das vorschlagen sollte, muß er das ja irgendwo gelesen haben. Wo steht denn dies?
- (D) **Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Neumann, ich gebe zu, daß das eine Frage ist, die nicht ganz geklärt ist. Wir haben uns vor einem halben Jahr darüber unterhalten. Mir geht es nur darum, daß wir eine klare Grundlage bekommen. Wir haben uns einmal darüber verständigt, wenn der Ursprungsantrag bei abschnittsweiser Abstimmung insgesamt angenommen beziehungsweise abgelehnt würde, wäre eine weitere Abstimmung nicht erforderlich. Wenn aber eine Änderung beim Ursprungsantrag eingetreten wäre, dann wäre eine Gesamtabstimmung erforderlich. Das war, glaube ich, das Übereinkommen, das wir damals getroffen haben.
- Zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete von Hassel das Wort.
- Abg. v. Hassel (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß an allen Stellen, an denen durch Abstimmung die Sache geregelt wird, von Anträgen gesprochen wird. Das ist immer das Ganze. Das, was wir vorher gemacht haben, ist im Grunde nur ein Hilfsverfahren, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu Teilen gesondert Stellung zu nehmen. Die eigentlich wirksame Abstimmung ist die über den gesamten Antrag. Die steht noch aus.
- (Unruhe — Glocke)
- Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir haben geschäftsordnungsmäßig vor einem hal-

(A) ben Jahr diesen Vorgang einmal geprüft und sind zu dem Ergebnis gekommen, das ich gerade verkündet habe.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Mehrheitlich?)

Mehrheitlich! Damals war es, glaube ich, umgekehrt. Insofern stelle ich jetzt fest: Durch abschnittsweise zustimmende Abstimmung ist der Gesamtantrag angenommen. Eine Gesamtabstimmung erübrigt sich.

(Beifall bei der CDU)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen jetzt zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 9/750, und zwar mit folgender Neufassung der Ziffer 7:

„Die Tarifgestaltung muß an die Entwicklung und Einführung energieeinsparender Hausgeräte angepaßt werden, um verbrauchsfördernde Elemente zu beseitigen. Dadurch allein darf keine weitere finanzielle Belastung der privaten Verbraucher entstehen. Eine entscheidende Energieeinsparung ist daraus gegenwärtig nicht zu erwarten. Haushaltsgeräte sind im Hinblick auf ihren Energieverbrauch auszuzeichnen.“

Da die CDU diese Ziffer 7 als Neufassung einbringt, entfällt die abschnittsweise Abstimmung.

Ich lasse jetzt über die Drucksachen-Nummer 9/750 in der Neufassung abstimmen.

(B) Wer dem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 9/755. Hier ist vom Abgeordneten Hockemeyer ebenfalls abschnittsweise Abstimmung beantragt worden. Können Sie mir noch einmal sagen, ob wir ziffernweise abstimmen sollen?

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Vorspann plus Ziffer 1, dann 2, dann 3!)

Es ist beantragt worden, Vorspann und Ziffer 1 in einem Abstimmungsgang zusammenzufassen.

Wer dem Vorspann und Ziffer 1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Vorspann und Ziffer 1 des Antrags zu.

(Einstimmig)

Wer der Ziffer 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Ostendorff [FDP] und Abg. v. Schönfeldt [FDP])

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 2 zu. Wer der Ziffer 3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 3 zu.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt über den letzten Satz abstimmen: „Ferner unterstützt die Bremische Bürgerschaft (Landtag) die Auffassung, daß die Option, künftig auf Kernenergie verzichten zu können, geöffnet werden muß.“

Wer diesem Satz seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Satz zu. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen nunmehr zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 9/756. Auch hier ist abschnittsweise Abstimmung beantragt worden, und zwar Ziffer 1 bis 7 in einem Abstimmungsgang und dann Ziffer 8 in einem zweiten Abstimmungsgang.

Zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Ostendorff das Wort.

Abg. Ostendorff (FDP): Herr Präsident, ich darf Sie darauf hinweisen, daß die FDP-Fraktion bei Ziffer 3 die Klammer ersatzlos zu streichen bittet.

Präsident Dr. Klink: Der in Klammern enthaltene Zusatz „Abschaffung des sogenannten Grundtarifs II“ wird gestrichen, so daß die Ziffer 3 jetzt lautet: „Beseitigung des bisherigen verbrauchsanregenden Tarifgefüges“.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ziffern 1 bis 7 mit dem Vorspann des Entschließungsantrags der Fraktion der FDP, Drucksache 9/756.

Wer dem Antrag bis Ziffer 7 einschließlich seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Teil des Antrags zu.

(Einstimmig)

(C)

(D)

- (A) Wer der Ziffer 8 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt auch der Ziffer 8 zu.

Damit ist der FDP-Antrag Drucksache 9/756 insgesamt angenommen.

Meine Damen und Herren, im übrigen nimmt die Bürgerschaft von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksachen-Nummer 9/690, Kenntnis.

**Gesetz zu dem Abkommen zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Freien und Hansestadt Hamburg zur Änderung des Abkommens über die Zuständigkeit des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg in Staatsschutz-Strafsachen**

Mitteilung des Senats vom 13. März 1978  
(Drucksache 9/727)

1. Lesung

- (B) Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Freien und Hansestadt Hamburg zur Änderung des Abkommens über die Zuständigkeit des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg in Staatsschutz-Strafsachen mit der Bitte um Beschlußfassung und gibt dazu die in der Mitteilung enthaltenen Erläuterungen.

Die Deputation für Rechtspflege und Strafvollzug hat dem Entwurf in ihrer Sitzung am 23. Februar 1978 zugestimmt.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zu dem Abkommen zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Freien und Hansestadt Hamburg zur Änderung des Abkommens über die Zuständigkeit des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg in Staatsschutz-Strafsachen in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

**Besondere Ausbildungsgänge für Sonderschüler, Hauptschüler ohne Abschluß und ausländische Jugendliche** (C)

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 25. April 1978  
(Drucksache 9/743)

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 9/743 ist unterschrieben von den Abgeordneten Urban, Neumann und Fraktion der CDU. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen des Programms der Einrichtung zusätzlicher Ausbildungsplätze mit berufsqualifizierendem Abschluß an Berufsfachschulen besondere Ausbildungsgänge im gewerblichen Bereich für Sonderschüler, Hauptschüler ohne Abschluß und ausländische Jugendliche einzurichten.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Urban.

Abg. Urban (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU hat diesem Haus heute einen Antrag vorgelegt, der zum Ziel hat, daß im Rahmen der zusätzlichen Einrichtung von Ausbildungsplätzen mit berufsqualifizierendem Abschluß an Berufsfachschulen besondere Ausbildungsgänge — diese logischerweise im gewerblichen Bereich — für benachteiligte Jugendliche, nämlich für Sonderschüler, für Hauptschüler ohne Abschluß und auch für ausländische Jugendliche, eingerichtet werden. (D)

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

Wir wollen mit diesem Antrag der besonderen Situation begegnen, der sich gerade diese benachteiligten Jugendlichen bei der jetzigen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ausgesetzt sehen.

Auch der Senat ist bei der Situationsbeschreibung erst vor einigen Wochen in einer Vorlage für den Ausschuß berufliche Bildung in der Deputation für Bildung zu folgender Analyse gekommen, die wir unterstreichen können:

Erstens, der Ausbau der Bildungsgänge für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag ist dringlicher geworden, denn — so lassen Sie mich hinzufügen — es sind nicht gerade die Lernbegabtesten, die zur Zeit auf der Straße stehen.

Zweitens, verschärft wird diese Situation in Bremen noch dadurch, daß die mit Hilfe der Bundesanstalt für Arbeit seit einigen Jahren geförderten berufsvorbereitenden Maßnahmen, von denen ja auch wieder gerade die benachteiligten Jugendlichen profitieren, eingeschränkt werden.

Vor etwa sechs Monaten hat der Senat zum Thema ausländische Jugendliche gesagt, daß sie in der Regel in eine Hilfsarbeitertätigkeit, wenn nicht gar in eine Beschäftigungslosigkeit verfallen. Ich

(A) meine, das gilt zum Teil auch für die anderen von mir angesprochenen Gruppen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle gleich einen Satz einfügen! Wenn wir in unserem Antrag von zusätzlichen Ausbildungsstellen an Berufsfachschulen gesprochen haben, dann meinen wir nicht nur solche für männliche Jugendliche, sondern schließen in ganz besonderem Maß die so oft vergessenen weiblichen Jugendlichen mit ein.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf auch davon ausgehen, daß Ihnen die Situation der betroffenen Jugendlichen im großen und ganzen bekannt ist. Sie kennen auch den sozialen Aspekt des Verdrängungswettbewerbs von oben nach unten, denn damit wird heute jeder, der sich mit Fragen der Berufsausbildung befaßt — ganz gleich, in welchem politischen Lager er steht —, immer wieder konfrontiert. Hauptschüler, zum Teil schon Realschüler erhalten keine Lehrstellen mehr, weil ihnen ein Abiturient vorgezogen wird. Das ist ein Prozeß, in dem buchstäblich den letzten die Hunde beißen, und diese letzten sind eben die Sonderschüler, die Lernschwachen und auch die ausländischen Jugendlichen.

Daß sich auch der öffentliche Dienst bei der Vergabe seiner Ausbildungsstellen diesem Verdrängungswettbewerb oder — lassen Sie mich das etwas deutlicher sagen! — diesem Numerus clausus, den Sie auch im Bereich der Berufsbildung antreffen, voll und ganz unterwirft, wird man zwar nicht gern hören, ist aber eine Tatsache. Ich kann Ihnen nur empfehlen, die Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP hinsichtlich der Auszubildenden im öffentlichen Dienst einmal daraufhin durchzulesen.

Auf der Strecke bleiben somit die etwa 20 Prozent der Hauptschüler, die die Schule ohne Abschluß verlassen, das mögen in Bremen jährlich etwa 800 bis 1 000 sein, die Sonderschüler, zusätzlich 400 bis 500 pro Jahr, und die ausländischen Jugendlichen, deren Zahl wegen der Dunkelziffer nicht genau zu fixieren ist, bekannt ist aber, daß nur etwa jeder fünfzehnte bis zwanzigste dieser ausländischen Jugendlichen in Bremen eine Lehrstelle erhält. Nach den letzten Angaben des Herrn Senators für Bildung haben im Land Bremen von den ausländischen Jugendlichen ganze 60 eine Ausbildungsstelle. Die Zahl der jugendlichen Ausländer in Bremen steigt rapide an.

Nun haben wir die Frage zu stellen, welche Folgerungen der Senat und auch wir aus dieser wahrlich bedrückenden Situationsanalyse ziehen. Sicherlich sind freiwillige zehnte Schuljahre, deren inhaltliche Gestaltung unseres Erachtens aber noch verbessert werden muß, Förderlehrgänge zur Erlangung der Berufsreife und ähnliche Maßnahmen notwendig und nützlich.

Nur eines, meine Damen und Herren, habe ich bis heute nicht begriffen: Sind das in jedem Fall wirklich Förderungsmaßnahmen, die speziell auf

das Berufsleben hin orientiert sind, oder sind es nicht auch Maßnahmen, die die Mängel der Vernachlässigung der Hauptschule, die mittlerweile zur Restschule geworden ist, durch den Senat auszugleichen haben? Hier sind wir doch von den Zielvorstellungen der Kultusministerkonferenz, was wir uns unter Hauptschule vorzustellen haben und auch was den Förderunterricht der Benachteiligten angeht, meilenweit entfernt.

Wie ist es eigentlich sonst erklärlich, daß Jugendliche, die sich an außerschulischen Fördermaßnahmen zur Erlangung des Hauptschulabschlusses beteiligen, zu 80 Prozent dabei erfolgreich abschneiden? Warum denn, um Himmels willen, so frage ich, passiert das denn nicht schon in den Hauptschulen selbst?

Es ist aber auch die Frage, ob in der Regel lernbenachteiligte, aber praktisch begabte Jugendliche, die froh sind, wegen mangelnder Erfolgserlebnisse mit der Schule nichts mehr zu tun zu haben, nun wieder in besondere Förderlehrgänge oder in zehnte Schuljahre hineingenommen werden.

Ist es da nicht wesentlich besser, daß sie in fachpraktische, berufsqualifizierende Ausbildungen hineingenommen werden, zum Beispiel an Berufsfachschulen, an deren Ende sie dann einen Beruf und den Hauptschulabschluß haben? Wenn wir uns zur Zeit mit der Errichtung zusätzlicher Ausbildungsstellen — denn nächstes Jahr geht es im gewerblichen Bereich mit etwa 600 Ausbildungsstellen richtig los — mit berufsqualifizierendem Abschluß beschäftigen, dann sollten wir eben auch an die besondere Situation der von mir eben genannten Gruppen denken.

Es sieht danach aus — zumindest habe ich persönlich den Eindruck aus Gesprächen mit Leuten, die etwas davon verstehen und es eigentlich wissen müßten, gewonnen —, daß man bei der Konzeption dieser Ausbildungsstellen an Berufsfachschulen an diese Jugendlichen im besonderen nicht gedacht hat. Das wollen wir mit unserem Antrag ändern. In der vom Senat erlassenen Ordnung für Berufsfachschulen mit berufsqualifizierendem Abschluß im Land Bremen vom 20. März 1978 steht uns eben noch an zu vielen Stellen, daß die Zulassung in der Regel von bestimmten Qualifikationen und hier wiederum vom Hauptschulabschluß abhängig gemacht wird.

Unser Antrag hat zum Ziel, daß die in der Ordnung erlassenen, wenn auch wenigen Ausnahmen, in denen der Hauptschulabschluß nicht vorausgesetzt wird, nicht nur Theorie bleiben, sondern daß eben diese Ausnahmen vollinhaltlich ausgeschöpft werden. Wir sind uns dabei bewußt, daß über das Wie besonderer Ausbildungsgänge benachteiligter Jugendlicher im gewerblichen Bereich nachgedacht werden muß.

Wir meinen zum Beispiel, daß die Unterrichts- und Ausbildungseinheiten aus organisatorischen Gründen im Bereich des Didaktischen oder des

(C)

(D)

(A) Sozialen — denken Sie nur an die besonderen Lernhilfen, die wir den Schwachen zugestehen müssen! — nicht einfach für alle gleichgeschaltet werden dürfen, weil dann, so meine ich wenigstens, das gesamte Stoff- und Lerngefüge in Gefahr geriete.

Wir werden sicherlich darüber nachdenken müssen, ob zum Beispiel die Integration bei der Einrichtung dieser zusätzlichen Ausbildungsgänge einen größeren Stellenwert genießt oder ob zur Erreichung des berufsqualifizierenden Abschlusses, und das ist wohl nach wie vor die Hauptsache, besondere Gruppen zu bilden sind.

Wir müssen für die Nichtbegabten besondere Bildungsgänge einrichten. Ich denke hierbei schon an die vorgesehene Stufenausbildung, wobei ich mir auch darüber im klaren bin, daß gegen die Fixierung auf diesen Bereich eine Reihe von Bedenken geltend gemacht werden können, weil einfach zu befürchten ist, daß einer minder qualifizierten beruflichen Ausbildung auch für junge Menschen, die durchaus — vielleicht als „Spätzünder“ — an anspruchsvolleren Bildungsgängen teilzunehmen haben, wir sehen das hier sehr wohl, Tür und Tor geöffnet werden kann. Aber das ist ja sicherlich auch nicht der Sinn der Stufenausbildung.

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen: Es ist im Interesse der lernbenachteiligten und lernbehinderten Jugendlichen des Schweißes der Edlen wert, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir ihnen einen berufsqualifizierenden Abschluß vermitteln. Wenn wir dies bei der Ausformung der Bildungsgänge im Ausschuß Berufsbildung der Deputation mit dem gleichen Zeitaufwand und der gleichen Intensität angehen, wie wir zum Beispiel in den vergangenen Monaten in der Deputation für Bildung, in den Fachausschüssen und auch fraktionsintern das Schulverwaltungsgesetz behandelt haben, dann sollte uns auch zum Bereich zusätzlicher Ausbildungsstellen für Hauptschüler ohne Abschluß, für Sonderschüler und für ausländische Jugendliche gemeinsam etwas Positives, Durchführbares und Sinnvolles einfallen. Ich bin sicher, meine Damen und Herren, daß dieses Haus unserem Antrag und unserer Intention zustimmen wird!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ehlers:** Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 16.20 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 15.57 Uhr)

\*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.21 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet. Wir fahren in der Beratung des Tagesordnungspunkts 8 fort.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kuhnert.

Abg. **Kuhnert** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, wenn ich im Parlament so tatkräftig arbeitende Abgeordnete sitzen sehe, und hoffe, daß die, die draußen sind, nicht zu den Arbeitslosen zählen. Da wir nun gerade bei dem Problem Ausbildungsplätze sind, ist das sehr zu begrüßen. Ich danke zumindest den Anwesenden, daß sie ihr Interesse dafür und für diesen Punkt bekunden.

(Abg. **Jackisch** [CDU]: Das müssen Sie einmal Ihren Kollegen von der FDP sagen!)

Ich meine alle, ich nehme hier keinen aus!

(Vizepräsident **Ehlers** übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion in diesem Haus wird dem vorliegenden Antrag der CDU ihre Zustimmung geben.

Wie Sie wissen, haben wir mit der Großen Anfrage zu den Sonderschulen im Frühjahr dieses Jahres dringend Lösungen angemahnt. Wir haben schon zu den Haushalten 1977 und 1978 mehr Anstrengungen für die sozial Schwachen gefordert und detaillierte Vorschläge gemacht. Wir hofften, daß der Senat dieses Anliegen der Opposition unterstützt. Das Anliegen ist ja nicht unbegründet, sondern sachlich.

Wir wissen, daß sich nicht alles von heute auf morgen durchführen läßt, aber wir reden schon seit langem über bestimmte Schwerpunkte bei den Gruppen Jugendlicher, die in unserer Gesellschaft durch soziale oder andere Lebensumstände benachteiligt sind. Es ist unsere ganz große Sorge — so wird es in den Debatten immer wieder zum Ausdruck gebracht —, gerade diesen Jugendlichen zu helfen und sie in die Schwerpunktarbeit der Bildung einzubeziehen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen möchte ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit, ohne Ironie und ohne Polemik, die Kritik der Freien Demokraten in diesem Punkt anbringen und gleichzeitig der Deputation für Bildung einige Vorschläge mit auf den Weg geben, denn sie ist es ja, die hier die Weichen stellen muß, damit wir etwas schneller vorankommen, als es bisher der Fall war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beschäftigen uns heute mit den Jugendlichen, denen wir keinen Ausbildungsplatz verschaffen, weil nicht genügend Ausbildungsplätze vorhanden sind.

Ich möchte nicht erleben, daß wir vielleicht in drei Jahren Ausbildungsplätze, gerade im Facharbeiterbereich, zur Verfügung haben, aber nicht genügend qualifizierte Jugendliche, mit denen wir diese Facharbeiterstellen besetzen können. Wer bietet sich eigentlich eher an, meine sehr geehrten Damen und Herren, solche Plätze zu besetzen, als diese jungen Menschen, die vielleicht nicht die geistigen Fähigkeiten besitzen, einen anderen Beruf

(C)

(D)

- (A) auszuüben, aber handwerklich durchaus in der Lage wären, eine ordentliche und vernünftige Arbeit zu leisten und dadurch einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft zu erbringen?

(Beifall bei der FDP)

Wir haben des öfteren, und zwar in sachlicher Kritik, bekannt, daß es zahlreiche, aber unserer Meinung nach zuwenig Maßnahmen oder Kurse für jugendliche Arbeitslose oder Jugendliche ohne Lehrstellen gibt. Manchmal fragt man sich, ob das Kurse zur Beschäftigung arbeitsloser Lehrer oder Kurse für arbeitslose Jugendliche sind. Wer von uns weiß nicht, daß es sich hier um Jugendliche in einer äußerst schwierigen Situation handelt, die persönliche Schwierigkeiten haben und durch ihre Umwelt bedingt da hineingewachsen sind?

Auf jeden Fall brauchen diese jungen Menschen als erste Voraussetzung eines, und zwar besonders erfahrene Pädagogen. Wer mit diesen jungen Menschen umgeht, weiß ganz genau, daß hier Mühe und Geduld sowie ein hohes Wissen an Pädagogik erforderlich sind, um diesen jungen Menschen den Weg leichtzumachen und sie in diese Gesellschaft einzuführen.

- (B) Wir haben ferner immer wieder daran erinnert und gefragt, ob eigentlich immer noch so viele Bildungsgänge für diese Jugendlichen im Sande verlaufen, weil die Jugendlichen aussteigen, wenn sich ein Job oder gar ein Ausbildungsplatz bietet. Trifft es zu, daß gerade diese Schulungsgänge für jugendliche Arbeitslose, Lehrstellenlose sehr bunten Trägern überlassen werden? Das in einem Land, dessen Senat und Regierungspartei am liebsten private Hochschulen verboten hätte, wenn es die Möglichkeit gegeben hätte! Muß immer erst die Opposition den Senat wiederholt mahnen, hier tätig zu werden?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will das nicht übertreiben. Wir können uns hier nicht immer wieder aufs neue mit Mahnungen und Bitten produzieren, um endlich einmal etwas weiterzukommen. Wir erkennen die Ansätze ja an. Wir wissen, daß es 150 Jugendliche am Steffensweg gibt, die ganz vernünftig und auch ganz ordentlich ausgebildet werden. Aber es sind eben zuwenig. Ich habe schon einmal gesagt, vielleicht muß jeder einmal ein liebgewordenes Kind, das er hier im Parlament gern zur Welt bringen möchte, einmal zur Seite stellen und den Schwerpunkt auf dieses Sachgebiet lenken. Sonst werden wir vielleicht in einigen Jahren nicht mehr in der Lage sein, das eine oder das andere noch durchzusetzen, weil wir dann gezwungenermaßen klotzen müssen.

Mein Kollege Urban hat es schon erwähnt, es gibt mit Sicherheit in unserem Haushalt Möglichkeiten, dem Bürger klarzumachen, daß er auf das eine oder andere verzichten muß, daß dafür an die Lösung dieses Problems — mit dem der Bürger insbesondere dann, wenn die Diskussion mit Jugendlichen einmal

- (C) stattfindet, stark konfrontiert wird, so daß er eigentlich erschreckt feststellen muß, wie wenig wir uns gerade um diese Jugendlichen kümmern — herangegangen wird.

(Beifall bei der FDP)

Was ist zu tun? Hier haben wir auch unsere Vorschläge gemacht. Gerade heute morgen in der Fragestunde ist ein ganz wichtiges Kapitel angeschnitten worden, das Problem der Mädchen.

Herr Senator Thape, Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sagen, daß man keinen zwingen könne. Sie können diese jungen Mädchen nicht dazu zwingen, einen handwerklichen Beruf auszuüben. Wir müssen aber auf der anderen Seite um Verständnis bei denjenigen werben, die die Möglichkeit haben, Mädchen in Lehrstellen aufzunehmen.

Ich sage es ganz ohne irgendwelche Hintergründigkeit, alle sind in unserem Staat dazu aufgerufen. Wir können nur durch Aufklärung und Verständnis versuchen, auch gerade jetzt diesen Weg mit den Mädchen zu beschreiten. Wir müssen einfach etwas dazu tun. Wenn ich heute schon an die Frauenarbeitslosigkeit denke, und wir wissen, wie wenig Chancen wir haben, Mädchen in diesem Maß, wie wir es wollen, unterzubringen, sollten wir nicht nur aufklärend wirken, sondern wir sollten wirklich alles tun — auch von Senatsseite aus —, um das stark voranzutreiben.

- (D) Besondere Hilfe für die sozial Schwachen, die von der Arbeitslosigkeit betroffen sind — es sind letztlich diejenigen, die hier angesprochen sind: Sonder-schulabgänger, Hauptschüler und Ausländerkinder —, ist notwendig. Für diese benachteiligten Gruppen ist das Nachholen des Hauptschulabschlusses nicht unbedingt das Hauptziel. Dieser Abschluß könnte sich im Rahmen einer Berufsbildungsmaßnahme zwangsläufig ergeben.

Mittelpunkt aller Bemühungen muß für diese sozial benachteiligten Gruppen die Entwicklung einer Lernfähigkeit sein, abgeleitet und angeregt durch das Erlernen von Arbeit mit Werkstoffen und Maschinen. Wichtig ist das Erlebnis der Zusammenarbeit in Projektgruppen. Wichtig ist das Erlebnis überhaupt, die Fertigstellung von Werkstücken mitzuerleben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer diese jungen Menschen einmal beobachtet hat, der weiß, daß sie eine gewisse Fertigkeit und ein gewisses technisches Gefühl für diese Dinge haben. Es fehlen ihnen einfach die geistigen Voraussetzungen, um irgendwie den Anfang zu finden.

Die Integration ist das, was ihnen fehlt. Hier müssen wir unseren Schwerpunkt auch schon in der Hauptschule auf die manuelle und handwerkliche Tätigkeit legen und vor allen Dingen dann, wenn es in die Berufsschule geht. Hier müssen wir ihnen helfen, den Weg zu finden.

(Beifall bei der FDP)

(A) Aus dieser Heranführung an Lernfähigkeit über Arbeit mit Werkstoffen kann man zwei Ausbildungseinrichtungen verfolgen:

Die erste Ausbildungseinrichtung wäre ein berufsbefähigender Bildungsgang in Stufen, mit Stufenabschlüssen, zum Beispiel als Fachwerker oder als Fachhelfer, deren Abschlüsse tarif- und einstellungsrechtlich relevant sein sollen, einsetzend mit dem Berufsgrundschuljahr, eventuell als Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, fortgesetzt mit einem ersten Lehrjahr mit stark berufsbezogener Arbeit, in dem die Lernfähigkeit ausgebaut wird. Beide Jahre werden an der Allgemeinen Berufsschule abgeleistet, die auf diesem Gebiet gute Erfahrungen besitzt. Nach dem ersten Ausbildungsjahr sollte ein Übergang an berufsqualifizierende Berufsfachschulen und Berufsfachschulgänge möglich sein. Integration ist wichtig, das habe ich schon erwähnt.

Als Auffangbildungsgang an der Allgemeinen Berufsschule sollte das Erlernen von Leichtberufen für die möglich sein, die andere Ausbildungsgänge nicht schaffen. Es müssen Förderkurse an diesen Berufsbildungsgängen für integrierbare Ausländerkinder geschaffen werden, ein Problem, das in den nächsten Jahren in einem ganz starken Maße auf uns zukommt.

Wer weiß, wo Konzentration von ausländischen Arbeitnehmern in unserer Stadt in gewissen Stadtteilen ansteht, der weiß auch, was einmal an Jugendlichen gerade in dieser Richtung auf uns zukommen wird. Das sind nicht diejenigen, die die wenigsten Kinder haben, sondern hier wächst eine Generation heran. Ich weiß, daß das vielleicht ein bißchen peinlich ist, so etwas anzusprechen, aber wir sind verpflichtet, uns auch darum zu kümmern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein ganz wichtiger Punkt!

(Beifall bei der FDP)

Alle diese berufsqualifizierenden Berufsfachschulgänge müssen mit den Kammern abgestimmt und von den Kammern anerkannt sein. Es geht hier nicht um Erstgeburtsrechte staatlicher Schulung und Prüfung. Es geht darum, diese in unserer Gesellschaft benachteiligten Gruppen erstens beruflicher Bildung zuzuführen, zweitens nach der Ausbildung in Arbeitsplätze bei Wirtschaft und im öffentlichen Bereich zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen uns doch einfach mit den Leuten auseinandersetzen und Gutachten und Stellungnahmen der Leute einholen, die einmal diese Jugendlichen einstellen müssen. Wir sind doch auf das Entgegenkommen gerade dieser Kammern angewiesen, die schließlich einen ganz bestimmten und hohen Prozentsatz des Mittelstands vertreten. Hier ist doch die größte Chance, überhaupt noch Jugendliche unterzubringen. In der Industrie ist das nur noch in einem beschränkten Maße möglich, das wissen Sie. Die Lehrlingsplätze, die es einmal gab, sind doch in der

Wirtschaft gerade wegen der Rationalisierung nicht mehr erreichbar. Wir haben uns darüber doch schon oft unterhalten.

Dieser Antrag kann das Startzeichen für eine kompetent geregelte berufsqualifizierende Bildung für diese sozial benachteiligten Gruppen Jugendlicher sein. Wir müssen endlich einmal den Teufelskreis durchbrechen, daß Ungelernte Ungelernte produzieren. Fast alle Jugendlichen sind qualifizierbar, wenn wir uns nur die Mühe geben und ihnen die geeigneten Maßnahmen anbieten. Dann ist es möglich.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen einen Vorschlag machen. Sie wissen, daß das ein Problem ist, welches nicht einfach mit einigen Sätzen und mit einigen Worten aus der Welt zu schaffen ist. Ich bitte im Namen meiner Fraktion, diesen Antrag an die Deputation für Bildung zu überweisen, damit sich die Leute, die eigentlich auch hier die Verantwortung tragen, in aller Ruhe und in aller Sachlichkeit darüber unterhalten können

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

und uns in der nächsten Zeit das Resultat ihrer Beratungen mitteilen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stichweh. (D)

Abg. **Stichweh (SPD)** \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf gleich vorweg sagen, daß die SPD-Fraktion sich dem Überweisungsantrag der FDP anschließen wird.

Der vorliegende Antrag will besondere Ausbildungsgänge für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß, Sonderschulabsolventen und ausländische Jugendliche vorsehen. Er zielt damit auf eine Gruppe, die tatsächlich die schwächste Lobby hat und die Hilfe am nötigsten braucht. Hoffentlich erinnern wir uns beim nächsten Mal, wenn wir wieder darüber diskutieren, ob es einem achtzehnjährigen Gymnasiasten zuzumuten ist, zum Beispiel von Huchting oder Horn in die Innenstadt zu fahren, an den Satz, daß wir endlich einmal den Schwerpunkt auf diejenigen legen, die nicht eine so starke Lobby haben!

(Beifall bei der SPD)

Seit Jahren laufen schon für die Gruppe der Jugendlichen, um die es hier geht, diese Lehrgänge. Es ist sogar eben auch von Oppositionspolitikern hervorgehoben worden, daß diese gemeinsamen Lehrgänge von Arbeiterkammer, Arbeitsamt und Senator für Bildung auch bundesweit anerkannt sind. Nur muß man dazu wissen — das muß bei diesem Antrag mit eingebracht werden —, daß das

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Arbeitsamt angekündigt hat, daß es diese Lehrgänge aus rechtlichen Gründen in Zukunft nicht mehr finanzieren werde. Wir haben diese rechtlichen Gründe nicht zu beurteilen. Es ist eine ganze Menge an dem, was das Arbeitsamt sagt.

Das Problem, vor dem wir hier in Bremen stehen, ist, ob wir diese Lehrgänge einstellen wollen oder nicht. Am 17. März dieses Jahres habe ich für die SPD in der Deputation für Bildung unmißverständlich erklärt, daß die SPD-Fraktion diese erfolgreichen Lehrgänge aufrechterhalten möchte, notfalls sogar zu Lasten anderer Bereiche. Ich wiederhole, um das deutlicher zu machen: Notfalls sogar zu Lasten anderer Schulbereiche!

Die Fortsetzung dieser Lehrgänge für Jugendliche, die noch nicht berufsreif sind, um die geht es hier — das sind in der Regel Abbrecher von Hauptschulen, Absolventen von Sonderschulen —, ist also gesichert. Die Kosten, das darf ich auch schon sagen, werden sich in der Nähe von einer Million DM pro Jahr bewegen. Wir reden also hier nicht über eine Kleinigkeit. Wenn wir sagen, notfalls zu Lasten anderer Schulbereiche, dann wird uns das sicherlich, falls uns das Parlament nicht insgesamt die Mittel zur Verfügung stellt, einiges Kopfzerbrechen bereiten.

(B) Der Antrag der CDU zielt auf die sogenannte berufsqualifizierende Berufsfachschule. Das ist etwas, das jetzt neu entwickelt wird. Das sieht so aus, daß der junge Mensch zunächst ein Berufsgrundbildungsjahr absolviert und dann zwei Jahre die Berufsfachschule besucht, wobei er dort einen gehörigen Praxisanteil bekommt.

Es gibt Leute, die durchaus mit ernst zu nehmenden Argumenten die Ansicht vertreten, daß dieser Abschluß, und zwar ein vollgültiger Berufsabschluß, nachher unter Umständen nicht so anerkannt wird wie der Abschluß aus der dualen Ausbildung, weil sie nicht ganz ohne Grund behaupten, daß diese Ausbildung etwas praxisfern sein könnte. Zumindest besteht diese Gefahr, die sehe ich auch, und daran müssen wir arbeiten.

Wenn wir jetzt, ohne das abzugrenzen, diese qualifizierende Berufsfachschule noch mit diesen jungen Menschen zusätzlich befrachten, dann kann das dazu führen, daß diese Maßnahme, die wir an sich mehr oder weniger alle tragen, noch mehr in Mißkredit kommt. Aus diesem Grunde, meine ich, ist es tatsächlich gut — ich glaube auch, daß da die CDU mitmachen kann —, daß diese ungeklärten Fragen, so auch beispielsweise die Frage der Anerkennung des Berufsabschlusses, in der Deputation für Bildung geklärt werden. Deshalb, wie gesagt, sind wir auch für die Überweisung. Das ist also, wenn ich das noch einmal deutlich machen soll, kein politisches Begräbnis, sondern es ist der Versuch, das möglichst sachbezogen umzusetzen, was hier alle drei Parteien wollen.

An sich wäre ich jetzt fertig. Ich muß aber noch weitere Ausführungen machen, weil mir in den

letzten Tagen diese Broschüre mit dem Titel „Ist Bremens Selbständigkeit gefährdet?“ zugegangen ist. Das ist eine Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU vor dem Landesparteitag der CDU. Dort sagt Herr Neumann — mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich einige Zitate bringen — unter anderem:

(Zuruf des Abg. Neumann [CDU])

Ich stelle den Bezug zur Berufsbildung her, Herr Neumann! Darauf können Sie sich bei mir immer verlassen. Ich stelle Bezüge her!

(Beifall bei der SPD)

„Mit großem Getöse haben Senat, Partei und SPD-Fraktion der Öffentlichkeit einen Haushaltsentwurf für 1978 vorgestellt, den sie selbst als einmaligen Kraftakt bezeichnen.“ Dann kritisiert Herr Neumann diesen ganzen Haushaltsentwurf als überdimensionale Haushaltssteigerung. „Es ist zum Beispiel geplant, über die im Haushaltsentwurf vorgesehenen Planstellen hinaus 250 Stellen im öffentlichen Dienst zu schaffen.“

(Abg. Neumann [CDU]: Lesen Sie einmal weiter!)

Meine Damen und Herren, jetzt frage ich: Ist der Oppositionsführer in der Bremischen Bürgerschaft nicht in der Lage zu erkennen, daß in diesen Stellen die Ausbilder, die Lehrwerkmeister und auch die Berufsschullehrer enthalten sind?

(Abg. Neumann [CDU]: Ja, und?)

Das ist der entscheidende Punkt, an dem Ihre Fraktion jetzt einen Antrag einbringt und sagt, es sei im Rahmen dieser berufsqualifizierenden Lehrgänge auch für diese besonders gefährdete Gruppe der Jugendlichen etwas zu machen. Damit erkennen Sie dieses Vorhaben doch an! Der Senat hat ja gerade ein Programm vorgelegt, das diese Haushaltssteigerung notwendig machte, ein Programm, das vorsieht, 1200 Ausbildungsplätze zu schaffen!

(Unruhe bei SPD und CDU)

Ich will den Dialog zwischen Ihnen beiden nicht stören!

Der Senat hat ein Programm vorgelegt, das insgesamt 1 200 Ausbildungsplätze im berufsqualifizierenden Bereich vorsieht. Für diese Maßnahme beispielsweise brauchen wir weit über hundert Stellen für Ausbilder, Lehrwerkmeister, Berufsschullehrer und dergleichen.

Dann ist es eine polemische Verdrehung, wenn Herr Neumann weiter zu diesen Mehrstellen, um die es hier geht, behauptet: „Deshalb erscheint es auch nicht verwunderlich, daß einer sehr starken Ausweitung der Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst das Wort geredet wird. Nur, meine Damen und Herren, immer mehr öffentlicher Dienst bedeutet mehr Behörden, immer mehr Bürokratisierung,

(A) immer mehr Verordnungen, also immer mehr Staat . . . Das lehnen wir entschieden ab."

(Beifall bei der CDU)

Ich muß ehrlich sagen, nachdem wir bislang so friedlich waren, erstaunt es mich etwas, daß jetzt aus den Reihen der CDU-Fraktion das noch einmal unterstrichen wird. Ich fordere Sie doch wirklich auf, zumindest die Bildungsexperten in der CDU, klarzumachen, daß es bei diesen Mehrstellen nicht darum geht, Verwaltungssitzer zu schaffen, die auf irgendwelchen Stühlen in irgendwelchen Amtsstuben sitzen, sondern daß es darum geht, Stellen zu schaffen, die dafür sorgen, daß unsere Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz von der Straße kommen. Darum geht es hierbei!

(Beifall bei der SPD — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage von Herrn Neumann zu beantworten?

Abg. **Stichweh** (SPD): Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Neumann!

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Kollege Stichweh, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir damals — das geht auch aus dieser Rede hervor — zwar grundsätzlich für die Bewilligung von diesen zusätzlichen Stellen waren, aber daß in diesem Punkt die grundsätzliche Problematik, ob man durch die Ausweitung des öffentlichen Dienstes Arbeitsmarktpolitik in großem Umfang machen kann, behandelt worden ist? Bei dieser Kritik ging es nicht um die Frage der Stellen, sondern um die allgemeine Diskussion! Ich erinnere Sie an die Haushaltsberatungen, in denen wir, wissend, um welche Stellen es sich handelte, dies mitgemacht haben! Ich wollte das noch einmal zur Klarstellung sagen!

Abg. **Stichweh** (SPD): Herr Neumann, wenn Sie das alles gewußt haben — und Sie haben eben durch Ihre Zwischenfrage demonstriert, daß Sie es gewußt haben und daß Sie es wissen, und das freut mich —, dann halte ich es eben für eine polemische Profilierungssucht, daß Sie den Landesparteitag Ihrer eigenen Partei so schlecht informieren und nur von Demokratisierung reden.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist beantragt worden, den Antrag an die Deputation für Bildung zu überweisen.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Überweisung zu. (C)

(Einstimmig)

### Vereinfachung von Behördenformularen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 25. April 1978

(Drucksache 9/744)

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 9/744 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Urban, Neumann und Fraktion der CDU. Der Antrag liegt den Abgeordneten gedruckt vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Unternehmen darauf hinzuwirken, daß insbesondere die im Wege der elektronischen Datenverarbeitung erstellten Antragsformulare, Gehaltsabrechnungen, Mitteilungen, Rechnungen usw. in einer für den Bürger leichter verständlichen und gut lesbaren Form erstellt werden. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß das Anfordern von Bescheinigungen und Unterlagen einschließlich zu stellender Fragen auf das notwendige Maß reduziert wird.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Urban.

Abg. **Urban** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit unserem Antrag, im Bereich der Verwaltung und der öffentlichen Unternehmen darauf hinzuwirken, daß alles, was auf den Bürger an Formularen, Fragebogen, Abrechnungen und so weiter zukommt, in einer leicht verständlichen und gut lesbaren Form erstellt wird, wollen wir einen Beitrag leisten, daß Bürokratie künftig menschlicher und auf das notwendigste Maß beschränkt wird. (D)

(Beifall bei der CDU)

Nun werden Sie mir zugeben, daß dies ein Anliegen ist, mit dem jeder schon einmal zu tun hatte. Sie wissen, daß selbst der Bundeskanzler 1976 in seiner Regierungserklärung offen zugegeben hat, daß auch er nicht in der Lage sei, ohne Hilfe eines Computerfachmanns seine Gasrechnung zu lesen. Das beruhigt zwar den Normalbürger, löst aber nicht das Problem.

Meine Auffassung vom Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung, meine Damen und Herren, ist die, daß es gerade mit Hilfe von Computern künftig möglich sein sollte, den Inhalt von Formularen und was da sonst noch auf uns zukommt individueller und lesbarer zu gestalten, statt daß wir einem Computerkästchendenken bei immer längeren Fragebogen ausgesetzt werden.

Aber ich meine, wir sollten einige wenige Bemerkungen vorweg machen, denn das, was wir hier an die Adresse des öffentlichen Bereichs sagen, gilt auch für andere Bereiche. Mister Parkinson ist überall anzutreffen.

(Abg. **Kähler** [SPD]: Auch für Anträge von Fraktionen!)

(A) Ich komme gleich darauf zu sprechen, Herr Kollege Kähler, vielen Dank für die Hilfe!

Wir wollen auch nicht verkennen, daß es eine Fülle von Ansätzen gegeben hat, mit dem Problem fertig zu werden. Die Frage ist nur, ob dieser erkennbare gute Wille nicht gleichzeitig von einer Normierungswut mit ihrer folgenden Kompliziertheit wieder zunichte gemacht worden ist.

Unser Antrag richtet sich auch nicht gegen die Mitarbeiter von Behörden oder von Ämtern, weil gerade diese Mitarbeiter viel zu oft nur Dinge auszuführen haben, die wir als Politiker ihnen vorher eingebracht oder vorgegeben haben.

Richtig ist auch, daß keine Verwaltung der Welt reduziert werden kann, wenn der Ausstoß der Parlamente und der Regierungen an Gesetzen und Verordnungen, die nun einmal mit Papierkrieg und Fragebogen und Ausführungsbestimmungen und Durchführungsverordnungen und meinetwegen auch noch mit Amtssiegel verbunden sind, ständig erhöht wird. Gerade uns Politikern selbst ins Stammbuch!

Das Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen der vergangenen sieben Jahre umfaßt allein 2 500 Seiten, das des Bundes ein Mehrfaches davon. Dann wundern wir uns darüber, warum in Deutschland die Quote derer, die selbständig werden wollen, oder derjenigen, die Verantwortung zu übernehmen bereit sind, immer mehr zurückgeht.

(B) Ein Grund ist mit Sicherheit die ständig zunehmende und umfassendere Bürokratisierung. Wenn es zum Beispiel zur Einrichtung einer Durchlauf-trockenanlage für lackierte Blechtafeln drei Kilogramm Papier und Formulare auszufüllen gilt und dabei vom Antragsteller 319 Unterschriften zu leisten sind oder wenn ein Bäckermeister weit über hundert Gesetze und Vorschriften zu beachten hat, dann muß man einfach Verständnis dafür aufbringen, daß es unmöglich ist, die rechtlichen Bedingungen eines solchen Apparates noch zu übersehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die gleiche Erfahrung machen wir doch übrigens auch bei Baugenehmigungen, wo die Regelungen ein solches Ausmaß angenommen haben, daß es nahezu ein Kunststück ist, nicht gegen sie zu verstoßen. Hier und nicht nur hier besteht einfach die Gefahr, daß die Menge des verbrauchten Papiers das Ergebnis am Ende nur noch negativ beeinflussen kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns auch ernsthaft fragen, ob wir das Problem nicht dann erst erfolgreich angehen können, wenn wir in das Verhalten unserer Bürger wieder mehr Vertrauen setzen und eben nicht alles wissen, alles erfahren und alles archivieren wollen. Wir meinen, Vertrauen in den Bürger ist eine Voraussetzung und ein Schritt zum Abbau überflüssiger Bürokratie, denn auch Bürger haben eine Privatsphäre zu verteidigen.

(C) Wir sollten uns ernstlich fragen, ob wir in bezug auf Fragebogen und in bezug auf Formulare, deren Daten ja irgendwo einmal zusammengeführt werden müssen, nicht vorher etwas verhindern sollten, was wir hinterher durch eine komplizierte Datenschutzgesetzgebung wieder zu schützen haben. Mit einem Wort: Bürokratie muß künftig nicht nur funktional effizient sein, sondern auch menschlich vernünftig.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Dazu gehört in erster Linie, daß die Bürokratie eine für den Bürger verständliche Sprache spricht. Es genügt noch nicht, daß zum Beispiel die Stromrechnung stimmt — davon können wir in der Regel ausgehen —, sondern sie muß auch für den einzelnen Bürger, auch für Otto Normalverbraucher nachvollziehbar und durchschaubar sein. Das Lesen und Schreiben von Datentechnik darf eben nicht zu einer verwaltungstechnischen Geheimsprache führen.

Gerade meine Fraktion ist es gewesen, die vor einem oder zwei Jahren mit der Verwaltung der Stadtwerke darüber verhandelt hat, ob denn die Rechnungen der Energieversorgung nicht etwas lesbarer gestaltet werden sollten. Man hat uns versprochen, im Zuge der Erstellung von Jahresrechnungen hierauf besonders Rücksicht zu nehmen. Wenn ich allerdings die Jahresrechnung der Stadtwerke sehe, dann muß ich erkennen, daß sich an dem alten Computersalat überhaupt nichts geändert hat. Ich will einmal ganz offen an die Adresse der Verantwortlichen den Appell richten: Der Verbraucher möchte wissen, meine Damen und Herren, wieviel Gas, Wasser und Strom, das heißt Einheiten, er verbraucht hat, was eine Einheit als Endpreis kostet und was er insgesamt dafür zu bezahlen hat.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Er will sich nicht durch Schlüsselzahlen, durch Ausgleichsabgaben, durch Umrechnungsfaktoren, durch sonstige Angaben hindurchlavieren, die er dann selbst zusammenrechnet, wenn das überhaupt am Ende für ihn noch möglich ist. Was die Stadtwerke hier in Bremen produziert haben, ist weiß Gott nicht der große Wurf.

Früher, meine Damen und Herren, bedienten wir uns des Slogans, der Mensch ist nicht für die Maschine, sondern die Maschine ist für den Menschen da. Ich meine, heute heißt das umgesetzt, funktional rationale, aber menschlich irrationale Bürokratien müssen stärker humanisiert werden. Lassen Sie mich das noch deutlicher ausdrücken: Die Humanisierung der Fragebogen, der Bescheide, der Antragsformulare, der Abrechnungen sollte uns ebenso wichtig sein wie die Humanisierung der Arbeitswelt.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

**Abg. Urban (CDU):** Ja, bitte!

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter von Groeling-Müller!

Abg. v. **Groeling-Müller** (FDP): Herr Kollege, könnten Sie sich vorstellen, daß ich furchtbar gern auch einmal schmidten möchte? Bloß der Kerl hat das schon so kurz und treffend gesagt!

Abg. **Urban** (CDU): Ich habe das nicht ganz verstanden.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Das können Sie auch nicht verstehen!)

Ein klassisches Beispiel, wie es nicht sein sollte, sind die Gehaltsabrechnungen für die 40 000 Bedienbediensteten im Land Bremen. Ich habe vor mir, meine Damen und Herren, eine Gehaltsabrechnung, in die der Computer außer dem Namen des Bediensteten nur noch zwei — dazu noch unverständliche — Buchstaben, dafür aber 233 Zahlen eingestanz hat. Daß hier Beträge von einem einzigen Pfennig ausgewiesen sind, mag zwar rechtlich erklärbar, aber buchungskostenmäßig kaum verantwortbar sein. Es heißt zwar in dieser Abrechnung, daß sie für einen bestimmten Monat gilt, nur daß Überstunden erst zwei Monate später vergütet werden, wird nirgends erwähnt.

Zur Ehrenrettung der Verwaltung sei allerdings gesagt, daß nach meinen Informationen die Verwaltung endlich an der Neufassung dieser unmöglichen Vergütungsmittelung arbeitet. Wir können nur hoffen, daß bei weiterer Nutzung der Datenverarbeitung künftig der Mensch stärker der Adressat und nicht der Techniker der eigentliche Herr des Verfahrens bleibt.

(B) Mir gibt eine Zahl besonders zu denken. Bei der Lohnsteuererstattung, so schätzt man, werden Jahr um Jahr etwa zwischen drei und vier Milliarden DM in der Bundesrepublik nicht abgerufen. Ist dies nicht auch eine Folge der Kompliziertheit, mit normierten computer- und nicht menschengerechten Fragebogen umgehen zu müssen, in denen am Schluß, wenn man sich durch hunderte von Fragen hindurchgelesen und nur einige wenige beantwortet hat, nachdem man einen Roman von Erläuterungen studieren mußte, die Frage steht, wer einem beim Ausfüllen denn nun geholfen habe, wodurch man dem Normalbürger gleich in den Fragebogen und in den Antragsformularen bescheinigt, daß er eigentlich zu dumm sei, dieses selbst bewerkstelligt zu haben?

Was ich hier sagte, trifft mit Sicherheit nicht nur auf steuertechnische Anträge zu. Ist es da eigentlich so abwegig, sich vorzustellen, ob nicht auch in anderen Bereichen, zum Beispiel in dem großen Gebiet des Sozialen, Menschen aus den eben gleichen Gründen auf Rechtsansprüche verzichten?

Ich sagte eingangs meiner Ausführungen schon, daß jeder mit diesem Problem in irgendeiner Form zu tun habe, und wenn ich Einzelbeispiele aufführe, ist sicherlich irgend jemand in der Lage, mir irgendeine plausible Erklärung zu geben, warum das denn so sein muß. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, das befriedigt mich nicht.

(C) Wir sollten lieber fragen, ob nicht auch in diesen Bereichen so mancher Zopf abgeschnitten, mancher Fragebogen entschlackt, manche Vorschrift verständlicher gefaßt und auf manches Dokument und auf manches Amtssiegel verzichtet werden kann.

Lassen Sie mich das noch an einem Beispiel deutlich machen! Ich habe in dieser Mappe die Bewerbungsunterlagen eines siebzehnjährigen Mädchens für eine Berufsausbildung im Bereich des öffentlichen Dienstes. Sie bestehen, bis es zur Unterschrift unter den Ausbildungsvertrag kam, aus etwa 40 Schriftstücken, ohne die zusätzlichen und mir unbekannteren verwaltungsinternen Vorgänge. Dabei waren vom Bewerber beziehungsweise dessen gesetzlichem Vertreter über 20, von der Verwaltung, soweit für den Bewerber aus seinen eigenen Unterlagen ersichtlich, etwa die gleiche Anzahl, also insgesamt 40 Unterschriften zu leisten.

(Abg. **Jackisch** [CDU]: Unglaublich!)

Daß in den Unterlagen Fragen aufgrund dieser normierten Fragebogen an dieses siebzehnjährige Mädchen nach soldatenrechtlichen Versorgungsansprüchen oder auch nach verhängten Strafen durch Gerichte der Besatzungsmächte gestellt werden, ist zwar nicht einsehbar, aber, meine Damen und Herren, daß in diesem Zusammenhang zu beachtende Gesetze — und das in einem amtlichen Papier — nur durch Abkürzungen bezeichnet werden, wie AnVNG, RVO, VBL, Versorgungs-TV — das hat sicherlich mit Fernsehen nichts zu tun — und ZRL, Gesetze, die ich selbst in ihren Abkürzungen noch nicht einmal kenne, ist entweder überflüssig oder ist eine Überforderung.

(Beifall bei der CDU)

(D) Ironisch genüßlich sollte man sich die Frage an dieses siebzehnjährige Mädchen, ob sie denn nun auch noch Bergmannsrente aus der Knappschaftlichen Rentenversicherung beziehe, auf der Zunge zergehen lassen. Ich lese Ihnen diese Frage einmal langsam vor, sie besteht nur aus einem Satz. Ich hoffe nur, ich habe entsprechende Luft, um das in einem Zuge vorzulesen. Hier heißt es:

„Wurden Sie auf Ihren Antrag nach Paragraph 6 Absatz 4 Versorgungs-TV von einem früheren Arbeitgeber von der Versicherungspflicht zur zusätzlichen Versicherung bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder — VBL — befreit, weil Sie Mitglied einer öffentlich-rechtlichen Versicherungs- und Versorgungseinrichtung im Sinne von Paragraph 7 Absatz 2 AnVNG oder einer anderen berufsständischen Versicherungs- und Versorgungseinrichtung sind oder Bergmannsrente aus der Knappschaftlichen Rentenversicherung beziehen beziehungsweise mindestens 60 Monate Beitrags- oder Ersatzzeiten bei der Knappschaftlichen Rentenversicherung nachgewiesen haben?“

(Beifall bei CDU und FDP)

(A) Meine sehr geehrten Damen und Herren, wissen Sie, was diese in einem 08/15-Fragebogen ausgedruckten Fragen an ein siebzehnjähriges Mädchen beinhalten? Daß dieses Mädchen im zarten Alter von elf Jahren ihre erste Schicht im Pütt hinter sich gebracht haben muß!

Es bleibt außerdem auch ziemlich unerklärlich, warum teilweise mehrmals polizeiliche Führungszeugnisse bei eben dieser Bewerbung und bislang auch bei bestimmten Fachprüfungen — das ist nun Gott sei Dank seit vorgestern, soweit ich informiert bin, aus welchen Gründen auch immer, abgeschafft worden — beizubringen sind, wenn die Senatskommission für das Personalwesen generell die entsprechenden Strafregisterauszüge ohne Wissen des sich Bewerbenden von sich aus anfordert. Wie sagt man hier so schön: Hier wird nicht nur doppelt gemoppelt, hier wird auch doppelt bezahlt.

Wie das eben alter preußischer Tradition entspricht, meine Damen und Herren, wird auch heute noch in Bremen bei behördlich angeforderten Lebensläufen nicht nur eine Erklärung beigegeben, was denn alles an sinnigen und unsinnigen Fragen zu beantworten ist, sondern gleich mit darauf hingewiesen, daß der Lebenslauf keine Verbesserungen enthalten darf, daß unliniertes Papier zu verwenden ist und — man höre und staune — bei der Übersendung des Lebenslauf das Blatt nicht geknickt werden darf.

(B) Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen! So mancher draußen, der mich vielleicht am Radio hört oder die Berichterstattung über diese Debatte liest, wird sagen, aber auf das, was mir passiert ist, wurde nicht eingegangen. Vielleicht konnte ich das nicht, weil es mir unbekannt war, vielleicht aber auch deswegen, weil nicht alles, was nach Unsinn aussieht, nun auch abhilfefähig ist.

Mit Sicherheit, meine Damen und Herren, ist, obwohl ich zu Ihrer Erheiterung etwas beitragen konnte, dabei von den Verantwortlichen wenig Bosheit im Spiel, vielleicht etwas mehr Nachlässigkeit, aber mit Sicherheit auch zuviel Beharrungsvermögen und, an die Adresse von uns allen gerichtet, auch zu wenig Phantasie.

Unser Antrag hat die Absicht, erneut auf dieses Problem aufmerksam zu machen, wieder zum Nachdenken anzuregen. Unser Antrag sollte Legislative und Exekutive beflügeln, die Dinge künftig nicht noch mehr zu verkomplizieren, was in der Regel oftmals einfacher ist, als sie zu vereinfachen.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch eine abschließende kleine Bosheit: Vielleicht ist das auch ein Grund gewesen, daß ein Sozialpolitiker und nicht ein Rechts- oder Verwaltungspolitiker — nun steinigen Sie mich bitte nicht — den Antrag der CDU hier eingebracht und begründet hat. Ich meine, auch der kleine Mann, der Normalbürger, für den wir ja als Abgeordnete in erster Linie da sind, hat ein Recht darauf, ebenso wie Helmut Schmidt ohne Hilfe eines Computerfachmanns seine Strom- und

Gasrechnung und auch sonstiges lesen und verstehen zu können. Wir alle sollten ihm dabei helfen. Ich darf Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen!

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schütte.

Abg. Eva Schütte (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zeitweise war die Begründung dieses Antrags durch Herrn Urban fast ein Kabinettstück, oder wenn es Platt gewesen wäre, hätte es ins Niederdeutsche Theater kommen können, aber die Materie ist zu ernst, um sie so zu sehen.

Ich will gleich zu Anfang sagen, wir stimmen diesem Antrag zu, denn wir sind ja alle in irgendeiner Form betroffen. Der schwache Trost, daß selbst der Bundeskanzler oder unser Bürgermeister Koschnick betroffen sind von diesen unlesbaren Formularen, ist wirklich deshalb ein schwacher Trost, weil wir nicht wie sie auf einen Knopf drücken und uns einen Fachmann holen können, der uns das erklärt. Wir müssen selbst sehen, wie wir klarkommen.

Das Thema Behördendeutsch, gegen das wir schon immer und leider ohne Wirkung angegangen sind, kommt jetzt über die Datenverarbeitung erneut auf uns zu, und wir haben es nun zu tun mit einer Mischung aus unlesbaren Formularen für die Datenverarbeitung und Behördendeutsch. Da wird es wirklich so kompliziert, daß man kaum noch Hoffnung hat, das Problem vom Tisch zu bekommen.

Meine Bitte geht vor allem da hin, daß die Medien, die sich dieser Sache schon angenommen haben, das noch verstärkt weiter betreiben. Wir haben von Radio Bremen schon entsprechende Sendungen gehabt. Aber wenn man dort Fachleute einlädt, um die Bürger zu informieren und ihnen diese schwierigen Dinge auseinanderzusetzen, dann bitte nicht die Spitzen der Behörde! Das ist ja sonst üblich, aber in diesem Fall sind gerade die Spitzen der Behörden diejenigen, die weniger von der Materie verstehen als die Bediensteten, die direkt mit dem Bürger zu tun haben und versuchen, die Fragen, die an den Bürger gerichtet werden, verständlich zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn es schon so weit kommt, wie wir neulich über Radio Bremen in einem Kommentar hören konnten, daß die Steuerberater nicht mehr in der Lage sind, durch die Flut der neuen und novellierten Gesetze durchzufinden, so daß sie ihre Berater-tätigkeit nicht mehr voll oder eben auch ganz bewußt nicht mehr richtig durchführen können, man sich also auch darauf nicht mehr verlassen kann, dann ist das auch ein Appell an uns hier als Legislative, mit dem Verabschieden neuer Gesetze etwas vorsichtiger zu sein und sie vielleicht etwas weniger vollkommen zu machen, sondern sie so zu for-

(C)

(D)

(A) mulieren, daß ein normaler Mensch in der Lage ist, damit fertig zu werden.

(Beifall bei der FDP)

Als die Datenverarbeitung damals eingeführt wurde und die Computer uns gepriesen wurden, hieß es immer, es würde eine Vereinfachung sein, anders wäre alles nicht mehr zu überschauen und personell nicht mehr zu schaffen. Dafür wurden also Computer eingesetzt für sehr viel Geld, wie wir alle wissen, die in der ersten Zeit immer sehr schnell überholt waren und durch bessere Geräte ersetzt wurden. Neue Berufe wurden dadurch geschaffen, denn man mußte ja lernen, solche Computer mit Programmen zu füttern. Das wirkte alles sehr zukunftssträchtig, aber inzwischen merken wir, es ist nicht einfacher, es ist schwieriger geworden.

Unser Leben ist ohnehin langsam für den einzelnen nicht mehr überschaubar, obwohl wir doch alle daran interessiert sind — Herr Urban hat das sehr ausführlich gesagt —, unser Leben menschlich zu lassen. Ich will nicht sagen, es wieder menschlich zu machen, denn damit wäre ja gesagt, daß es schon längst nicht mehr menschlich sei. So weit möchte ich nicht gehen.

(B) Wir sollten jedoch alle versuchen, daß unser Leben menschlich und der uns angestammte Raum überschaubar bleibt und wir nicht resignieren. Dann werden solche Dinge vermieden, wie wir eben gehört haben, daß beim Lohnsteuerjahresausgleich Milliarden DM nicht abgerufen werden, die denen entgegen, die sie am nötigsten haben.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Herr Koschnick nicht in der Lage ist, seinen Lohnstreifen zu lesen, dann wird schon einer da sein, der den Fehler findet, wobei der Fehler, wenn er nicht gefunden würde, ihn nicht am Hungertuch nagen lassen würde. Es für den Normalbürger so einfach zu machen, daß er weiß, um was es geht, wenn von einer Sache geredet wird, ist doch wirklich ein geringes Anliegen. Daß wir jetzt hier in dieser Form Anträge stellen müssen, zeigt, daß wir auf diesem Weg zu weit gegangen sind und daß es Zeit wird, zurückzukehren zu klaren Verhältnissen.

Anfangs war man der Meinung, es sind Kinderkrankheiten, die laufen sich von selbst zurecht. Wir sehen aber, daß es mehr sind als Kinderkrankheiten. Ich kann Sie nur dazu aufrufen, von unserer Seite als Legislative dazu beizutragen, Abhilfe zu schaffen.

Es geht nicht darum — das schaffen wir alle nicht —, die Bürokratie abzuschaffen, sondern die Bürokratie einzuschränken und damit unser Leben zu vermenschlichen. Wir können nicht immer vom mündigen Bürger reden, wenn wir Verhältnisse schaffen, die diesen mündigen Bürger wieder unmündigen und abhängig machen in einer Form, die uns allen nicht genehm sein kann, wenn wir eine

wirklich praktikable Demokratie wollen. — Ich danke Ihnen! (C)

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Leinemann.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]:  
Jetzt kommen die Reinigungsgeschwader!  
— Heiterkeit)

Abg. Anneliese Leinemann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist für mich immer eine Freude, wenn ich hier nach vorn komme und soviel Beifall schon im Vorhinein bekomme.

Herr Urban, Sie haben eben gesagt, auch der kleine Mann müßte diese Formulare verstehen. Ich habe mir eben überlegt: Wie groß sind Sie? Ein Meter sechzig doch mindestens!

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Da passen Sie gut zusammen!)

Ja, das finde ich auch! Ich habe festgestellt, daß Sie, Herr Urban, sehr sorgfältig dieses schöne Heft gelesen haben vom März dieses Jahres, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, „Demokratie zum Selbermachen“. Das kann jeder Bürger bekommen, wenn er nur einmal an die Bundesregierung schreiben würde oder an die Bundeszentrale für politische Bildung. Darin steht fast wörtlich, was Sie eben gesagt haben. Darum kann ich das auch voll und ganz unterstützen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich meine auch, wir sollten über diesen Ihren Antrag keine lange Debatte mehr führen. Sie haben recht.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Anneliese Leinemann (SPD): Gern!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Urban!

Abg. Urban (CDU): Frau Leinemann, kann das eventuell auch am Computer liegen, daß Sie diese Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung früher bekommen als ich?

Abg. Anneliese Leinemann (SPD): Das weiß ich nicht, Herr Urban, aber dieses Heft ist vom März, und wir haben jetzt Mai.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das besagt noch gar nichts!)

Auf der letzten Seite ist in dem Heft ein kleiner Gutschein, darauf steht „Gutschein für kostenloses PZ-Abonnement. Postkarte genügt an die Bundeszentrale für politische Bildung“. Das kann jeder Bundesbürger bekommen. Ich habe einmal um ein

- (A) Abonnement gebeten und bekomme seitdem regelmäßig die PZ.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage zu beantworten?

Abg. Anneliese **Leinemann** (SPD): Ja, gern!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr von Groeling-Müller!

Abg. v. **Groeling-Müller** (FDP): Frau Leinemann, ist Ihnen bekannt, daß Anfang April diese Hefte verschickt wurden? Ich habe hier den Stempel!

Abg. Anneliese **Leinemann** (SPD): Sehr schön, danke!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage zu beantworten?

Abg. Anneliese **Leinemann** (SPD): Bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Stichweh!

Abg. **Stichweh** (SPD): Frau Kollegin Leinemann, kann das vielleicht auch daran liegen, daß der Buchstabe L im Alphabet vor dem Buchstaben U kommt?

(Heiterkeit)

- (B) Abg. Anneliese **Leinemann** (SPD): Lieber Herr Stichweh, das traue ich dem Computer oder der elektronischen Datenverarbeitung absolut zu. Der Computer hat sicherlich kaum die personellen Einsparungen gebracht, wie man einmal vermutete, daß er sie bringen würde, sondern er hat im Gegenteil, da gebe ich Herrn Urban völlig recht, das ganze System und das ganze Verfahren der Bescheide und der Veranlagungen undurchsichtiger und unlesbarer gemacht.

Rationalisierung durch den Computer bedeutet nicht immer Bürgernähe. Sie haben freundlicherweise unseren Bundeskanzler Helmut Schmidt erwähnt, der öffentlich erklärt hat, er könne seine Wasserrechnung nicht mehr lesen. Sie haben auch einmal mir und der Senatskommission — sprich Herrn Niedergesäß — gegenüber erklärt, daß Sie die Gehaltsstreifen Ihrer Tochter nicht lesen könnten.

Wir haben das damals gleich aufgegriffen, und mir ist bekannt, daß zur Zeit bei der Senatskommission an einem besseren, das heißt hoffentlich lesbarerem, Verfahren gearbeitet wird, um zumindest erst einmal mit den Gehaltsstreifen zu beginnen, so daß jeder im öffentlichen Dienst Beschäftigte auch weiß, was auf seinem Gehaltsstreifen steht.

Vielleicht kann der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion sogar dazu beitragen, daß diese Arbeitsvorgänge, die zur Zeit bei der Senatskommission laufen, noch schneller vorangehen, als wir erwarten können. Ich meine insgesamt, daß Ihr Anliegen be-

rechtigt ist. Die SPD-Fraktion schließt sich daher dem Antrag der CDU-Fraktion an. (C)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Fröhlich.

**Senator für Inneres Fröhlich:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die Frage von Formularen hier zu diskutieren, zum Teil zu polemisieren, ist eine relativ einfache Sache, nur muß man sich als Parlamentarier selbst an die Brust schlagen.

(Abg. **Urban** [CDU]: Das haben wir gemacht!)

Man muß in Zukunft bei Gesetzen und Verordnungen — denn Verordnungen werden bei uns in den Deputationen verabschiedet — auch einmal fragen, ob alle diese Anforderungen notwendig sind, wenn ich etwa daran erinnere, was bei Beihilfeanträgen oder beim Antrag auf Kindergeld alles erforderlich ist.

Eines sage ich auch hier einmal: Es gibt nicht eine Zahl, die nur, um den Bürger zu ärgern, hineingekommen ist, sondern hier lagen Anträge vor. Das liegt an folgendem: Früher sind diese Dinge zum Teil im Gespräch zwischen Bürger und dem Mann in der Verwaltung besprochen worden. Aufgrund von Rationalisierungen wird das heute überwiegend in Schriftform durchgeführt. Dadurch ergibt sich eine gewisse Kompliziertheit.

Ich erinnere nur an folgendes: Wenn Sie früher nach Frankfurt telefonieren wollten, dann haben Sie die Vermittlung angerufen, und die hat Sie dann vermittelt. Heute müssen Sie dies alles machen. Selbst wenn Sie nach Amerika telefonieren wollen, müssen Sie alles das tun, was früher die Vermittlung gemacht hat. (D)

Bei den Anträgen, um hierbei zu bleiben, sind wir seit 1964 dabei, die Formulare so weit wie möglich lesbar zu machen. Ich weiß, das ist schwierig. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, meine Gehaltsmitteilung selbst lesen zu können, und ich kann auch meine Einkommensteuererklärung selbständig ausfüllen.

(Beifall bei der CDU)

Vielen Dank, aber ich war noch nicht zu Ende!

Es ist eine mühsame Arbeit. Man braucht, um heute ein Formblatt auszufüllen, zunächst einmal eine Leitfibel, um daraus zu erkennen, was man hineinschreiben muß. Ich muß schon beim Hotelmeldezettel darauf achten, daß ich mich richtig in die richtige Spalte eintrage.

Meine Damen und Herren, Formulare sind notwendig in der Behörde, um einen vernünftigen Verwaltungsablauf korrekt durchführen zu können. Wenn wir nicht ein entsprechendes Formularwesen hätten, gäbe es in den Verwaltungen ein Chaos. Es geht nur darum, daß wir diese Formulare lesbar machen.

(A) Frau Leinemann hat darauf hingewiesen, daß wir zur Zeit überprüfen, inwieweit wir die Gehaltsmitteilungen verbessern, und zwar im Hinblick darauf, daß wir nicht immer mit den Schlüsselnummern arbeiten — 513 bis 517, da weiß man auch nicht, ist es 13, 14, 17 —, sondern wir wollen versuchen, dies in Schriftform auszudrucken, damit man im einzelnen weiß, was dahintersteht.

Die Frage an die Stadtwerke kann sich nur an diejenigen richten, die in den Gremien tätig sind, um das dem Vorstand mitzuteilen und zu prüfen, inwieweit diese Abrechnungen im einzelnen verbessert werden können.

Ich teile insofern die Auffassung, daß wir uns bemühen sollten, soweit es geht, die Kompliziertheit herauszulassen und nur die notwendigen Daten abzufragen, und zwar auch mit einer klaren Frage, so daß die Frage nicht schon von sich aus zu einem Fragezeichen und der Bürger mehr verunsichert wird, als daß er sicherer wird beim Ausfüllen.

Von daher sind wir in einer Arbeitsgruppe damit beschäftigt, Herr Urban, wir bemühen uns darum. Ich wäre sehr dankbar, wenn auch von der CDU Verbesserungsvorschläge zu diesem Punkte kämen. Letzten Endes glaube ich, daß — wenn viele dazu beitragen — wir dann vielleicht eine ganz vernünftige Sache zum Abschluß bekommen.

Mich ärgert es auch immer, wenn ich die Abkürzungen, BAFöG und wie die alle heißen, sehe. Da muß man immer erst nachfragen, was das heißt. Ich darf Ihnen sagen, wie es etwa im Kreis der Innenminister läuft: „Der BMI hat das BKA beauftragt, das InPol-System der IMK vorzulegen. Der AK II hat zunächst die AG Kripo um eine Stellungnahme gebeten.“ Meine Damen und Herren, nun wissen Sie Bescheid!

(Beifall bei SPD und FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jackisch.

Abg. **Jackisch** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. **Dittrich** [SPD]: Jetzt geht es um die Sportformulare!)

Das Stichwort „Formulare“, meine Damen und Herren! Was alles passieren kann! Vor einigen Wochen erhielten eine Anzahl bremischer Betriebe vom Finanzamt mehrere Formulare zwecks Ausfüllung. Ich habe daraufhin meinen Steuerberater angerufen, der damit nichts anfangen konnte.

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Sofort den Steuerberater wechseln!)

Jetzt passierte folgendes: Es wurde ein Muster übersandt. Ich zeige Ihnen das einmal. Hier fängt es an, widersprüchlich zu werden. Dieses Muster weicht vom Originalantrag in keiner Weise ab, da

es nicht ausgefüllt war. Es enthielt nur einen roten Aufdruck „Muster“.

(Abg. **Meyer** [SPD]: Deswegen ist es ja auch ein Muster!)

Ich meine, man sollte künftig in der Behörde wenigstens die rote Farbe sparen, um es dem Bürger dann zu erleichtern. — Danke sehr!

(Abg. **Meyer** [SPD]: Das haben wir nicht verstanden! Was wollte der Redner sagen, Herr Präsident?)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag mit der Drucksachen-Nummer 9/744 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

#### Medizinische Versorgung in der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 25. April 1978  
(Drucksache 9/745)

Der Antrag Drucksache 9/745 trägt die Unterschriften der Abgeordneten Blöchl, Neumann und Fraktion der CDU. Er liegt den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) einen Bericht über die medizinische Versorgung der Insassen der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen alsbald zu erstatten.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Blöchl.

Abg. **Blöchl** (CDU \*)): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema der ärztlichen Versorgung in der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen und auch in den anderen Justizvollzugsanstalten hat schon seit Jahren in den Beratungen in der Deputation, in der Beratung in der Bürgerschaft und auch bei Kommentaren in der Öffentlichkeit eine Rolle gespielt.

(Vizepräsident **Ehlers** übernimmt den Vorsitz)

Ich erinnere nur einmal an das Blatt der Jungdemokraten „Die Zange“, das sich in mehrfacher Auf-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) lage über die ärztliche Versorgung in der Straf-  
anstalt Oslebshausen ausgelassen hat.

Wir haben gerade von seiten der CDU-Fraktion in der Vergangenheit das Problem der ärztlichen Versorgung des öfteren angesprochen. Ich erinnere dabei auch an die Drogendiskussion, die wir in der Deputation genauso wie in der Bürgerschaft geführt haben, die für uns im Grunde ein unbefriedigendes Ergebnis gebracht hat. Wir haben auch feststellen müssen innerhalb unserer Fraktion, daß eine erhebliche Anzahl von Beschwerden, Klagen von Insassen der Strafvollzugsanstalten über die ärztliche Versorgung eingingen.

Im Grunde haben wir es so gehandhabt, daß ich versucht habe, im schriftlichen Wege bei der Anstaltsleitung darauf hinzuwirken, daß man diesen Dingen irgendwie näherkommt und sie abstellt. In einigen Bereichen ist mir das gelungen. In anderen Fällen sprachen andere Dinge, vielleicht auch Mogelei, dagegen.

Aber in letzter Zeit, meine Damen und Herren, haben sich Dinge in der Anstalt zugetragen — gerade im Bereich der ärztlichen Versorgung —, die diskussionswürdig sind und die hier auch diskutiert werden sollen.

Ich meine ein besonderes Vorkommnis, wie es passiert ist im März dieses Jahres, nämlich einen Todesfall in der Haftanstalt Oslebshausen, der im Grunde in jeder Anstalt vorkommen kann. Wer weiß, an welcher Krankheit dieser Insasse gestorben ist, weiß, daß es bei diesem Fall auch keine Rettung gab. Aber gerade dann, wenn — wie festgestellt wurde — die Staatsanwaltschaft hier Ermittlungen aufgenommen hat, wie es wohl zu diesem Todesfall gekommen ist, wenn gerade dann der Herr Justizsenator aufgrund einer kleinen Pressemitteilung in der „Morgenpost“ eine sehr, sehr lange Darstellung über diesen Fall geben muß, dann, meine Damen und Herren, muß man aufmerksam werden und sich fragen, warum sich der Justizsenator genötigt sieht, auf zwei eng beschriebenen Seiten eine Darstellung des Sachverhalts zu geben.

Dieser Punkt, meine Damen und Herren, hat uns bewogen, dieses Thema hier aufzugreifen, weil wir davon ausgehen, wenn der Senator meint, dieses Thema hier in der Öffentlichkeit geraderücken zu müssen, muß irgend etwas daran sein. Wir haben uns die Mühe gemacht, einmal festzustellen, was an diesem Fall jetzt konkret gewesen ist.

Meine Damen und Herren, aufgrund unserer Feststellungen haben wir dann den Ihnen vorliegenden Antrag im Haus eingebracht. Wir meinen, daß der Senator hier Bericht erstatten sollte, wie die ärztliche Versorgung in der Haftanstalt Oslebshausen gesichert ist beziehungsweise wie sie gesichert werden soll.

Wir möchten Ihnen hier heute noch einige Anhaltspunkte geben, Herr Senator, von denen wir meinen, daß Sie diese in diesem Bericht sehr konkret beantworten müßten. Ich werde hier im weite-

ren Verlauf meiner Ausführungen an vier speziellen (C)  
uns bekanntgewordenen Fällen aufzeigen, daß eben nicht alles so funktioniert, wie Sie das in Ihrer Pressemitteilung gesagt haben, hinsichtlich der Probleme in der ärztlichen Versorgung. Ich werde auch noch eine Reihe von allgemeinen Problemen der ärztlichen Versorgung in Oslebshausen darstellen. Wir möchten Sie bitten, daß Sie diese Fragen und Probleme in den Bericht mit aufnehmen.

Fall eins: Ende Dezember 1977 hat der Gefangene M. L. als Zuschauer an einer Sportveranstaltung in der Turnhalle der JVA Oslebshausen teilgenommen. Hier wurde er durch einen unglücklichen Umstand an der Hand verletzt. Da der Gefangene erhebliche Schmerzen an der Hand bekam — unter anderem starke Schwellungen —, begab er sich zum Arzt, der eine Salbe verordnete. Da die Schwellung der Hand nicht zurückging, meldete sich der Gefangene nach zirka zwei Wochen wieder bei Dr. Hillmann, der feststellte, daß die Verletzung doch wohl schwerer sei, als ursprünglich angenommen. M. L. sollte noch am selben Tag einen Unfallarzt aufsuchen und die Hand geröntgt werden.

Nach der Verschreibungskarte, die ich hier vor-  
liegen habe, wurde dem Gefangenen ein Pergalen-  
Salbenverband bis zur Heilung verschrieben. Ich habe das hier. Nach meinen Feststellungen wird dieser Pergalen-Salbenverband verschrieben, wenn man rheumatische Erkrankungen hat, also nicht bei Schwellungen und sonstigen Brüchen.

Eine weitere Woche danach war der Gefangene (D)  
noch nicht beim Röntgenfacharzt. Er meldete sich wieder bei Dr. Hillmann, um dem Facharzt vorgestellt zu werden. Noch am selben Tage war der Gefangene beim Unfallarzt, der einen Kapselriß feststellte. Außerdem seien die Glieder falsch zusammengewachsen. Der Unfallarzt betonte dem Gefangenen gegenüber, wäre er eine Woche früher gekommen, hätte man noch etwas machen können, nun müsse man wohl den Finger noch einmal brechen.

Hier stellt sich die Frage: Warum wird — wie aus der Verschreibungskarte hervorgeht — ein Pergalen-Salbenverband bis zur Heilung verschrieben — wohlgemerkt, bis zur Heilung —, dem Gefangenen gegenüber aber erklärt, er solle sofort einem Röntgenfacharzt vorgestellt werden, was nicht geschah, sondern erst nach erneuter Intervention des Gefangenen?

(Senator K a h r s : Das müssen Sie den  
Arzt fragen!)

Nachdem das Ergebnis der Untersuchung beim Röntgenfacharzt vorlag, erstattete der Gefangene am 19. 1. 1978 bei der Staatsanwaltschaft Bremen Strafanzeige wegen Körperverletzung gegen den Anstaltsarzt. Diese Anzeige, Herr Senator, liegt mir in der Durchschrift vor. Aufgrund dieser Anzeige hat der Gefangene weder eine Eingangsbestätigung seitens der Staatsanwaltschaft erhalten noch ist ein Aktenzeichen angelegt worden.

(A) Aus diesem ersten geschilderten Fall ergeben sich folgende Fragen: Ist die Behandlung eines Kapselrisses beziehungsweise Handbruchs mit einem gelenkrheumatischen Mittel bis zur Heilung als sachgerecht zu bezeichnen? Warum wurde der Gefangene entgegen der ursprünglichen Mitteilung nicht sofort einem Röntgenfacharzt überstellt, der die Schwere der Verletzung erkannt hätte? Was ist mit der Strafanzeige geschehen? Warum wurde dieser Fall noch nicht von der Staatsanwaltschaft bearbeitet?

Fall zwei: Der Gefangene H. K. befand sich seit Mitte 1977 wegen eines Prostataleidens in Behandlung durch den Anstaltsarzt. Wie aus den mir zugänglichen Unterlagen ersichtlich ist, konnte durch die Ärzte in der Anstalt sein Leiden nicht gebessert beziehungsweise gelindert werden. Da bis Mitte Januar 1978 keine Besserung seiner Erkrankung eintrat und H. K. das Gefühl hatte, von den Anstaltsärzten nicht sachgerecht behandelt zu werden, bat der Gefangene beim Anstaltsleiter um Verlegung ins ZKH nach Hamburg.

(B) Gleichzeitig schilderte dieser Gefangene einer großen Tageszeitung seinen Fall. Aus diesem Brief möchte ich kurz zitieren: „Denn die notwendige Behandlung durch die Ärzte kam nur schleppend zustande. Der Anstaltsarzt ordnete eine weitere Untersuchung durch den Urologen an. Dieser nun ordnete eine Kulturbestimmung — Urinuntersuchung — an. Vierzehn Tage später, als der Urologe wieder Sprechstunde abgehalten und dieser das Ergebnis der Untersuchung haben wollte, da ist seitens des Lazarets noch keine Urinprobe von mir entnommen worden. Diese kam erst zustande, als ich mich schriftlich mit einer Beschwerde an den Anstaltsleiter wendete. Wieder einige Tage später kam ich zum Urologen, der mir sagte, meine Urinprobe wäre stark verschmutzt, aber eine Krankheit hätte ich wohl weiter nicht.“

Nach dieser Eingabe an die Zeitung ging dann plötzlich alles sehr schnell. Binnen weniger Tage wurde der Gefangene H. K. ins ZKH Hamburg überstellt, wo er gründlich untersucht wurde und ein Prostataleiden diagnostiziert wurde. Dieses Leiden konnte dann in Hamburg behoben beziehungsweise gebessert werden. Der Gefangene H. K. hat daraufhin gegen den Anstaltsurologen bei der Staatsanwaltschaft Bremen einen Strafantrag wegen unterlassener Hilfeleistung gestellt. Dieses Strafverfahren wurde seitens der Staatsanwaltschaft eingestellt, ist jetzt aber wieder aufgenommen worden. Folgende Fragen entstehen hieraus:

Erstens: Warum muß sich der Gefangene erst an den Anstaltsleiter wenden, damit er dem Urologen in der Anstalt vorgestellt wird?

Zweitens: Ist es üblich, daß die Gefangenen wie folgt behandelt werden? Zitat aus dem Schreiben: „Nun landete ich wieder beim Urologen am Dienstag, dem 17. 1. 1978. Dieser aber hatte auf meinem Krankenblatt ein Schreiben liegen, welches ich an

(C) den Anstaltsleiter gerichtet hatte. Zugleich wurden mir nun vom Urologen Vorhaltungen wegen meiner Beschwerden gemacht. Wenn alle 600 Gefangenen sich gleichzeitig beschwerten wollten, wo kämen wir dann hin. Ich antwortete: Nun, mir ginge es nur um die notwendige ärztliche Hilfe, da ich Schmerzen im Unterbauch hätte.“

Drittens: Herr Senator, müssen Gefangene sich erst an eine Tageszeitung wenden, damit ihnen wirksame ärztliche Hilfe zuteil wird?

Fall drei — das ist wohl der ernsteste dieser Angelegenheit —: Die Pressemitteilung des Senats, die ich vorhin erwähnt habe, vom 11. April dieses Jahres beschäftigt sich mit dem Todesfall eines Gefangenen, der in der Nacht vom 15. auf den 16. März 1978 im Krankenhaus Findorff verstorben ist. Ich möchte nunmehr auf den Inhalt der Presseerklärung eingehen und dazu unsere Feststellungen mitteilen.

Die Presseerklärung sagt aus, daß sich der Gefangene seit dem 25. Januar 1978 fünfmal zum Arzt gemeldet hat. Auch daß er ab dem 25. Januar 1978 für arbeitsfähig befunden wurde und auch gearbeitet hat, ergibt sich aus der mir vorliegenden Arbeitsbescheinigung der Anstalt. Hier findet sich allerdings die erste unkorrekte Darstellung in der Presseerklärung.

(D) Die Behauptung, daß der Gefangene am 20. Februar 1978 vom Arzt arbeitsunfähig geschrieben wurde, ist falsch, da ausweislich der Arbeitsbescheinigung der Gefangene ununterbrochen vom 6. Februar bis zum 23. Februar gearbeitet hat. Da stellt sich die Frage, Herr Senator, diese Unterlagen müßten Sie auch kennen, warum Sie denn in Ihrer Presseerklärung nicht die korrekten Darstellungen gebracht haben.

Am 20. Februar wurde der Gefangene krank geschrieben, vom 27. Februar bis zum 3. März war er wieder arbeitsfähig, wie auch die Arbeitsbescheinigung ausweist. Frage: Haben bei diesen fünf Visiten, die Sie in Ihrer Presseerklärung auch angeführt haben, keine gründlichen Untersuchungen stattgefunden?

Am 3. März ist dann der Gefangene in der Anstalt zusammengebrochen. Die Behauptung in der Presseerklärung, der Gefangene hätte in dieser Zeit mehrfach Urlaub und Ausgang erhalten, erscheint nicht glaubwürdig. Nach meinen Feststellungen hat der Gefangene am 27. Januar, am 16. Februar und vom 4. bis zum 6. März Urlaub erhalten. Ausgang ist nur zur Wahrnehmung von Gerichtsterminen durchgeführt worden, nicht privat. Es ist damit festzustellen, daß nicht mehrfacher Urlaub gewährt wurde, sondern nur zweimal, da Sie den Urlaub vom 4. bis zum 6. März später noch einmal gesondert in Ihrer Presseerklärung anführen.

Nach seinem Zusammenbruch am 3. März 1978 in der Anstalt wurde der Gefangene dem Anstaltsarzt vorgestellt, der ihn auf eigenen Wunsch nicht krank schrieb, da der Gefangene dort erklärte, er leide an

(A) gelegentlichen Kreislaufstörungen. So die Erklärung des Senats!

Hier stellt sich allerdings schon die Frage, Herr Senator, wie diese Untersuchung nach diesem Zusammenbruch durchgeführt wurde und ob der Arzt seinen Befund von den Wünschen eines Gefangenen abhängig machen kann, und zwar gerade dann, wenn der Gefangene, wie in diesem Fall, durch eigene Angaben beim Haftantritt mitteilt, daß er einen Leberschaden habe und auch eine Gelbsucht gehabt habe. Muß bei diesem Sachverhalt nicht der Arzt bei einem folgendem Zusammenbruch eine gründliche Untersuchung mit Blutuntersuchung vornehmen? Hätte man hier nicht schon die Schwere der Erkrankung des Gefangenen feststellen können?

Am 4. März erhielt der Gefangene — wie bereits erwähnt — Urlaub. Die Pressemitteilung des Senats führt dann aus, daß der Gefangene eine knappe Woche später gegen seinen Willen durch den zuständigen Stationsbeamten, dem das schlechte Aussehen des Gefangenen auffiel, dem Arzt bei der Visite vorgeführt wurde.

Hierzu ist folgendes zu bemerken — diese Angaben, die ich jetzt hier mache, fehlen meines Erachtens wohlweislich in der Pressemitteilung —: Am 10. März morgens hat sich der Gefangene beim Arzt gemeldet, da er sich schlecht fühlte. Der Arzt in der Anstalt verschrieb das Medikament Dihyergot, ein Medikament gegen migräneartige Kopfschmerzen. Das ist sehr wichtig! Als Beweis dafür habe ich die Verschreibungskarte. Am Freitag, dem 10. März — wahrscheinlich in den Mittags- oder Nachmittagsstunden —, nach dem ersten Besuch beim Arzt soll der Gefangene in der Vollzugsgeschäftsstelle wieder zusammengebrochen sein. Er soll danach ins Lazarett gebracht worden sein, wo kein ernsthafter Befund festgestellt wurde. Frage: Wie gründlich war die Untersuchung? Ich kann mir nicht vorstellen, daß man, wenn jemand zusammenbricht, anschließend keinen ernsthaften Befund feststellt.

(Beifall bei der CDU)

Am 12. März, am Sonntag also, meldete sich der Gefangene bei Pastor Orlamünder. Zitat aus einem Bericht von Pastor Orlamünder an den stellvertretenden Anstaltsleiter, Herrn Gallmeister — diesen Bericht werden Sie auch kennen —, „daß es ihm sehr schlecht ginge, er würde Blut spucken, hätte starke Schmerzen im Hals, der Schmerz zöge hinauf zum Ohr. Selbst die Suppe, die man ihm ärztlicherseits verschrieben habe, könne er nicht mehr schlucken. Er fragte, ob Pastor Orlamünder nicht dafür sorgen könnte,“ — jetzt hören Sie zu! — „daß er einem Notarzt vorgestellt würde. Dieser würde ihn bestimmt noch heute in ein Krankenhaus einweisen, damit er operiert würde. Pastor Orlamünder fragte ihn, was denn die Ärzte in der Anstalt sagten. Der Gefangene antwortete: Der Arzt hat zu mir gesagt, ich würde so oder so in 30 Tagen entlassen. Dann sollte ich draußen zu einem Facharzt gehen.“ Ich habe als Beweis den Bericht von Pastor Orla-

münder an Herrn Gallmeister angeführt, den habe ich hier auch vorliegen.

Hierzu möchte ich feststellen, daß diese bemerkenswerte Äußerung wohl in der Visite vormittags am 10. März gemacht wurde. Daraus ist zu schließen, daß der Gefangene den Arzt auf seinen schlechten Gesundheitszustand aufmerksam gemacht hatte, aber eine gründliche Untersuchung mit der oben genannten Bemerkung unterblieb. Als Medikament wurde eben dabei das bereits erwähnte Kopfschmerzmittel verschrieben. Wahrscheinlich ein Mittel, das gegen alles mögliche hilft.

„Pastor Orlamünder“ — dazu wieder ein Zitat aus seinem Bericht — „bat den Gefangenen in dem bereits erwähnten Gespräch am 12. März, ihn nach dem Gottesdienst noch einmal aufzusuchen. Herr Pastor Orlamünder beabsichtigte auch, das Lazarett zu benachrichtigen, damit der Gefangene eventuell dort hin verlegt würde. Der Pastor konnte das Gespräch mit dem Gefangenen aus verschiedenen Gründen nicht fortsetzen, sprach aber am Nachmittag des 12. März den Hausverwalter auf den Gefangenen an. Der Hausverwalter teilte daraufhin mit, daß der Gefangene am Vormittag des 12. März ins Lazarett eingewiesen worden sei.“

Wie die Pressemitteilung richtigerweise ausweist, hat der Gefangene am 4. März Urlaub erhalten. Dann weiter aus der Pressemitteilung des Senats — ich zitiere jetzt die Pressemitteilung —:

„Eine knappe Woche später“ — gemeint ist hier wohl der 10. März — „wurde er gegen seinen Willen durch den zuständigen Stationsbeamten, dem das schlechte Aussehen des Gefangenen auffiel, dem Arzt bei der Visite vorgeführt. Der Gefangene bat dringend darum, gesund geschrieben zu werden. Auf diese Weise wollte er sich, wie sich später herausstellte, die Möglichkeit von Urlaub und Ausgang erhalten.“

Dazu möchte ich folgendes bemerken: Diese Formulierung in der Presseerklärung des Senats erscheint uns als nicht richtig, denn der Gefangene ist nach Angaben von Pastor Orlamünder — und das geht ja aus seinem Bericht hervor — erst am 12. März ins Lazarett überführt worden, wahrscheinlich auch durch den zuständigen Beamten, dem das schlechte Aussehen auffiel. Er ist aber bestimmt nicht am 12. März dem Anstaltsarzt zur Visite vorgestellt worden, da es ein Sonntag war und sich wahrscheinlich kein Arzt in der Anstalt aufhielt. Diese Visite, meine Damen und Herren, hat frühestens am 13. März stattgefunden.

Der Eindruck, den die Presseerklärung erwecken will, daß der Gefangene sofort ärztlich versorgt wurde, als erste Anzeichen erkannt worden waren, ist meiner Ansicht nach falsch, sonst hätte der Gefangene nicht bei Pastor Orlamünder nach dem Notarzt gefragt, sondern sich zum Anstaltsarzt gemeldet. Es erscheint zweifelhaft, daß der Gefangene in dieser Situation ausdrücklich darum bat, gesund geschrieben zu werden. Dies ist gerade deswegen be-

(C)

(D)

(A) merkwürdig, da der Gefangene bei Pastor Orlamünder um Hilfe — nämlich Notarzt, Einweisung ins Krankenhaus — nachgesucht hat.

Die Pressemitteilung des Senats sagt dann weiter: „Der Arzt entsprach dem Wunsch, da sich gegenüber den Vortagen die Befunde nicht verändert hätten.“ Diese Mitteilung muß in ihrer Feststellung angezweifelt werden. Pastor Orlamünder schreibt in seinem Bericht: „Am Montag, dem 13. März, fragte ich im Lazarett nach dem Gefangenen. Es ginge ihm nicht gut. Auf meine Frage, ob es sich um etwas Ansteckendes handele, antwortete man mir, daß man noch gar nicht genau Bescheid wisse, was mit ihm los sei. Eine Blutsenkung habe ein sehr schlechtes Blutbild ergeben. Daher nahm ich zunächst Abstand von einem weiteren Besuch bei dem Gefangenen.“

Hier, meine Damen und Herren, zeigt sich ein eklatanter Widerspruch zu der Pressemitteilung des Senats. Offizielle Version in der Pressemitteilung: Befund hat sich gegenüber den Vortagen nicht verändert. Interne Mitteilung an Pastor Orlamünder: Man wisse noch gar nicht genau, was mit ihm los sei. Eine Blutsenkung habe ein sehr schlechtes Blutbild ergeben. Den Widerspruch, Herr Senator, müssen Sie hier einmal aufklären!

Es ergibt sich eben daraus die Vermutung, daß jetzt erst im Lazarett der JVA festgestellt wurde, wie schwer der Gefangene erkrankt war, am 13. wohl gemerkt. Die Pressemitteilung erweckt den Anschein, daß dieser Sachverhalt bewußt heruntergespielt werden soll.

(B) Daß sich der Gefangene die Möglichkeit von Urlaub und Ausgang bewahren wollte und eventuell darum bat, gesund geschrieben zu werden, ist verständlich, denn er hatte am 7. März einen Antrag auf Ausgang für den 10. März 1978 gestellt, der in der Anstalt bis zum 13. März, nämlich einen Tag nach seiner Einlieferung ins Lazarett, noch nicht entschieden war. Er konnte hier mit einer Genehmigung rechnen.

Ich habe den Antrag, er wird von allen zuständigen Beamten befürwortet. Der Antrag wurde nämlich erst am 13. März dem Abteilungsleiter vorgelegt, der auf einen kleinen Zettel schrieb: „L. muß ein anderes Datum nennen, der Antrag kam erst heute zu mir.“

Wenn dieser Antrag in der Anstalt schneller entschieden worden wäre, hätte der Gefangene nach seiner Einlieferung in das Lazarett wohl kaum noch um Urlaub oder Ausgang nachgesucht, und zwar gerade dann nicht, wenn er — wie Pastor Orlamünder gegenüber erklärt — seinen Gesundheitszustand als sehr schlecht bezeichnet.

Auch die Formulierung in der Pressemitteilung „im übrigen glaubte der Gefangene, wie sich aus Gesprächen mit Stationsbeamten ergab, eine genauere ärztliche Untersuchung auf später verschieben zu können“, gibt zu Zweifeln Anlaß. Warum die dringende Bitte an Pastor Orlamünder, ihm zu helfen? Oder ist diese Formulierung eine besondere

(C) Interpretation des Arztes, der zu ihm gesagt haben soll, „ich würde so oder so in 30 Tagen entlassen, dann sollte ich draußen zu einem Facharzt gehen“? Das ist noch einmal ein Zitat aus dem Bericht von Pastor Orlamünder.

Der Satz der Presseerklärung, das Verhalten des Gefangenen sei für die Stationsbeamten nicht beunruhigend gewesen, weil der Gefangene sich stets am Sport beteiligt hätte und erst Anfang März aufgefallen sei, daß er schlechter aussähe und sich häufiger hinlegte, als dies früher der Fall gewesen sei, steht im Mißverhältnis zur Niederschrift von Pastor Orlamünder. Zitat: „Bestürzend ist für mich, daß nun im nachhinein davon die Rede ist, daß Herr L. sowohl auf der Station D als auch in der Vollzugsgeschäftsstelle schon Tage zuvor zusammengebrochen sei.“

Sollte dieser Sachverhalt zutreffen, ist zu fragen, was alles passieren muß, bis jemand in der Anstalt dem Arzt vorgestellt und gründlich untersucht wird. Ist die Tatsache, daß sich jemand, der krank ist, dennoch am Sport beteiligt, Grund genug dafür, ihn nicht dem Arzt vorzustellen, obwohl er schon am 3. und am 10. März zusammengebrochen war? Muß nicht gerade bei einem Patienten, der bekanntlich einen Leberschaden hatte, besonders sorgfältig untersucht werden? Ist in einem solchen Fall nicht gerade die Untersuchung des Bluts notwendig, wodurch unter Umständen die Erkrankung hätte frühzeitig erkannt werden können?

(D) Meine Informationen über das, was nach der Einlieferung ins Krankenhaus bis zu seinem Tod geschah, zeigen auch noch einige merkwürdige Aspekte auf.

In einem Brief von Angehörigen an einen Mitgefangenen ist geschrieben — ich darf das hier zitieren mit Genehmigung der Angehörigen —: „Ich weiß unter anderem, daß M. am 12. März ins Krankenhaus gekommen ist, dann hat er also dort das starke Nasenbluten bekommen. Wovon aber? Ich frage mich: Wer hat mit ihm im Lazarett gelegen und kann mir Näheres sagen? Dann ist er am Dienstag nachmittag erst ins Krankenhaus gebracht worden, wo er bewußtlos war, aber da war leider jede Hilfe vergebens.“

Diese Aussage läßt die Vermutung zu, daß der Gefangene im Lazarett starke Blutungen bekommen hat. Wie mir bekannt wurde, ist im Gefängnislazarett versucht worden, die Blutungen zum Stillstand zu bringen, was aber nicht gelang. Daraufhin erfolgte erst die Einlieferung ins Krankenhaus.

Frage hiernach: Warum ist zu diesem Zeitpunkt bei der aufgetretenen Blutung noch nicht die sofortige Einlieferung ins Krankenhaus erfolgt?

Ein weiterer interessanter Satz aus dem Brief — Zitat —: „Selbst Herr Gallmeister versteht nicht, daß der Arzt keine Diagnose stellen konnte. Oder wollte er nicht?“ Frage: Hat der stellvertretende Anstaltsleiter, Herr Gallmeister, auch Zweifel an der ärztlichen Kunst des Arztes in der Anstalt?

(A) In der Presse — „Bremer Nachrichten“ vom 11. April — wurde geäußert, daß der Gefangene vermutlich an akuter Leukämie gestorben sei. Über Leukämie und ihre Symptome sagt ein Gesundheitsbuch unter anderem: „Die ersten Krankheitsanzeichen der Leukämie bestehen oft in Entzündungen und Blutungen im Bereich des Mundes und des Rachens. Daneben kommt es bei vielen Leukämieformen zum Anschwellen der Lymphknoten in der Hals-, Achsel- und Leistengegend sowie der Milz. Später gesellt sich eine Blutarmut dazu.“

Die so beschriebenen Symptome, meine Damen und Herren, für Leukämie entsprechen denen, die im Vermerk von Pastor Orlamünder festgehalten sind. Konnten diese Symptome nicht in der Anstalt erkannt werden? Warum wurden diese Krankheitsmerkmale, die auch vom behandelnden Anstaltsarzt spätestens am 10. März hätten erkannt werden müssen, mit Kopfschmerztabletten behandelt?

Ein weiterer Hinweis darauf, daß all diese Beschwerden nicht behandelt wurden, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Mutter auf Bitten ihres Sohnes durch einen Anstaltsbediensteten Medikamente in die Anstalt bringen ließ. Daraufhin sollen die Beschwerden bei dem Gefangenen zeitweise abgeklungen sein.

Meine Damen und Herren, die zu diesem Fall vorliegenden Erkenntnisse lassen den Schluß zu, daß bei der Behandlung dieses Gefangenen Unterlassungen bei der ärztlichen Betreuung in der Anstalt vorgekommen sind. „Sollte“ — wie Pastor Orlamünder es in seinem Vermerk ausdrückt, ich zitiere — „es tatsächlich bis zum Sonntag, dem 12. März 1978, unter dem Gesichtspunkt, daß Herr L. so oder so in 30 Tagen entlassen würde, in der Anstalt versäumt worden sein, ihn einem Facharzt vorzustellen, der unter Umständen seinen Zustand erkannt hätte?“

(B) Jetzt komme ich zum vierten Fall. Dies, meine Damen und Herren, ist ein bereits abgeschlossener Fall, und zwar abgeschlossen deshalb, weil unter dem Aktenzeichen 10 1309/75 ein Zivilprozeß gegen das Land Bremen anhängig war, in dem ein Gefangener auf Zahlung von Schmerzensgeld klagte. Diesem mit einem Allergiepaß in die Anstalt gekommenen Gefangenen wurden die falschen Medikamente in der Anstalt verordnet, wodurch sich der Gesundheitszustand dieses Gefangenen verschlechterte. Der Zivilprozeß fand deswegen nicht statt, weil das Land Bremen freiwillig ein Schmerzensgeld zahlte, also ein weiteres Indiz, daß mit der ärztlichen Versorgung in der Anstalt nicht alles so war und ist, wie es sein sollte.

Meine Damen und Herren, zum Schluß noch ein paar allgemeine Bemerkungen und Fragen zum Problem der ärztlichen Versorgung in Oslebshausen!

Erstens: Uns ist bekanntgeworden, daß in Zeiten, wenn sich der Anstaltsarzt in Urlaub beziehungsweise zur Kur befindet, kein fester Vertreter in der Anstalt ist. Ist dann durch die Vertragsärzte die

Versorgung der Gefangenen auch praktisch abdeckend gesichert?

Zweitens: Sind Mitteilungen zutreffend, daß Untersuchungen von Beamten des Aufsichtsdienstes durchgeführt werden, die sich angeblich nur den weißen Kittel überzogen? Daraus ergibt sich natürlich die Frage, ob dieses Verfahren zulässig ist und ob der geschilderte Sachverhalt zutrifft.

Drittens: Stimmen Informationen aus der Anstalt, daß in der Anstaltskonferenz gesagt worden ist, daß die ärztliche Versorgung durch einen Arzt nur für drei Stunden in der Woche gesichert ist?

Viertens: Ist der Sachverhalt zutreffend, daß Krankmeldungen in der Anstalt angeblich nicht am gleichen Tage dem Arzt vorgestellt werden?

Fünftens: Stimmt es, daß Zugänge teilweise erst nach drei Wochen untersucht werden, obwohl die Möglichkeit besteht, daß ansteckende Krankheiten in die Anstalt eingeschleppt werden und ebenfalls die Beamten, die diese Zugänge betreuen müssen, einer Infektionsgefahr ausgesetzt werden?

Alle diese Fragen, meine Damen und Herren, hat die CDU-Fraktion sich nicht ausgedacht, sondern sie sind in Gesprächen mit Beteiligten, Beamten sowie auch Insassen des öfteren vorgetragen worden. Die Besorgnis meiner Fraktion über die Zustände der ärztlichen Versorgung der Gefangenen hat unseren Antrag, der Ihnen vorliegt, nötig gemacht.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

(D) Zum Schluß möchte ich noch einmal aus der Pressemitteilung des Senats zitieren. Herr Senator Kahrs läßt mitteilen: „Im übrigen diskutierte der Senator für Rechtspflege und Strafvollzug, Wolfgang Kahrs, am 5. April 1978 in der JVA mit der Anstaltsleitung, den Ärzten, dem Vorsitzenden des Anstaltsbeirats sowie Gefangenen über Fragen der medizinischen Versorgung. In diesem von allen Seiten freimütig geführten Gespräch kam ebenfalls deutlich zum Ausdruck, daß abgesehen von leicht abzustellenden organisatorischen Dingen nicht die eigentliche medizinische Versorgung der Gefangenen bemängelt wird. Eher schon besteht auf seiten der Gefangenen der Wunsch, mit den Ärzten auch wegen seelischer Probleme verstärkt ins Gespräch zu kommen.“

Meine Damen und Herren, diesen letzten Satz der Pressemitteilung halte ich für eine Schönfärberei. Ich will auch versuchen, Ihnen dafür den Beweis anzutreten. Ich habe hier das Ergebnis einer Umfrage unter Insassen der Strafanstalt Oslebshausen. Befragt wurden 79 Insassen. Das sind mehr als zehn Prozent der dort Einsitzenden, so daß man also ungefähr sagen kann, das ist repräsentativ. Folgende Fragen wurden gestellt:

Erstens: Wer hat die Untersuchung durchgeführt? Der Arzt, ein Sanitätsbeamter, ein sonstiger Beamter? Diese Frage wurde von allen beantwortet: Der Arzt! Dies allerdings — und das ist extra bemerkt

(A) worden — ist nur als relativ zu betrachten, da jede Eingangsuntersuchung vom Arzt unterschrieben wird. Es kann also auch durchaus vorkommen, daß der Sanitätsbeamte die Untersuchung im Beisein des Arztes durchgeführt hat.

Zweitens: Wurde die Untersuchung bei Haftantritt a) noch am selben Tage — Antwort: dreizehn Prozent —, b) innerhalb von drei Tagen — Antwort: 14 Prozent —, c) innerhalb von einer Woche — Antwort: 32 Prozent —, d) innerhalb von zwei Wochen — Antwort: 21 Prozent —, e) innerhalb von drei Wochen — Antwort: 20 Prozent —, durchgeführt?

Aus diesen Antworten wird deutlich, daß mindestens 41 Prozent der Gefangenen bei Haftantritt nicht innerhalb einer Woche untersucht werden und somit die Gefahr der Einschleppung von ansteckenden Krankheiten in die Anstalt relativ groß ist. Ich habe vorhin auf dieses Problem schon einmal hingewiesen.

Dritte Frage: Wie wurde die Untersuchung durchgeführt? Nur in Gesprächsform, ohne körperliche Untersuchung — 23 Prozent —, oberflächliche körperliche Untersuchung — 42 Prozent —, intensive körperliche Untersuchung mit Messung des Blutdrucks und Blutentnahme — 35 Prozent —.

Aus diesen Antworten wiederum sieht man sehr deutlich, wie die Untersuchungen bei Haftantritt durchgeführt wurden. Ein Großteil der Gefangenen, nämlich 65 Prozent, wird nur in Gesprächsform oder oberflächlich körperlich untersucht. Nur für 35 Prozent wurde eine Untersuchung, wie sie wohl bei jedem Arzt gang und gäbe ist, durchgeführt.

(B)

Viertens: Wie wird die ärztliche Versorgung in der JVA beurteilt? Gut — ein Prozent —, ausreichend — 16 Prozent —, noch ausreichend — 25 Prozent —, schlecht — 58 Prozent —.

Meine Damen und Herren, aus diesen Antworten auf diese kleine Umfrage können Sie ersehen, daß die ärztliche Versorgung in der Haftanstalt Oslebshausen mit größter Wahrscheinlichkeit nicht den Vorschriften des Strafvollzugsgesetzes und den einschlägigen Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften zum Strafvollzugsgesetz entspricht. Ich zitiere aus diesen Verwaltungsvorschriften:

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. **Blöchl** (CDU): Ich habe noch eine halbe Minute, dann bin ich fertig!

„Der Anstaltsarzt achtet auf Vorgänge und Umstände, von denen Gefahren für die Gesundheit von Personen in der Anstalt ausgehen können. Jeder Bedienstete, der eine Gefahr für die gesundheitlichen Verhältnisse zu erkennen glaubt, ist verpflichtet, diese unverzüglich zu melden.“

Herr Senator, gerade wenn ich diese Verwaltungsvorschriften nehme und dann die Fälle dagegen setze, die ich eben vorgetragen habe, muß man ein-

deutig sagen, daß hier nicht den Verwaltungsvorschriften entsprechend die ärztliche Versorgung in Oslebshausen durchgeführt wurde.

(C)

Ich hoffe, daß Sie in dem zu erstellenden Bericht auf diese Probleme ausführlich und detailliert eingehen werden. Uns ist das Problem sehr ernst. Es geht hier nicht um Polemik und Schönfärberei, sondern wir wollen, daß eine gesicherte ärztliche Versorgung für alle Strafgefangenen in allen Anstalten unseres Landes durchgeführt wird. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch zwei Wortmeldungen, aber ich nehme an, es kommt noch die des Vertreters der dritten Fraktion. Es ist jetzt 17.51 Uhr, und wir haben uns vorgenommen, um 18 Uhr die Sitzung zu beenden. Als nächster wäre Herr Senator Kahrs an der Reihe.

(Senator Kahrs: Ich brauche nur zwei Minuten!)

Als nächster hat Herr Senator Kahrs das Wort.

**Senator für Rechtspflege und Strafvollzug Kahrs:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden selbstverständlich, wenn die Bürgerschaft dem Antrag der CDU entspricht, einen sehr gründlichen, sorgfältigen Bericht erstatten, so wie Sie das von uns auch erwarten können.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Und gewohnt sind!)

(D)

Ich werde allerdings auch die Ausführungen von Herrn Blöchl, die ja dem Protokoll zugänglich sind, der Staatsanwaltschaft übergeben,

(Beifall bei SPD und CDU)

weil ja zu diesem Verfahren ein Ermittlungsverfahren läuft, wie Sie wissen. Mir kommt es ohnehin etwas ungewöhnlich vor, aus einem laufenden Ermittlungsverfahren hier zu berichten. Man hätte das etwas abkürzen sollen. Gleichwohl werden Sie verstehen, wenn ich über diese Details erst dann ausführlich berichten kann, wenn der Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren abgeschlossen hat. Ich kann dem Staatsanwalt insoweit nicht vorgreifen.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

**Senator Kahrs:** Dann allerdings werden sich die zwei Minuten verlängern, Herr Präsident!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Abgeordneter Blöchl!

Abg. **Blöchl** (CDU): Herr Senator, im Grunde folge ich Ihren Intentionen und hätte auch diese Debatte hier nicht geführt. Warum haben Sie aber in einer Ihrer Presseerklärungen zu diesem Punkt so detail-

(A) liert Stellung genommen? Diese Presseerklärung war doch der Einstieg in diese Debatte.

(Abg. Neumann [CDU]: Und dann noch falsch!)

**Senator Kahrs:** Ob diese Presseerklärung falsch gewesen ist, wird sich herausstellen, wenn die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abgeschlossen sind.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Aber sie war doch unwirklich!)

Ich würde auch nicht hier so vorschnell, Herr Neumann, derartige gravierende Erklärungen abgeben. Aber das ist Ihre Angelegenheit.

Ich darf nur sagen, daß die Untersuchung und die Behandlung dieses Gefangenen, der gestorben ist, von einem Vertragsarzt durchgeführt worden sind, der in einem öffentlichen Krankenhaus in Bremen beschäftigt ist. Wir alle haben in unseren Gesprächen am 5. April, über die berichtet worden ist, den Eindruck gewonnen, daß sowohl die Gefangenen als auch die Anstaltsleitung den allerbesten Eindruck von diesen Vertragsärzten haben.

Ich möchte weitere Ausführungen, da Sie sehr detailliert, Herr Blöchl, hier vorgetragen haben, gegenwärtig nicht machen, weil ich natürlich auch gehalten bin, die einzelnen Behauptungen nachzuprüfen. Ich werde das tun, Ihnen den versprochenen gründlichen Bericht abliefern und Ihre Ausführungen — das sagte ich bereits — der Staatsanwaltschaft zugänglich machen. Sollten sich vorwerfbare Sachverhalte daraus ergeben, wird das Verfahren seinen Weg gehen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Schönfeldt. Er hat mir mitgeteilt, daß er nur fünf Minuten braucht.

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin etwas verwundert und auch überfordert, zu den detaillierten Einzelfakten jetzt hier Stellung nehmen zu müssen, abgesehen von den rechtlichen Vorbehalten, die der Senator zutreffend angestellt hat.

Ich weise darauf hin, daß in einer der letzten Deputationssitzungen — ich glaube, es ist die letzte gewesen — laut Protokoll beschlossen worden ist, die Frage der ärztlichen Versorgung in den Justizvollzugsanstalten — so heißt es hier wörtlich — „soll auf die Tagesordnung der Mai-Sitzung der Deputation gesetzt werden, da Herr Dr. Hillmann sich am 27. April nicht in Bremen aufhält“.

Ich bin davon ausgegangen — ich glaube, wir können uns auch darauf verständigen —, daß dies das eigentliche und richtige Verfahren ist, um eine so detaillierte und im Augenblick gar nicht überprüfbare Sachdarstellung, noch dazu teilweise aus einer Richtung — wir müßten dazu natürlich auch

die anderen Seiten hören —, in dieser sachlicheren (C) und dazu extra angesetzten Sitzung zu verhandeln.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber nur einige Anmerkungen zu dem Problem allgemein und zu dem, was eben vorgetragen worden ist, machen. Herr Senator, wie muß Ihnen zumute sein, wenn hier ein Oppositionsabgeordneter aus Krankenblättern, aus Berichten, aus Gesprächen, aus scheinbar amtlichen Mitteilungen oder innerdienstlichen Briefen zitiert? Wie muß Ihnen zumute sein, der Sie auch die politische Verantwortung für die Organisation dieser Anstalt haben? Das gibt doch eigentlich demjenigen, der nicht weiß, wie Herr Blöchl sich diese Dinge verschafft hat, zu denken. Vielleicht haben Sie ihm die Unterlagen zur Verfügung gestellt?

(Abg. Neumann [CDU]: Die kennen Sie doch auch!)

Ich bin überrascht und muß sagen, Ihnen kann eigentlich nicht gut zumute sein, daß solche Dinge hier ausgebreitet werden. Sehen Sie sich in Ihrer Anstalt um, kümmern Sie sich um die Organisation, denn mit ihr scheint es einmal mehr nicht zum besten zu stehen!

(Beifall bei der FDP)

Eine weitere Bemerkung, meine Damen und Herren! Das Problem der ärztlichen Versorgung in Oslebshausen ist so alt, wie der Senator Kahrs im Amt ist. Zumindest aufgezeigt worden ist dies Problem seit 1971, jenem denkwürdigen Gefängnisreport, den der Vorgänger von Herrn Senator Kahrs zusammengestellt hat. Hier ist detailliert, von Fachleuten bestätigt, das Problem der ärztlichen Versorgung aufgezeigt und umschrieben worden. (D)

Ich stelle fest, Herr Senator Kahrs, daß an der Lösung des Problems wenig, jedenfalls ist der Deputation so gut wie nichts bekannt, passiert ist und daß wir vor dem Phänomen und der Sorge stehen, daß hier — und das ist ja die Tendenz, Herr Blöchl, da habe ich auch ein bißchen Bedenken — auf dem Rücken der Ärzte oder womöglich eines Arztes ein Problem ausgetragen wird, das — wie es damals im Gefängnisreport richtig hieß — „ein Problem ist, das die Frage der Verantwortlichkeit in den Raum stellt“. Es darf nicht den Gefängnisärzten angelastet werden. Es müssen grundlegende Änderungen passieren.

Hier habe ich, meine Damen und Herren, zwei Vorschläge der FDP-Fraktion zu machen, um die wir gar nicht umhinkönnen, die wir auch in zukünftigen Beratungen über den Etat des Justizsenators berücksichtigen müssen, nämlich:

Erstens: Wir müssen wissen, daß die Ärzte eine Abneigung haben, in der Strafanstalt zu arbeiten, und auch die beamteten Ärzte melden sich nicht gern dorthin. Warum? Weil in der Strafanstalt nicht die Möglichkeit besteht, eine lukrative Nebenbe-

(A) schäftigung unter Inanspruchnahme staatlicher Einrichtungen zu betreiben! Dies ist 1971 gesagt worden und wird heute immer wieder von den Ärzten bestätigt: Wir gehen nicht dorthin, weil wir in anderen Bereichen — Gesundheitsamt und wo immer — unsere Nebentätigkeiten zusätzlich mit verrichten können.

Wir müssen also im Bereich der FDP-Initiative „Überprüfung von Nebentätigkeiten“ im medizinischen Sektor uns ganz besonders sorgfältig umschauen, ob dem so ist, damit nicht Ärzte, die womöglich in der Strafanstalt arbeiten wollen, neidisch auf ihre Kollegen in anderen Bereichen sehen müssen, die dort lukrative Nebentätigkeiten durch Gutachten et cetera tätigen, die aber in den Anstalten nicht erstellt werden können.

Zweitens: Wir schlagen vor, meine Damen und Herren, daß den Ärzten, auch den Vertragsärzten, dringend ein Anreiz geboten wird, der nur — darum kommen wir nicht herum — finanzieller Natur sein kann. Das heißt, die Regelung dieser Misere muß in Angriff genommen werden im Wege von Verhandlungen mit den Ärzten.

(B) Meine Damen und Herren — lassen Sie mich das abschließend sagen —, es ist kein leichtes Brot, in einer so spezifischen Atmosphäre mit einer so speziellen Klientel als Arzt zu arbeiten. Natürlich gehen die meisten Gefangenen zum Arzt, nicht so sehr weil sie organische Bauchschmerzen und körperliche Gebrechen haben, sondern weil sie in einer seelischen Ausnahmesituation sind, weil sie versuchen wollen, aus diesem Druck, aus der psychischen Ausnahmesituation zu „entfliehen“. Dann gehen sie zum Arzt, so wie es in der Außenwelt die Menschen auch tun. Ein solcher Arzt ist überfordert, ist jedenfalls in hohem Maß stark beansprucht, weil er sich hier zwar als Facharzt betätigen soll, aber nichts anderes ist als eine psychologische Ersatzfunktion, ein Ersatz für die nicht vorhandenen Psychologen, Ersatz für die noch immer nicht von

(C) den dafür Verantwortlichen geleistete persönliche, individuelle und psychologische Betreuung.

Wir haben hier oft auf dieses Problem hingewiesen und fordern einmal mehr, die psychologische Betreuung, das Problem der nicht vorhandenen Psychologen in Angriff zu nehmen, damit die Ärzte von ihrer Alibifunktion, von dieser ihrer Ersatzfunktion herunterkommen.

Herr Senator Kahrs, der Bericht wird auch von uns erwartet. Ich habe nur die Befürchtung, daß wir nun doppelgleisig fahren, daß wir einmal eine Deputationssitzung machen werden — da wird wohl berichtet — und nun dann auch noch einen Bericht erwarten.

Vielleicht sollte man sich so verständigen, daß das Ergebnis dieser Deputationssitzung in einem Bericht zusammengefaßt und dann dem Haus vorgetragen wird. Ich bedauere es, daß es nicht erst zu diesen Recherchen in der Deputation gekommen ist, das heißt nicht zuerst zur Tatsachenermittlung, sondern daß wir heute überfordert über Fakten reden und denken müssen, die wir nicht nachprüfen können. — Ich bedanke mich aber für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir haben noch eine Wortmeldung vorliegen.

(Abg. Neumann [CDU]: Die machen wir auch noch!)

(D) Nein, die Bremerhavener Abgeordneten haben Verpflichtungen und erreichen ihren Zug sonst nicht.

Wir werden morgen um 10.15 Uhr die Beratungen fortsetzen und dann diesen Tagesordnungspunkt, den wir heute nicht aufgearbeitet haben, beenden.

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 18.03 Uhr)